

kriens

Protokoll

Kriens, 22. Juni 2023

Sitzungsdatum

Donnerstag, 22. Juni 2023

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 12:02 Uhr
13:30 Uhr bis 18:12 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2022/2023 Protokoll Nr. 9

Anwesend

Präsident

Räto Camenisch

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin Subst.

Sarah Riedweg

Protokoll

Sascha Frevel

Entschuldigt

Beat Tanner

Traktanden

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 6 vom 9. März 2023</u> | |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Boden behalten, Kriens gestalten –
Bodeninitiative
2. Lesung | Nr. 127/2022 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!»
2. Lesung | Nr. 143/2022 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Leistungsvereinbarung Museum im Bellpark
2024-2027 | Nr. 173/2023 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag Planungsbericht Klima und Energie Teil 1:</u>
Klimaschutz
Bericht zu Motionen:
- 084/2021 Motion Lengwiler: Auszeichnung «Energiestadt
Gold» bis spätestens 2027
- 085/2021 Motion Niederberger: Klimaplan / Klimabericht für die
Stadt Kriens | Nr. 185/2023 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Purtschert:</u> Für ein umwelt- und klimafreundlicheres
Beschaffungswesen | Nr. 236/2019 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Lengwiler:</u> Wiedereinführung der
gestrichenen Sommerjobs | Nr. 158/2023 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Albrecht:</u> Drohender Ärztemangel auch
in der Stadt Kriens | Nr. 159/2023 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Klein:</u> Schickane Tempo 30
Bergstrasse | Nr. 161/2023 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Kriens als demenzfreundliche
Gemeinde | Nr. 164/2023 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Piras:</u> Wie sicher sind Krienser
Spielplätze | Nr. 165/2023 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Portmann:</u> Kriens ohne Armut –
politische Entscheide können Lebenschancen verbessern! | Nr. 169/2023 |
| 14. | <u>Beantwortung Interpellation Tanner:</u> Leerwohnungszählung Stadt
Kriens | Nr. 170/2023 |
| 15. | <u>Beantwortung Interpellation Ziemssen:</u> Standortbestimmung
Immobiliendienste | Nr. 172/2023 |
| 16. | <u>Postulat Gut:</u> Kostenlose Hygieneartikel an öffentlichen Schulen
und in Verwaltungsgebäuden | Nr. 179/2023 |

-
- | | | |
|-----|---|--------------|
| 17. | <u>Postulat Lengwiler</u> : Krankheitsausfällen präventiv vorbeugen – Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements | Nr. 182/2023 |
| 18. | <u>Postulat Portmann</u> : Obergrenze von 28% für die Elternbeiträge in den Tagesstrukturen! | Nr. 186/2023 |
| 19. | <u>Fragestunde</u> | |
| 20. | <u>Vereidigung</u> : Martin Mengis | |
| 21. | <u>Verabschiedung</u> : Michèle Albrecht, Reto Felber und Martin Zellweger | |
-

Räto Camenisch begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Die Pausen sind von 10:30 Uhr bis 10:50 Uhr und 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

1. Mitteilung

Es sind folgende dringliche Vorstösse eingegangen:

-Dringliche Motion Amrhein: Baulinie Bereich A2 anpassen (Nr. 189/2023).
Dringlichkeit wird nicht opponiert. Die dringliche Motion wird als Traktandum 6a behandelt.

-Dringliches Postulat Solari: Sanierung des Weihers Schulhaus Obernau (Nr. 190/2023).

Viktor Bienz opponiert der Dringlichkeit.

Laut Simon Solari ist der Weiher beim Schulhaus Obernau seit Jahren in einem desolaten Zustand und sollte schon längststens saniert werden. Das Hauptproblem hierbei, sind die vielen Fische, welche dort nicht hingehören. Leider ist so das Amphibienprojekt, welches von der Krienser Bevölkerung beherzt in Angriff genommen wurde diesen Frühling, nicht von grossen Nutzen, da der Laich von den Fischen gefressen wird. Es besteht dringlichsten Handlungsbedarf. Der Einwohnerrat habe nun die Chance hier endlich vorwärts zu machen. Simon Solari bittet die Einwohnerratsmitglieder, diese Chance zu nutzen, und der Dringlichkeit zuzustimmen, damit die Umsetzung im Budget 2024 vorgesehen werden kann und damit allfällige Massnahmen vor dem nächsten Laichzug getroffen werden können.

Viktor Bienz findet ein Postulat nicht der richtige Weg. Mit dem Postulat wird der Stadtrat beauftragt etwas zu prüfen. Ein Antrag in der nächsten Budgetdebatte würde ausreichen. Statt der Sanierung im Schulhaus Obernau, soll eine Verlegung geprüft werden. Aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist es jedoch ein Unterhaltsproblem und das Anliegen berechtigt. Sie lehnen jedoch die Dringlichkeit und das Postulat ab.

Gemäss Patrick Koch hat die SVP-Fraktion durchaus Sympathien für den Vorstoss. Ihrer Meinung nach sind die Kriterien für die Dringlichkeit indessen nicht erfüllt. Es reicht, wenn der Vorstoss ordentlich an der Septembersitzung behandelt wird. Das Fischproblem kann im Herbst einfach gelöst werden, indem der Teich trockengelegt wird. Eine umfassende Sanierung soll kein Schnellschuss sein. Es macht auch Sinn den Standort zu hinterfragen. Die SVP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit nicht.

Abstimmung Dringlichkeit

Mit 15:13 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

-Dringliche Interpellation Niederberger: Eigenthaler Revival (Nr. 191/2023)
Dringlichkeit wird nicht opponiert. Die dringliche Motion wird als Traktandum 6b behandelt.

2. Protokoll Nr. 6 vom 9. März 2023

Räto Camenisch: Es sind keine Einsprachen oder Änderungsanträge eingegangen. Das Traktandum Nr. 6 wurde somit genehmigt.

3. Bericht und Antrag: Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative Nr. 127/2022

Laut Martin Zellweger hat die KFG auch in der 2. Lesung nach bereits erfolgten zwei ersten Lesungen keine neuen Erkenntnisse auszuweisen. Es wurden grundsätzlich dieselben Äusserungen der Fraktionen festgehalten unter anderem wurde auch ein versuchter Kompromiss teilweise bereut. Von Seiten der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wurden noch zwei Anträge auf die 2. Lesung hin vorgeschlagen, welche sich mehrheitlich auf bereits in der ersten Lesung diskutierte Anpassungen bezogen. Da diese aus diesem Grund aber keine Unterstützung fanden wurden sie letztendlich nicht gestellt. Trotzdem kann die eine oder andere Idee im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung vom Antragssteller eingebracht werden. Die Kommission empfiehlt letztendlich dem Einwohnerrat den Bericht und Antrag mit dem vorgelegten Beschlusstext zu genehmigen. Der Entscheid der KFG wurde mit Stichentscheid gefasst.

Laut Matthias Erni hat sich Innerhalb der KBVU an der Meinung im Vergleich zur ersten Lesung ähnlich viel geändert wie sich im Beschlusstext geändert hat. Nämlich nicht sehr viel. Insofern hat die KBVU auch auf eine Detailberatung von diesem Geschäft verzichtet. Die KBVU bereut, dass es am Runden Tisch zu keiner Einigung gekommen ist und unterstützt den Gegenvorschlag vom Stadtrat und empfiehlt ihnen dem Beschlusstext entsprechend zuzustimmen.

Pascal Meyer erklärt, dass die Bodeninitiative zum Ziel hat, dass der Ausverkauf der Krienser Grundstücke gestoppt wird. Dazu soll stadt eigenes Land nur noch im Baurecht abgegeben werden können. Somit hätten auch kommende Generationen noch Gestaltungsspielraum. Mit dem vorliegenden Gegenvorschlag wird dieses Anliegen nur in Teilen umgesetzt. Daher wird die Grüne/glp-Fraktion weiterhin an der Bodeninitiative festhalten. Mit den Ausnahmen im Gegenvorschlag gemäss Artikel 3.b wird wichtiger Handlungsspielraum für die Gestaltung von Kriens aus der Hand gegeben. Die Bodeninitiative schafft Planungssicherheit für die Verwaltung und hält Grundstücke für die Bedürfnisse kommender Generationen frei. Was der Grünen/glp-Fraktion im Bericht und Antrag fehlt ist eine Auseinandersetzung mit dem Baurecht. So hat es doch einige Vorteile. Das Land ist weiterhin unter Kontrolle der öffentlichen Hand. Mit diesem haushälterischen behält die wachsende und dichter werdende Stadt Handlungsspielraum in der Raumplanung. Mit der Abgabe von Land im Baurecht hat die Verwaltung Planungssicherheit. Sie kann mit den Baurechtsverträgen langfristige Entwicklungen und Nutzungen festlegen. Aus finanzieller Sicht ist das Baurecht langfristig attraktiv, weil regelmässige Einnahmen generiert werden können, über Jahrzehnte. Für Entwickler von Projekten gibt das Baurecht die Möglichkeit, ihre finanziellen Mittel gezielt für das eigentliche Projekt einsetzen. Es scheint im Stadtrat ein hart ein betonierter Gedanke zu geben, dass stadt eigenes Land in erster Linie Finanzbedürfnissen dienen soll und erst in zweiter Linie ein raumplanerischer Gedanke zum Tragen kommt. Die Grüne/glp-Fraktion wehrt sich gegen den Ausverkauf der immer knapper werdenden Ressource. Die Grüne/glp-Fraktion ist überzeugt, die Bodeninitiative eine saubere und klare Lösung ist.

Michele Akermann dankt dem Stadtrat im Namen der SVP-Fraktion erneut für den Bericht und Antrag zur Bodeninitiative und die Vornahme der geringfügigen Änderungen für die 2. Lesung. Michèle Akermann werde deshalb auch nicht nochmals ihre Argumente wiederholen, diese sind bekannt und weiter-

hin gleich. Eine vollständige Kompromisslösung nach Rückweisung am runden Tisch und der 1. Lösung, welche das Initiativkomitee zum Rückzug der Initiative bewogen hätte, konnte nicht gefunden werden. Jedoch entscheidet der Einwohnerrat im Vergleich zur ursprünglichen Version über alle Veräusserungen von Grundstücken des Finanzvermögens. Damit auch betreffend die allfällige Veräusserung der Ausnahmen, welche für die SVP-Fraktion ein unabdingbarer Teil des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken bleiben müssen. Wie gesagt ist dies durchaus ein Kompromiss und es ist für die SVP-Fraktion auch nicht ganz nachvollziehbar, inwiefern das Komitee überhaupt ihre Initiative zurückziehen würde, denn von dieser Seite kommen keine deutlichen Aussagen. Wie bereits mehrfach erwähnt, würde die SVP-Fraktion zwar gerne auf die Initiative und den Gegenvorschlag verzichten, unterstützen unter den gegebenen Umständen aber den Gegenvorschlag. Die SVP-Fraktion bittet den Einwohnerrat deshalb dem Antrag des Stadtrats unverändert zuzustimmen

Laut Matthias Erni hat die FDP-Fraktion aktiv nach Lösungen gesucht und Hand geboten für Kompromisse. Die Kompromisse sind gescheitert und es kam keine Einigung zustande. Die Meinung der FDP war und ist immer noch, dass der Einwohnerrat immer über einen Verkauf abschliessend entscheiden kann. Im vorliegenden Antrag trifft das nur für die Ausnahmen zu die der Stadtrat vorsieht. Nur mit dieser Ausnahme der 6 Grundstücke sieht die FDP keine langfristig sinnvolle Lösung. Leider ist dieses zielführende Vorgehen bei den Initianten nicht auf Akzeptanz gestossen. Die FDP bedauert es sehr, dass Parteipolitik in diesem Anliegen über den Pragmatismus gestellt wird und stur an der Initiative festgehalten wird, um das Thema zu bewirtschaften. Unsere Befürchtung bleibt unverändert. Die Stadtentwicklung wird verunmöglicht, wenn zum Beispiel für ein Projekt ein Dreieck Land fehlt oder für Trottoirs benötigt würde, würde man dies verhindern. Daher lehnen wir die Initiative klar ab und unterstützen den Gegenvorschlag des Stadtrats.

Gemäss Viktor Bienz findet es Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion schade, dass Kompromissfindung am runden Tisch nicht erreicht werden konnte. Die Junge Mitte ist für die Initiative und Die Mitte für den Gegenvorschlag. Über das Areal Bosmatt gab es bereits eine Abstimmung und das damalige Versprechen gilt es nun auch auszulösen.

Für Michael Portmann besteht das Kernanliegen der Bodeninitiative darin, dass die Stadt Kriens ihren Boden nur noch im Baurecht abgibt oder nur noch dann Boden verkauft, wenn ein gleichwertiges Grundstück gekauft werden kann. Entscheidend dabei ist, dass per sofort keine Grundstücke mehr verkauft werden. Deshalb macht es wenig Sinn, wenn der Stadtrat im Gegenvorschlag auf die sechs Ausnahmen für den Verkauf beharrt. Die SP-Fraktion tritt aufs vorliegende Geschäft ein, lehnt den Gegenvorschlag des Stadtrates und damit auch den Beschlusstext des B+A's ab. Folgendes ist der SP-Fraktion wichtig: Es stört, dass der Verkauf der Bosmatt hartnäckig mit der Finanzierung der Zentrumsprojekte gekoppelt wird. Der Einwohnerrat hat die Zentrumsprojekte im Januar 2022 offiziell mit dem B+A 66/2021 abgeschlossen. Entweder ist die Finanzierung abgeschlossen oder dann muss der Einwohnerrat den Sonderkredit für die Zentrumsprojekte nochmals öffnen. Dann will der Stadtrat und eine Mehrheit hier im Rat die Bosmatt verkaufen, obwohl die Stadt Kriens im Cashflow versinkt. Schulden abbauen geht nicht, weil aktuell keine langfristigen Kredite ablaufen. Alle Investitionsvorhaben erledigen geht nicht, weil dazu das Personal fehlt. Da muss doch die hochverschuldete Stadt Kriens plötzlich Geld anlegen, statt Schulden abzubauen oder Investitionsvorhaben umzusetzen. Deshalb ist es nur richtig die Bosmatt im Baurecht abzugeben. Das gibt über Jahre Einnahmen, erhöht aber den Cashflow nicht auch noch! Kriens hat da schon genügend Probleme! Dann weist die SP-Fraktion nochmals darauf hin, dass das Tauschen von gleichwertigen Grundstücke explizit in der Bodeninitiative enthalten ist. Das für die Stadt Kriens wertlose Grundstück Horwerstrasse 1 gegen ein Stück Bellareal einzutauschen, wäre immer noch ein für die Stadt Kriens gutes Geschäft.

Laut Beda Lengwiler findet es die Junge Mitte grundsätzlich gut, dass die Bevölkerung bald über die Bodeninitiative und den Gegenvorschlag zur Bodeninitiative entscheidet. Es ist nämlich an der Zeit, dass die Bodenpolitik in Kriens langfristig geregelt wird. Auch wenn wir dies also im Grundsatz gut finden, gibt es leider ein Problem, und zwar, dass der Gegenvorschlag, so wie er vorliegt, nicht ausgereift ist! Er weist zwei grosse Mängel auf. Beda Lengwiler ist froh, dass der Einwohnerrat im Gespräch mit dem Stadtrat nach der letzten Sitzung noch erreicht hat, dass nicht eine spezifische Immobilienstrategie in ein Reglement geschrieben wird, sondern die spezifische Immobilienstrategie durch «die aktuelle Immobilienstrategie» ersetzt worden ist. Bereits diesen Bock zeigt, dass es sich beim Reglement eher um einen Schnellschuss, als eine langfristige Lösung der Bodenpolitik handelt. Trotzdem ist die Junge Mitte froh, dass wenigstens eine von mehreren Unreinheiten, aus dem Reglementsentwurf entfernt worden ist. Jedoch bleiben aus der Sicht von Beda Lengwiler noch zwei weitere Punkte, die formell angepasst werden müssten: Neu soll in der Gemeindeordnung Bezug auf einen konkreten Artikel aus einem untergeordneten Reglement genommen werden. In diesem Artikel sind Grundstücke aufgeführt, welche heute aktuell sind, aber in 20 Jahren eventuell nicht mehr von Relevanz sind. Dies ist ein NoGo – denn es ist nicht richtig sozusagen spezifische Grundstücke in die Gemeindeordnung zu schreiben, welche die Finanzkompetenz regelt. Die Formulierungen sind von der Systematik her ein Pusch und müssten bereinigt werden. Beda Lengwiler bedauert, dass entsprechende Anträge von seiner Seite bisher abgelehnt wurden. Die Grundsätze zur Bodenpolitik sind nicht ausgereift und am falschen Ort niedergeschrieben. Die Grundsätze sollen langfristig festgehalten und in der Gemeindeordnung verankert werden. Sie sind also eigentlich im Reglement am falschen Platz. Das Reglement verfehlt aus der Sicht von Beda Lengwiler der Willen der Initiative stark. Die Junge Mitte möchte die Bodenpolitik langfristig regeln und nicht mit einem Schnellschuss, welche die Bodenpolitik für die nächsten 10-20 Jahren regelt. Kurz zusammengefasst: Beda Lengwiler findet es grundsätzlich gut, dass es einen Gegenvorschlag zur Bodeninitiative gibt, jedoch haltet er die Ausarbeitung für ungenügend und nicht umsetzbar. Ein NoGo ist, dass Kriens so zu sagen in der Gemeindeordnung Grundstücke, welche in 20 Jahren vielleicht bereits wieder vergessen sind, schreibt. Es erinnert Beda Lengwiler an den Schnellschuss von der Anpassung des Reglements über die Billettsteuer, wo offene Fragen immer noch nicht abschliessend geklärt sind. Auch erinnert es ihn an das Finanzhaushaltsreglement, welches unnötig komplex gestaltet ist und einige, schon nur grammatische Fehler, die trotz seiner Hinweise, nicht angepasst wurden, beinhaltet. Aus diesem Grund werde Beda Lengwiler den Gegenvorschlag zur Bodeninitiative ablehnen und die Bodeninitiative unterstützen. Er würde wie in der ersten Lesung eine Zurückweisung des Geschäftes unterstützen, damit eine gute Lösung aufgelegt werden könnte. Seine Vorsondierungen ergaben aber, dass dieser Antrag keine Chancen hätte. Deswegen stellt er auch keinen Antrag mehr zur 1. Lesung zurückzukehren. Beda Lengwiler hofft stark, dass die Ausarbeitung des Reglements nach der Annahme der Bodeninitiative seriöser umgesetzt wird als jetzt beim Gegenvorschlag. Beda Lengwiler dankt den Einwohnerratsmitgliedern, wenn sie den unausgereiften Gegenvorschlag ablehnen.

Der Kompromissvorschlag ist laut Pascal Meyer für die Grüne/glp-Fraktion ein massiver bürokratischer Mehraufwand. Die Bodeninitiative ist einfacher. Daher ist die Grüne/glp-Fraktion überrascht, dass die FDP-Fraktion den bürokratischeren Weg gewählt hat.

Roger Erni bedauert, dass der Stadtrat zusammen mit dem Einwohnerrat am runden Tisch keinen Kompromiss finden konnte, welcher einen Rückzug der Initiative bewirkt hätte. Der Stadtrat ist jedoch überzeugt mit der aktuellen Strategie einen gangbaren Kompromissvorschlag vor sich zu haben. Kein Schnellschuss und auch keine Bürokratie. Nicht der Stadtrat, sondern der Einwohnerrat macht das Reglement. Der Stadtrat macht lediglich einen Vorschlag. Wenn der Einwohnerrat keine Mehrheit findet, kann man nicht dem Stadtrat den Vorwurf machen. Roger Erni ist sich sicher, dass es nun eine sehr knappe Abstimmung geben wird.

Sarah Riedweg liest den Beschlusstext:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 127/2022 des Stadtrates Kriens vom 26. April 2023 und gestützt auf § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 (GG; SRL 150) sowie § 16 Abs. 4 der Gemeindeordnung von Kriens vom 13. September 2007 i.V.m. § 82h Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates vom 28. Juni 1976 (Kantonsratsgesetz, KRG; SRL 30) betreffend **«Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative»** beschliesst:

- I. Die Initiative «Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative» ist gültig.
- II. Die Initiative «Boden behalten, Kriens gestalten – Bodeninitiative» wird abgelehnt.
- III. Als Gegenvorschlag wird beschlossen:
 1. Die Gemeindeordnung von Kriens vom 13. September 2007 wird wie folgt geändert:

§ 32 Finanzkompetenz

Abs. 1 (bleibt unverändert)

Ziff. 1 (bleibt unverändert)

Ziff. 2 Veräusserungen im Rahmen des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken und Belastung von Grundstücken von 1.5 bis 5.00 % Steuerertrag sowie Veräusserungen von Grundstücken gemäss Art. 3 Ziff. 3 des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken bis 1.5 % Steuerertrag.

Ziff. 3 - 6 (bleiben unverändert)

Abs. 2 (bleibt unverändert)

Ziff. 1 Veräusserungen im Rahmen des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken und Belastung von Grundstücken über 5.00 % Steuerertrag.

Ziff. 2 – 8 (bleiben unverändert)

Abs. 3 (bleibt unverändert)

§ 37 Finanzkompetenz

Abs. 1 (bleibt unverändert)

Abs. 2 (bleibt unverändert)

Ziff. 1 – 4 (bleibt unverändert)

Ziff. 5 Veräusserungen im Rahmen des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken und Belastung von Grundstücken bis 1.5 % Steuerertrag mit Ausnahme von Veräusserungen von Grundstücken gemäss Art. 3 Ziff. 3 des Reglements über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken.

Ziff. 6 – 11 (bleiben unverändert)

§ 48a Mittelbewirtschaftung

Stadteigene Grundstücke des Finanzvermögens dürfen grundsätzlich nicht veräussert, sondern nur nach Massgabe eines Reglements mit Baurechten belastet werden. Der Einwohnerrat regelt in einem Reglement über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken die Fälle, in denen eine Veräusserung zulässig ist. Im Übrigen sind für die stadteigenen Grundstücke des Finanzvermögens die § 32 und § 37 der Gemeindeordnung anwendbar.

2. Es wird das folgende Reglement erlassen:

Reglement über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens erlässt, gestützt auf § 28 Abs. 1 Bst. a der Gemeindeordnung von Kriens vom 13. September 2007 (Nr. 0111), folgendes Reglement über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken:

Art. 1 Grundsatz

1 Die Stadt Kriens ist bestrebt, eine nachhaltige und langfristige Bodenpolitik zu betreiben. Die Grundlage bildet die aktuelle Immobilienstrategie des Stadtrates vom 27. Oktober 2021.

2 Es ist ein haushälterischer Umgang mit den stadteigenen Grundstücken zu verfolgen.

Art. 2 Stadteigene Grundstücke

1 Stadteigene Grundstücke des Verwaltungsvermögens dürfen nicht veräussert oder mit anderen Grundstücken getauscht werden.

2 Stadteigene Grundstücke des Finanzvermögens dürfen grundsätzlich nicht veräussert, sondern nur mit Baurechten belastet werden. Vorbehalten bleiben die Ausnahmefälle nach Art. 3.

Art. 3 Ausnahmen

Stadteigene Grundstücke des Finanzvermögens dürfen im Rahmen der Zuständigkeiten gemäss der Gemeindeordnung in folgenden Fällen veräussert werden:

Ziff. 1 bei Flächenumlagen oder –abgaben im Zusammenhang mit der Realisierung von öffentlichen Projekten, Neuerschliessungen, Meliorationen, Arrondierungen und Grenzberichtigungen;

Ziff. 2 wenn in den letzten fünf Jahren vor der Veräusserung ein Grundstück erworben wurde, welches in Bezug auf Fläche, Ausnützung, Nutzung und Wert vergleichbar ist;

Ziff. 3 Im Weiteren dürfen folgende stadteigenen Grundstücke des Finanzvermögens veräussert werden:

- Grundstücke	Nr. 81 + 4069, GB Kriens	Bosmatt
- Grundstück	Nr. 258, GB Kriens	Horwerstrasse 1
- Grundstück	Nr. 1049, GB Kriens	Ober Blattig
- Grundstück	Nr. 815, GB Kriens	Vorder Amlehn
- Grundstück	Nr. 224, GB Kriens	Zunacherstrasse 4
- Grundstück	Nr. 242, GB Kriens	Himmelrichstrasse / Obermettlen

Art. 4 Tausch

Zulässig ist der Tausch von stadteigenen Grundstücken des Finanzvermögens mit gleichwertigen Grundstücken in Bezug auf Fläche, Ausnützung, Nutzung und Wert.

Art. 5 Übergangsbestimmungen

1 Das grundsätzliche Verbot der Veräusserung von stadteigenen Grundstücken des Finanzvermögens gemäss Art. 2 Abs. 2 gilt nicht für Grundstücke, für deren Veräusserung sich die Stadt Kriens vor Inkrafttreten dieses Reglements mit einem Vorvertrag verpflichtet hat.

2 Für eine Veräusserung gemäss Art. 3 Ziff. 2 können nur Grundstücke herangezogen werden, die nach Inkrafttreten dieses Reglements erworben worden sind.

Art. 6 Inkrafttreten

1 Dieses Reglement tritt mit dessen Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

2 Das Reglement ist zu veröffentlichen.

- IV. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern II. und III. sind den Stimmberechtigten in einer Doppelabstimmung zu unterbreiten.

Abstimmung Beschlusstext Nr. 127/2022

Mit 14:13 Stimmen und 1 Enthaltung wird der Beschlusstext angenommen

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja

Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Enthaltung
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
50Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

4. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!»

Nr. 143/2022

Gemäss Matthias Erni hat die KBVU in dieser zweiten Lesung den B+A zum Velonetz nochmals behandelt. Diesmal aber nicht mehr so kontrovers wie bei der ersten Lesung. Die Forderungen vom Parlament wurden aufgenommen und eine Mehrheit der KBVU kann jetzt mit diesem vorliegenden Gegenvorschlag vom Stadtrat leben. Das freut Matthias Erni als Präsident. Im Gegensatz zu seinem Votum im Dezember muss er jetzt nicht mehr von einer unheiligen Allianz sprechen, sondern dem Einwohnerrat diesen B+A im Namen der KBVU zur Annahme empfehlen.

Peter Stofer stellt fest, dass der Stadtrat an Stelle eines Umsetzungsvorschlags, welcher das Anliegen der Initianten Velonetz jetzt! ernst nimmt, einen Gegenvorschlag präsentiert. Der Gegenvorschlag entspricht eins zu eins dem neuen Bundesgesetz über Velowege. Das ist wenig ambitiös, weil er das Veloweggesetz sowieso umsetzen muss. Wir Grünen sind der Ansicht, dass das Umsetzungstempo des Gegenvorschlags nicht reicht. Es reicht nicht, weil das Krienser Verkehrssystem in den Spitzenstunden bereits heute überlastet ist und auch der ÖV mitsamt dem Personenverkehr täglich im Stau steckt. Es reicht nicht, weil Kriens rasant wächst und Wachstum noch mehr Verkehr bringt. Soll Kriens für alle erreichbar bleiben, muss der Fuss- und Langsamverkehr das zukünftige Verkehrswachstum stemmen.

Die Formel ist simpel: Jedes Velo mehr bedeutet ein Auto weniger, welches die Luzernerstrasse verstopft. Es reicht nicht, weil die heutige Veloinfrastruktur ein Flickwerk und darum gefährlich ist. Jeden Monat verunfallt mehr als ein Velofahrer auf den Krienserstrassen. Ein zeitgemässes Veloroutennetz würde das Unfallrisiko, nicht zuletzt für unsere Schulkinder deutlich senken. Es reicht nicht, weil die Krienser Stimmbevölkerung am letzten Abstimmungswochenende eindrücklich demonstriert hat, dass sie mehr Klimaschutz will. Die Förderung des Langsamverkehrs ist die Schlüsselmassnahme im Verkehrssektor, die auch tatsächlich wirkt. Wenn aber einzig der Bypass mit Milliardenbeträgen gefördert wird, wird das auch langfristig nix mit den Modal-Split Anteil von 35% Fuss- und Veloverkehr in Kriens. Dazu kommt: Unsere Mobilität verursacht so genannte unerwünschte externe Kosten welche nicht die Verursacher, Automobilisten, Zugreisende decken, sondern durch die Gesellschaft getragen werden müssen. Sie entstehen durch Unfälle, Luftverschmutzung, Lärm usw. Beim Autoverkehr sind das laut ARE 7.8 Rp, beim Schienenverkehr 3.4 Rp. pro Kilometer. Weil die körperliche Betätigung aber die Gesundheitskosten senkt, generieren einzig der Fuss- und Veloverkehr einen sogenannten externen Nutzen von ca. 4 Rp pro Kilometer. Jeder und jede, die heute zu Fuss oder mit dem Velo an die Sitzung gekommen ist, hat nicht nur sich selber einen Gefallen getan, sondern die Stadt-, Staats- und die Bundeskasse entlastet. Davon brauchen wir mehr. Das muss man fördern. Selbstverständlich ist es eine grosse Herausforderung, ein Velonetz innerhalb von 10 Jahren – so wie es die Veloinitiative fordert – zu realisieren. In einer idealen Welt hätte man damit bereits vor Jahrzehnten begonnen, hat man aber nicht. Wir stellen fest: Luzern kann's- wir offenbar nicht. Geschätzter SR, die Grünen sagen ja zur Gemeindeinitiative Krienser Velonetz jetzt! und werden, contre ceur, mehrheitlich auch den Gegenvorschlag gutheissen.

Für Patrick Koch gibt es nichts Neues in der Krienser Verkehrspolitik. Die SVP Kriens hat in den letzten Jahren alle Volksabstimmungen zu ihren Gunsten entschieden. Neustes Beispiel, der Volkssentscheid am 13. Februar 2022 über die «Testplanung auf der K4 im Stadtzentrum». Auch dieses wuchtige Nein bewirkt beim Stadtrat nicht zu einem Umdenken in der Verkehrspolitik. Die Bürger haben die Nase voll von der links-grün ideologisch gefärbten Verkehrspolitik aus der Küche Frey. Und da der Stadtrat nun Angst vor dem Stimmvolk hat, greift er zum «Buebe-Trickli». Denn der vorliegende Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative ist eine Mogelpackung. Es wird ein Gegenvorschlag vorgelegt, der sich im Wesentlichen nur in Bezug auf die Fristen von der Initiative unterscheidet. Ein Gegenvorschlag ist dem Volk halt schmackhafter zu machen. Ein für die SVP wichtiger Punkt in dem vorliegende B+A ist die Schachen- Amlehnstrasse. Haben Sie gewusst, dass der Stadtrat bereits am Ausarbeiten eines Planungsberichtes für diesen Strassenzug ist? Das ist doch eine elegante Lösung. Wir können diesen nur zur Kenntnis nehmen und das Volk wird auch gleich ausgehebelt und dabei stützt man sich ständig auf das GVK, wozu das Volk sich nicht äussern konnte. Die SVP Kriens hat genug von der links-grün ideologisch gefärbten Verkehrspolitik. Immer mehr Bürger fragen sich, wie eine solche gewerbe- und bürgerfeindliche Verkehrspolitik in einem bürgerlichen Stadtrat in der Zusammensetzung 1 Mal CVP, FDP und SVP überhaupt möglich ist? Die SVP empfiehlt dem Einwohnerrat den vorliegenden B+A abzulehnen. Wir freuen uns auf einen lebhaften Abstimmungskampf.

Matthias Erni stellt fest, dass der Gegenvorschlag des Stadtrats sich grundsätzlich an den Bestimmungen der nationalen Gesetzgebung orientiert. Dieses koordinierte Vorgehen erscheint durchaus sinnvoll, da Kriens sich damit keine strengeren Vorschriften einführt. Leider konnten die Anliegen von FDP und SVP, wie beispielsweise der Beibehaltung von Tempo 40 auf der Amlehnstrasse oder die Implementierung von der mobilitätsverhindernden 3V-Strategie, in der ersten Lesung keine Mehrheiten finden. Es ist – nach einer allfälligen Annahme durch das Stimmvolk - wichtig zu beachten, dass die Umsetzung der Initiative oder des Gegenvorschlags nicht auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) erfolgt, sondern vielmehr eine Verbesserung bewirkt, indem separate Fahrradspuren eingerichtet werden. Das ist lösungsorientiert und schafft Mehrwerte für Kriens. Für die Autofahrer, den ÖV und die Velofahrer. Die FDP stimmt dem Gegenvorschlag des Stadtrats zu und wird entsprechend des Berichtes und Antrag akzeptieren.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat für die Überarbeitung des Berichtes bzw. Gegenvorschlages in 2. Lesung. Die zwei relevanten Anpassungen gegenüber der Initiative von Pro Velo kann Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nach wie vor unterstützen: 1. Längere Umsetzungs-Frist (20 Jahren anstelle unrealistischen 10 Jahre). Absprachen mit Nachbargemeinden und kantonalen Stellen und Übereinstimmung mit Vorgaben nationalen Velogesetzgebung (ab 01.01.23 in Kraft) sollen gewährleistet werden. 2. Umsetzung vor Perfektionismus. Spielraum für die schrittweise und pragmatische Umsetzung soll über die Einhaltung von Maximalstandards gestellt werden. Die 3 Anträge der Die Junge Mitte wurden an der 1. Lesung gutgeheissen und korrekt implementiert: Veloverleihstationen gefördert und ausgeweitet. Frühere Umsetzung wird angestrebt. Optimale Wirkung. Weil es sich hierbei erst um einen Bericht beziehungsweise einen Gegenvorschlag handelt, fehlt selbstverständlich auch der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ein konkreter Massnahmeplan, die entsprechende Priorisierung (insbesondere Amlehn-/Schachenstrasse) und vor allem die Sicherstellung der Finanzierung. Gemäss Art. 10 Abs. 4g. informiert der Stadtrat aber jährlich über den Zwischenstand. Die komplexe Mobilität beziehungsweise vorherrschende Kapazitätsengpässe auf den Krienser Strassen werden uns also noch intensiv beschäftigen (Ausbau Ränggloch, Gesamtsystem Bypass Luzern, Durchgangsbahnhof Luzern). Nun gilt es also, auch die Nachbargemeinden, den Kanton und den Bund mit ins Boot zu holen. Es wäre eine verpasste Chance, nun nicht auch integrierte Verbesserungen auf allen Strassen und für alle Verkehrsteilnehmende zu realisieren und vor allem die entsprechenden Fonds- und Fördergelder zu beanspruchen. Zuversichtlich blickt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion der Doppel-Abstimmung durch das Volk voraussichtlich am 26.11.2023 entgegen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag und die entsprechende Änderung des Strassenreglements der Stadt Kriens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir doch den Wandel in der Mobilität gemeinsam an. Der Stadtrat braucht jetzt unser Vertrauen und den nötigen Spielraum. Und die Krienser Bevölkerung gewinnt an Lösungen und Sicherheit, ob auf dem Velo, im Auto oder zu Fuss.

Bettina Gomer dankt allen zuständigen Stellen und Mitarbeitern für die Ausarbeitung der 2. Lesung. Es hat sich wenig verändert. Sie hat weder die Geduld noch die Nerven auf die Anliegen der Bürgerlichen einzugehen. Wissenschaftliche Fakten sind ihr einfach viel näher. Das Auto sei nicht zu verfluchen, sondern es hat auch in gewissen Situationen seine Vorteile. In den meisten Situationen ist es jedoch einfach ineffizient. Es geht nicht um den GVKK oder eine verlorene Testplanung, sondern um die Gemeindeinitiative und dessen Gegenvorschlag. Die SP-Fraktion ist nicht unzufrieden mit dem Gegenvorschlag. Die Verkehrsteilnehmer sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es soll ein Miteinander sein. Jeder und jede Velofahrende entlastet die Strassen für jedes Auto und Blaulichtorganisationen. Viele Menschen würden sofort auf das Fahrrad umsteigen, wenn sie sich sicher fühlen auf der Strasse. Bei der Verkehrssituation in Kriens sind also dringend notwendige Lösungsvorschläge zu präsentieren. Die Lösungen benötigen eine Sicht, welche die zunehmend urbane Mentalität nutzt. Es soll auch berücksichtigt werden, dass auch Fahrradfahrende Steuern für die Gemeindestrassen bezahlen. Es braucht Verkehrsmassnahmen für alle. Das Schweizer Volk hat dies bereits verstanden. Es geht nun um die zeitnahe Umsetzung. Die Stadt Kriens ist dafür bekannt, dass er die knappen Mittel wirkungsvoll eingesetzt werden und die Chancen genutzt, sobald sie sich ergeben. Die SP-Fraktion ist der Überzeugung, dass dies auch hier so passieren wird. Deshalb sagt die SP-Fraktion auch ja zu diesem Gegenvorschlag. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion klar der Meinung, dass es zeitnah umgesetzt werden muss, damit Kriens keinen Verkehrskollaps erleiden muss. Die SP-Fraktion erwartet deshalb nach dem positiven Volksentscheid einen Planungsbericht, in welchem Massnahmen sichtbar werden. Dieser Planungsbericht soll so selbstverständlich wie die Schulraumplanung werden.

Einzelsprecher

Cyrill Zosso findet die Aussage von Patrick Koch schon fast niedlich. Im Stadtrat ist keine links-grüne Mehrheit. Plumpe Politik und es wird alles an einer Schachen- Amlehnstrasse aufgehängt. Es soll nicht einfach alles versenkt werden. GVKK wurde nicht bürgerlich abgestimmt, aber der Einwohnerrat ist schliesslich eine Bürgervertretung. Mit dem Gegenvorschlag ist Kriens nicht wirklich ambitionierter als die Nationalen vorgaben. Die Strassen sollen entlastet werden und mit dem Vorschlag wäre dies möglich.

Beda Lengwiler dankt für die tolle Überarbeitung des Gegenvorschlages zur Veloinitiative. Die Junge Mitte schliesst sich der Mitte an. Sie sind sehr zufrieden. Was uns besonders wichtig ist, ist dass die Infrastruktur sinnvoll priorisiert wird. So ist Die Junge Mitte der Meinung, dass möglichst bald eine sinnvolle Lösung für die Amlehn- und Schachenstrasse gefunden werden muss. Ihre Frage hierzu ist, wie der Stadtrat die gefährlichen Stellen eruiert, um in der Planung und Umsetzung zu priorisieren? Hat der Stadtrat vor, zur Mitwirkung der Bevölkerung Angebote wie «bikeable» oder Veloobserver einzusetzen? Auch essenziell für die Umsetzung ist, dass die Projekte so geplant und umgesetzt werden, dass möglichst viel Geld aus dem Agglomerationsfond des Bundes abgeholt werden und Kriens so das Bauen der Infrastruktur zum Teil über Bundesgelder finanzieren kann. Sie werden auf einen Bemerkungsantrag dazu verzichten, wollen aber klar wissen, ob und wie die Stadt Kriens versucht im Allgemeinen Projekte so zu planen und umzusetzen, dass möglichst ein grosser Teil über Fonds finanziert werden kann? Die Junge Mitte ist der Meinung, dass die Projekte so geplant werden müssen, dass die Fördergelder optimiert werden können. Sie sind überzeugt, dass Kriens in gute Infrastrukturen investieren muss. Der Langsamverkehr, wie das Velo, ist in den letzten Jahren durch den Autoboom auch in der Stadt Kriens vernachlässigt worden. Es ist Zeit dies zu bereinigen, damit wieder alle Platz auf den Strassen haben und sich sicher von A nach B bewegen können. Vielen Dank im Voraus an den Stadtrat für die Beantwortung unseren Fragen und die zeitnahe Umsetzung von dem Ausbau der Veloinfrastruktur.

Maurus Frey dankt im Namen vom Stadtrat für die mehrheitlich positive Würdigung. Es herrschen sommerliche Temperaturen, das Thermometer steigt und somit auch der Veloverkehr. Aufgrund vom verregneten Mai ist dies etwas später als noch im letzten Jahr. Das Küchenteam Stadtrat ist sich bewusst, dass sie eine gastfreundliche Beiz mit einem abwechslungsreichen Menu führen. Es gibt Wochenmenüs, deftige Menüs, Fitnesssteller, zwischendurch auch vegane Menüs und am Montag ist geschlossen. Es wurde festgestellt, dass es keinen grossen Unterschied zur Initiative gibt. Dies liegt daran, dass die Stadt Kriens, wie auch bereits in der ersten Lesung festgestellt, mit dem Grundanliegen der Initiative übereinstimmt. Kriens möchte eine Veloförderung machen und das Velofahren in Kriens attraktiver gestalten. Es soll jedoch mit ausgewogenen Massnahmen passieren und nicht zu Lasten von anderen Verkehrsteilnehmer. Dafür werden Ressourcen und Planungen benötigt. Die Planungen sind bereits sehr fortgeschritten. Im GVKK stehen die definierten Zielbilder vom Veloverkehr. Mit dem Gegenvorschlag möchte man diese Zielbilder umsetzen. Es gibt natürlich nicht nur Zielbilder für den Veloverkehr, sondern auch Ziele für die Weiterentwicklung vom motorisierten Individualverkehr oder vom Fussverkehr. Es ist also keine Einseitigkeit. Die Priorisierung passiert nach verschiedenen Kriterien. Zum Beispiel Finanzeffizienz, Schulwegsicherheit und Gesamtnutzen. Dies kann auch detaillierter in der Budgetdiskussion diskutiert werden. Es ist auch der Plan, dass das Reporting von der Priorisierung in der KBVU etabliert wird. Dies hat sich jedoch durch den Abgang vom Stadtingenieur etwas verzögert. Maurus Frey freut sich auf die Detailberatung.

Sarah Riedweg liest den Beschlusstext.

Beschlusstext zu Bericht und Antrag Nr. 143/2022 Einwohnerrat Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 143/2022 des Stadtrates Kriens vom 5. April 2023 und gestützt auf § 16 Abs. 4 und §30 lit. C. der Gemeindeordnung von Kriens vom 13. September 2007 sowie § 82h Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates

vom 28. Juni 1976 (Kantonsratsgesetz, KRG; SRL 30) betreffend Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt! » beschliesst:

1. Die Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt! » ist gültig.
2. Die Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt! » wird abgelehnt.
3. Als Gegenvorschlag wird das Strassenreglement der Stadt Kriens (Nr. 6201) zur Sicherung der Weiterentwicklung des Krienser Velowegnetzes wie folgt geändert:
Art. 10 Abs. 4 (neu)
4Der Verkehrsrichtplan schreibt zur Erstellung eines direkten, sicheren, attraktiven und zusammenhängenden Velohaupttroutennetzes als Bestandteil der gesamten Velonetzentwicklung unter anderem vor:
 - a. Die relevanten Arbeits-, Wohn-, Schul-, Freizeit- und Einkaufsorte werden an das Velonetz angeschlossen.
 - b. Die Velohaupttrouten werden nach Möglichkeit von Fuss- und motorisiertem Individualverkehr getrennt geführt.
 - c. Die Standards für die Velohaupttrouten richten sich nach den einschlägigen Normen und Fachgrundlagen sowie den Standards des Kantons Luzern.
 - d. Das Velohaupttroutennetz wird mit der Velonetzplanung der Nachbargemeinden, der Region und der kantonalen Radroutenplanung koordiniert.
 - e. Öffentliche Abstellanlagen für Velos sind fahrend erreichbar, gedeckt und in genügender Zahl vorhanden. Die Veloverleihstationen werden an den Velohaupttrouten gefördert und ausgebaut.
 - f. Die Fristen richten sich nach dem Bundesgesetz für Velowege (Veloweggesetz), vom 18. März 2022, wonach die Planung innert fünf Jahren und die Umsetzung innert zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Veloweggesetzes zu erfolgen hat. Die Stadt Kriens strebt eine frühere Umsetzung an.
 - g. Der Stadtrat informiert bis zum Erreichen dieses Ziels jährlich in geeigneter Form über den Zwischenstand der Umsetzung des Velohaupttroutennetzes.
 - h. Mit den für den Ausbau des Velonetzes verfügbaren finanziellen Mitteln wird eine möglichst grosse Wirkung erzielt (Pragmatismus und Funktionalität vor Perfektionismus).
4. Der Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Stadtrat wird beauftragt, die Volksabstimmung als Doppelabstimmung anzusetzen.
Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung Beschlusstext Nr. 127/2022

Mit 22:6 Stimmen wird der Beschlusstext angenommen

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja

Lips Yves	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

5. **Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Museum im Bellpark 2024-2027**

Nr. 173/2023

Raoul Niederberger bedenkt sich bei Otto Durrer für den Besuch in der KBSG. Er hat der Kommission die Arbeit vom Trägerverein erläutert und Bilanz über die letzten vier Jahre gezogen. Otto Durrer hat aber auch auf die Herausforderungen aufmerksam gemacht. Der Dank der KBSG geht auch an alle anderen Vorstandsmitglieder vom Trägerverein. Sie leisten in etlichen freiwilligen Stunden wichtige Arbeit für Kriens. In der anschliessenden Eintretensdebatte haben sich auch die Fraktionen lobend gegenüber der Arbeit vom Museum geäussert. Raoul Niederberger möchte hier nichts vorneweg nehmen und verzichtet deshalb hier auf die Einzelheiten einzugehen und überlässt dies gerne den Fraktionen. Das Geschäft war auch sonst in der KBSG wenig umstritten. Man war sich grundsätzlich einig, dass die Erhöhung vom jährlichen Beitrag gerechtfertigt ist. Einige Stimmen in der Kommission haben jedoch auch gewarnt, dass die finanzielle Situation in Kriens noch immer angespannt ist und keine neuen Fixkosten geschaffen werden sollten. Daher kam der Vorschlag, diese Kosten an einem anderen Ort in der Kultur zu minimieren. Raoul Niederberger kommt nun zum Antrag der KBSG und wird diesen in der Detailberatung nicht mehr so ausführlich erläutern. Die KBSG beantragt, dass der jährliche Betrag nochmals um Fr. 10'000.00 soll erhöht werden. Die Mehrheit der KBSG war der Meinung, dass dies in Anbetracht der hervorragenden Leistungen angebracht sei. Vor vier Jahren wurde ein gleichlautender Antrag der SP knapp abgelehnt und man war der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür sei. Die andere Seite fand jedoch, dass es noch zu früh ist. Mit einer Gutheissung würden Begehrlichkeiten bei anderen Leistungserbringer geweckt werden. Dem Antrag wurde mit 4 zu 2 Stimmen zugestimmt. Der Beschlusstext wurde am Schluss einstimmig genehmigt.

Patrick Koch findet Kriens darf stolz sein auf das Krienser Museum im Bellpark. Wie so oft verdanken wir die Entstehung toller Projekte Idealisten. Geboren wurde die Idee des Museums im Einwohnerrat. Die damalige Einwohnerrätin und spätere Gemeinderätin Verena Funk-Nyfelner hat ein Postulat eingereicht, das prompt an den Gemeinderat zur Weiterentwicklung überwiesen wurde. Selbstlos darf Kriens aber auch das grosse Engagement von Otto Durrer, dem langjährigen Präsidenten des Trägerschaft Verein Museum im Bellpark bezeichnen. Seine Schaffenskraft ist enorm, sein kulturelles Engagement beeindruckend. Den Kulturpreis im Jahr 2019 hat er mehr als verdient. Die damalige Überführung des «Museumsbetriebes» in eine Trägerschaft mit Leistungsvereinbarung erachtet die SVP als weitsichtigen Entscheid. Es konnte nicht sein, dass das Museum im Bellpark alljährlich zum Spielball der Budgetdebatten wurde. Auch mit der geplanten Anpassung des Sonderkredits für die Leistungsvereinbarung ist das Museum für die Stadt günstiger als in den Anfangszeiten. Es ist wieder einmal mehr ein Beweis dafür, dass sich Privatisierungen durchaus bezahlbar machen können. Die Verantwortlichen

sind mit so viel Herzblut dabei, dass sie Berge versetzen und unter grossen Anstrengungen beachtliche Mittel beschaffen können. Kurator Hilar Stadler hat dem Museum im Bellpark ein professionelles Gesicht gegeben. Unter seiner operativen Leitung hat sich das M.I.B. zu einem Geheimtipp unter kulturell Interessierten gemausert. Es ist erstaunlich, dass zwei Drittel der Museumbesucher ausserhalb von Kriens anreisen. Das Erfolgsrezept beruht auf einem breit gefächerten Angebot von Geschichte, Fotografie und Kunst. Grosse Freude hat die SVP jeweils an den Ausstellungen zur Krienser Ortsgeschichte. Die SVP ist sich bewusst, dass solche Ausstellungen bei der Planung zeitintensive Recherchen nötig machen. Es ist aber wichtig, dass solche Ausstellungen weiterhin regelmässig im M.I.B. stattfinden. Erstaunt ist die SVP über die grosse Arbeit die das Museum im Bereich Archivierung für die Stadt übernimmt. Die SVP stellt erfreut fest, dass es dem M.I.B. dank Stiftungsgeldern regelmässig gelingt, den Archivschatz mit wertvollen Exponaten zu ergänzen. Es ist bestimmt erstrebenswert, wenn das Archiv für die Öffentlichkeit zugänglich ist, so wie es mit der Sammlung der Ottiger-Masken via Bellpark-Website geplant ist. Als sehr visionär erachtet die SVP einen allfälligen Erweiterungsbau an der Nordseite der Villa Florida. Kurz- und mittelfristig, wäre es für die SVP aber denkbar, dass das Museum ein kleines Kaffee betreibt. Es ist eigentlich schade, dass es im wunderschönen Bellpark kein Gastro-Angebot gibt. Ein paar Tische in diesem wunderschönen Park während den Sommermonaten wären für Kriens eine Bereicherung und ein willkommener Batzen in die M.I.B. – Kasse. Krienser müssen ein grosses Interesse an einem florierenden Museum in Bellpark haben. Deshalb steht die SVP Kriens nach intensiver Diskussion hinter dem Verhandlungsergebnis des Stadtrates und werden somit dem vorliegenden B+A mit neuer Leistungsvereinbarung 2024 – 2027 und einem um CHF 10'000.00 höheren Sonderkredit pro Jahr grossmehrheitlich zustimmen. Den KBSG-Antrag auf eine Erhöhung des Sonderkredites um CHF 20'000.00 pro Jahr lehnen wir ab und finden es eher destruktiv, wenn das Verhandlungsergebnis im Nachhinein wieder in Frage gestellt wird. Die Stadt Kriens ist noch nicht über den Berg. Ein paar Silbergirlanden am Himmel bedeutend nicht eine nachhaltige Trendwende unserer Finanzen. Die Zeit ist nicht reif, um unsere Geldschleusen zu öffnen.

Gemäss Tomas Kobi tritt die Grüne/glp-Fraktion auf den B+A ein. Das Museum im Bellpark ist eine wichtige Kulturinstitution in der Stadt Kriens. Mit den vielfältigen Ausstellungen trägt das Museum dazu bei, dass Kriens schweizweit bekannt ist. Die wichtige Aufgabe soll auch richtig honoriert werden. In diesem Sinne dankt die Grüne/glp-Fraktion dem Museumsteam und dem Trägerverein. Besonders auch dem Vorstand, welcher freiwilligen Arbeit leistet. Das Museum im Bellpark hat eine Ausstrahlung über die Region. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung und Verständnis von Kultur im pädagogischen Sinn. Es werden x Workshops durchgeführt. Die Grüne/glp-Fraktion ist klar der Meinung, dass im Blick auf die Teuerung eine zusätzliche Erhöhung von Fr. 10'000.00 gerechtfertigt ist. Sie werden somit dem Antrag der KBSG zustimmen und den Beschlusstext genehmigen.

Armin Lisibach möchte ein mehrheitlich positives Votum für die Anerkennung der Leistungsvereinbarung 2024-2027 für das Museum im Bellpark aussprechen. Das Museum hat in den vergangenen Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet und sich zu einem wichtigen kulturellen Anlaufpunkt für die Stadt Kriens entwickelt. Die Ausstellungen und Veranstaltungen des Museums haben dazu beigetragen, die Geschichte und Brauchtum der Stadt Kriens aufzuzeigen und zu dokumentieren. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Anerkennung der Leistungsvereinbarung des Museums im Bellpark angemessen ist und eine Beitragserhöhung um Fr. 10'000.00 gerechtfertigt ist. Das Museum hat sich in den vergangenen Jahren als wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in Kriens etabliert und verdient daher eine angemessene finanzielle Unterstützung. Auch die Leistungsvereinbarung für die Jahre 2024-2027 wird es dem Museum ermöglichen, seine Arbeit fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Das Museum wird in der Lage sein, neue Ausstellungen und Veranstaltungen zu planen und durchzuführen, um das kulturelle Erbe der Region zu bewahren und zu fördern. Somit empfiehlt die FDP, dem Antrag zuzustimmen. Weitere Erhöhungen werden weitere Begehrlichkeiten von Organisationen und Vereinen mit einer Leistungsvereinbarung in den Raum stellen. Deshalb sieht die FDP die Erhöhung

wie vorgelegt als genug wertschätzend. Wo man nun noch nachgreifen könnte, ist, ob der RKK-Beitrag, welcher markant grösser ist, als die Unterstützung, welche daraus nach Kriens zurückfliesst, noch gerechtfertigt ist.

Andreas Vonesch schliesst sich den vielen Komplimenten an das Museum im Bellpark die Vorredner an. Auch Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion anerkennt die grosse Arbeit und dankt allen Akteuren, welche mit Enthusiasmus und Herzblut dieses Museum führen und unterstützen. Insbesondere dem Museumsteam, dem Trägerverein, welcher unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit leistet, den Mitgliedern und Gönnern, aber auch den vielen Stiftungen, welche mit namhaften Beträgen das Museum finanziell unterstützen. Es ist aber auch legitim, dass die Stadt Kriens erwähnt wird, denn der Beitrag ist der wichtigste Eckpfeiler in der gesamten Finanzierung. Selbstverständlich will, und bekommt die Stadt dafür auch, eine umfassende Leistung, die der Einwohnerrat heute wieder für vier Jahre besiegelt. Dem Einwohnerrat liegt der Bericht und Antrag zur neuen Leistungsvereinbarung 2024-2027 mit dem Museum im Bellpark vor. Der Stadtrat schlägt darin vor, den jährlichen Stadtbeitrag um 10'000 Franken auf jährlich 350'000 Franken zu erhöhen. Für Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion ist dieser Betrag unbestritten und sie werden ihn einschliesslich der jährlichen Gebäudekosten von 99'350 (nicht monetäre) Franken selbstverständlich genehmigen. Die Ausarbeitung von einer Leistungsvereinbarung ist immer ein langer Findungsprozess. Schlussendlich fliessen alle Argumente und Zahlen in den Vertrag ein. Die Vertragspartner verhandeln miteinander, finden sich allenfalls in einem Kompromiss. Für die Mitte/Junge Mitte-Fraktion kommt hier nun ein schaler Beigeschmack ins Spiel. Es ist eigentlich ein Déjà-Vu, wie bei der letzten Leistungsvereinbarung: Auch bei der Vereinbarung 2020-2023 ist dem Einwohnerrat ein B+A vorgelegt worden mit einer Erhöhung des Stadtbeitrags um 10'000 Franken. Schon im Eintreten wurde von verschiedenen Parteien eine zusätzliche Erhöhung zu Lasten der Globalbudgets von nochmals 10'000.00 Franken gefordert. Damals brachte Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion den Vorschlag ins Spiel, die weiteren 10'000.00 Franken über den Tourismusbonds zu generieren, um das Budget nicht zusätzlich zu belasten. Auch heute präsentiert sich die finanzielle Situation ähnlich: Der im B+A neu eingestellte Betrag von 350'000.00 Franken reicht eigentlich gar nicht aus, um die eigenen Grundkosten des Museums zu decken. Eine Erhöhung um nochmal 10'000.00 Franken, also um insgesamt 20'000.00 Franken wäre optimaler. Sollte das so gemacht werden, und ein entsprechender Antrag aus der KBSG liegt ja vor, so müsste das Geld irgendwo eingespart werden. Die Globalbudgets müssten dies kompensieren. Das muss dem Einwohnerrat bewusst sein. Im Sinne der Sache für unser Museum und im Sinne der Anerkennung für die geleistete Arbeit werden Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion den Antrag der KBSG «knurrend» unterstützen. Die zusätzlichen Fr. 10'000.00 sind nicht alle Welt und für die Stadt Kriens stemmbar. Rätö Camenisch hatte das letzte Mal vorgerechnet, dass es pro Jahr und Einwohner rund 30 Rappen sind. Wir kritisieren klar, dass praktisch über die Hintertür über den Antrag im B+A nochmals eine Erhöhung gefordert wird. Das ist nicht im Sinne von Klarheit und Transparenz. Und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion will damit kein Signal aussenden, dass dieses Vorgehen Usus wird.

Gemäss Kathrin Gut tritt die SP auf den B+A ein und bedankt sich für die hervorragende Arbeit, welche durch den Verein des Museums Bellpark täglich geleistet wird. Der Verein hat im 2007 die Trägerschaft mit einer Leistungsvereinbarung der Stadt Kriens für das Museum übernommen. Das Ziel über die Stadtgrenzen hinaus bekannt zu werden ist in den letzten Jahren erfolgreich gelungen. Der Vorstand des Vereins arbeitet ehrenamtlich, herzlichen Dank für den beherzten Einsatz. Vielseitige Aufträge und Leistungen werden durch das Museum umgesetzt. Kulturpflege, Kulturförderung, Kulturvermittlung. Es gibt drei bis fünf Ausstellungen pro Jahr. Es stellt sicher, dass die Sammlung der Kulturgüter professionell archiviert und gepflegt werden. Es führt ein ortsgeschichtliches Archiv, welches die Entwicklung von Kriens vom Dorf zur Agglomerationsgemeinde dokumentiert, es hat diverse Foto- und Bildersammlungen von Krienser: innen. Es besitzt unter anderem ein vollständiger Bestand des Hefts Heim und Leben. Das MiB bietet Theaterpädagogik an, die Kulturvermittlung für Schulklassen bietet es kostenlos an. Verschiedene Veranstaltungen machen das Museum im Bellpark zu einem

Ort der Begegnung und des kulturellen Austausches. Der Neujahr-Apéro, das Sommerfest, der Herbstanlass, das Café am Weihnachtsmarkt, wo auch der Strom durch das MiB zur Verfügung gestellt wird, Kostenpunkt Fr. 500.00 sowie weitere diverse Veranstaltungen, welche an verschiedenen Orten präsentiert werden. Nun liegt dem Einwohnerrat die neue Leistungsvereinbarung vor. Der Beitrag der Stadt wurde um Fr. 10'000.00 auf Fr. 350'000.00 erhöht. Eine Erhöhung um Fr. 10'000.00 wurde von der SP aufgrund der Wirkungsanalyse des MiB schon im 2019 beantragt, jedoch leider abgelehnt. Damals im 2019 musste die Casimir Eigensatz Stiftung einspringen um den Sockelbetrag zu erhöhen. Seit 2023 hilft sie nicht mehr. Der Verlust im 2022 wird mit Fr. 11'044.41 ausgewiesen. Die SP wird den Antrag der KSBG um eine weitere Erhöhung um Fr. 10'000.00 auf Fr. 360'000.00 unterstützen. Dazu gibt es verschiedene Begründungen. Es ist eine grossartige Leistung, dass das Museum 40 - 50 % der Kosten aus eigener Kraft decken kann. Müsste die Stadt Kriens die gleichen Leistungen erbringen, so wäre dies um mindestens 50% teurer, weil die Drittmittel ans MiB sowie die Freiwilligenarbeit wegfallen würden. Unter dem Strich ist es erstaunlich, was das MiB leistet und wie billig die Stadt Kriens diese Leistungen erhält. Die Bitte des MiB um Erhöhung basiert auf einer Betriebsanalyse, zum Beispiel wurde die Lohnstruktur, sowie die BVG der Stadt Kriens übernommen. Bei einer Ablehnung durch den Einwohnerrat, müssten konsequenterweise Leistungen in der Leistungsvereinbarung gestrichen werden. Die Fr. 10'000.00 waren bereits 2019 legitim, jetzt ist die Anpassung dringend nötig. Die Kostensteigerungen durch die Teuerung und die höheren Nebenkosten werden auch bei ihnen zu Buche schlagen. Trotz breit abgestützter verbaler Wertschätzung im Einwohnerrat fehlt der logische Schritt dazu, das ausragende Leistung auch etwas kostet. Die Planungssicherheit würde erhöht und der Kostendruck abnehmen. Das Museum wäre mehr als dankbar um die Erhöhung um auch weiterhin den Auftrag der Stadt Kriens im vollen Umfang erfüllen zu können. Die SP ist für Genehmigung des B+A's.

Einzelsprecher

Raoul Niederberger möchte noch kurz auf einen Punkt eingehen. Es wurde gesagt, dass hinter dem Ergebnis lange Verhandlungen dahinterstehen und, dass dieses Ergebnis nun zu akzeptieren sei. Raoul Niederberger fragt sich dann, was denn der Auftrag vom Parlament ist, wenn man zu solchen Leistungsvereinbarungen keinen Antrag mehr stellt. Er erinnert gerne an den B+A vom Bell-Areal. Da hat der Stadtrat auch mit verhandelt und gesagt, dass er den Platz gerne kaufen würde und es wurden entsprechende Verträge verhandelt. Der Einwohnerrat hat dann gesagt, dass der Platz nicht gekauft wird. Es ist genau die Aufgabe vom Einwohnerrat solche Geschäfte und Verträge kritisch zu hinterfragen. Ansonsten kann man es ähnlich wie in Nordkorea machen. Der Stadtrat präsentiert seine Geschäfte und der Einwohnerrat applaudiert und bedankt sich. Der Antrag weckt evtl. gewisse Begehrlichkeiten, jedoch wird hier ein Fachgeschäft behandelt und soll nicht als Präjudiz verstanden werden.

Michael Portmann gibt recht, dass es einen Trägerverein ist. Jedoch hat man hier wie auch bei der Spitex einen Trägerverein, welcher wichtige Arbeiten von Kriens übernimmt. Es wurde von ausgelagerter Kultur gesprochen. Archivarbeiten, welche nicht pro Fall verrechnet werden, übernimmt das Museum im Bellpark. Kulturvermittlung, welche gratis für die Schulen gemacht wird. Es gibt keine internen Verrechnungen. Es gibt auch ein Kulturfest. Das ist nicht irgendeine Leistungsvereinbarung, sondern eine der drei grossen, welche die Stadt Kriens hat. S

Marco Frauenknecht dankt den Angehörigen hier im Raum für die positiven Rückmeldungen. Für die Stadt Kriens ist das Museum mitten im Herzen von Kriens ein Leuchtturm über die Grenze hinaus. Mit dem Museum im Bellpark hat die Stadt Kriens eine wunderbare Zusammenarbeit. Der Auftrag wird seit Jahren mit mehr als vollster Zufriedenheit für die Stadt Kriens umgesetzt. Es wurde ein Kultur-, Kunst und Brauchtwissen von Kriens. Es wurde bereits gesagt, dass in diesem Museum alles erreicht wird. Der Stadtrat würdigt im B+A klar, was er vom Museum haltet und wie es weitergehen soll. Der Stadtrat ist überzeugt,

dass mit dieser Leistungsvereinbarung das kulturelle gewissen von Kriens aufrechterhalten werden kann. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass die Höhe von plus Fr. 10'000.00 reichen müssen und sollen. Der Stadtrat dankt dem Einwohnerrat für die Unterstützung.

Räto Camenisch stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag KBSG Leistungsvereinbarung Seite 5

Raoul Niederberger begründet den Antrag der KBSG. Der Antrag liegt schriftlich auf. Die KBSG beantragt unter Punkt C «Leistung der Stadt Kriens» den Betrag von Fr. 350'000.00 auf Fr. 360'000.00 zu erhöhen. Die Begründung wurde bereits in dem Eintretensvotum gemacht.

Gegenantrag Martin Zellweger Seite 5

Martin Zellweger begründet seinen persönlichen Antrag, welcher nicht von der Fraktion kommt. Was der Verein Museum im Bellpark unter der Leitung von Otto Durrer in den letzten Jahren geleistet hat ist eindrücklich und verdient jede Anerkennung das ist unbestritten. Trotzdem muss die Stadt Kriens noch immer haushälterisch mit ihren Mitteln umgehen. Und es gibt keine Regel die besagt: «je grösser das Lob desto grösser der Beitrag». Das brutal deutliche Abstimmungsergebnis vom Wochenende zum Finanzhaushaltsreglement zeigt unverblümt, dass der Krienser Stimmbürger von der Politik finanzielle Disziplin fordert. Viele Institutionen und Vereine leisten auch einen grossartigen Beitrag für Kriens und verdienen ebenfalls grosse Achtung. Jetzt aber genau einen Verein, ein kulturelles Angebot herausnehmen welcher durch die Stadt bereits gross unterstützt wird ist aus meiner Sicht der falsche Zeitpunkt. Wohlverstanden, der Stadtrat hat in seiner Veröffentlichung vom Dienstag von 1.8 Millionen Vereinsbeiträgen jährlich berichtet. Hier sprechen wir von einem Viertel dieses Betrages für nur einen Verein. Im Speziellen zeigt es sich inzwischen auch, dass die bisher verlangten Mietpreise fast 27'000 unter dem Marktpreis liegen. Somit unterstützt die Stadt den Verein also in der neuen Vereinbarung schon zusätzlich mit jährlich fast Fr. 27'000.00. Die SVP-Fraktion war sich schon beim Antrag des Stadtrats von Fr. 10'000.00 nicht 100% einig. Persönlich findet es Martin Zellweger den falschen Ansatz, nach einem ersten, schwach positiven Resultat 2022 der Stadt Kriens die Finanzschleusen wieder zu öffnen. Martin Zellweger hat in der letzten Sitzung zum Abschluss 2022 davor gewarnt sofort wieder neue Fixkosten zu schaffen. Überall werden von allen möglichen Parteien schon jetzt wieder Mehrleistungen gefordert. Sobald man wieder startet, die einen zu beglücken, so wird es unmöglich bei den andern «Nein» zu sagen. Wenn Kriens jetzt schon damit startet, losgelöst vom Gesamtbudget Gelder zu verteilen, dann sieht Martin Zellweger fürs nächste Budget 2024 definitiv schwarz. Der Silberstreifen am Horizont genügt noch nicht um die Lichter zu löschen. Es wird dann nämlich wieder dunkel wie die Nacht. Martin Zellweger hofft, dass Kriens aus den vergangenen Jahren irgendetwas gelernt hat, und nimmt auch das Abstimmungsergebnis vom Sonntag ernst. Martin Zellweger stellt somit den Antrag persönlich, nicht im Namen der Fraktion, den jährlichen Betrag auf Fr. 340'000.00 zu belassen und nicht auf Fr. 350'000.00 zu erhöhen, wie vom Stadtrat beantragt.

Abstimmung Gegenüberstellung Antrag KBSG (Fr. 360'000.00) vs. Antrag Zellweger (Fr. 340'000.00)

Der Antrag KBSG wird mit 16:7 Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen

Akermann Michèle	340'000.00
Albrecht Michèle	360'000.00
Amrhein Bruno	360'000.00
Bienz Viktor	360'000.00
Bucher Zita	360'000.00

Durrer Ivo	340'000.00
Erni Matthias	340'000.00
Felber Reto	Enthaltung
Gomer-Beacco Bettina	360'000.00
Gut Kathrin	360'000.00
Klein Fabian	340'000.00
Kobi Tomas	360'000.00
Koch Patrick	340'000.00
Lengwiler Beda	360'000.00
Lips Yves	360'000.00
Lisibach Armin	340'000.00
Meier Marco	Enthaltung
Meyer Pascal	360'000.00
Niederberger Raoul	360'000.00
Piras Davide	360'000.00
Portmann Michael	360'000.00
Rüegg Beat	Enthaltung
Solari Simon	Enthaltung
Stofer Peter	360'000.00
Vonesch Andreas	360'000.00
Zellweger Martin	340'000.00
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	360'000.00

Abstimmung Gegenüberstellung Antrag KBSG (Fr. 360'000.00) vs. Antrag Stadtrat (Fr. 350'000.00)Der Antrag KBSG wird mit 16:10 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen

Akermann Michèle	350'000.00
Albrecht Michèle	360'000.00
Amrhein Bruno	360'000.00
Bienz Viktor	360'000.00
Bucher Zita	360'000.00
Durrer Ivo	350'000.00
Erni Matthias	350'000.00
Felber Reto	Enthaltung
Gomer-Beacco Bettina	360'000.00
Gut Kathrin	360'000.00
Klein Fabian	350'000.00
Kobi Tomas	360'000.00
Koch Patrick	350'000.00
Lengwiler Beda	360'000.00
Lips Yves	360'000.00
Lisibach Armin	350'000.00
Meier Marco	350'000.00
Meyer Pascal	360'000.00

Niederberger Raoul	360'000.00
Piras Davide	360'000.00
Portmann Michael	360'000.00
Rüegg Beat	350'000.00
Solari Simon	Enthaltung
Stofer Peter	360'000.00
Vonesch Andreas	360'000.00
Zellweger Martin	350'000.00
Ziemssen Jörg	350'000.00
Zosso Cyrill	360'000.00

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 173/2022

Der Beschlusstext wird mit 24:1 Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Enthaltung
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lips Yves	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Enthaltung
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Enthaltung
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6. Bericht und Antrag Planungsbericht Klima und Energie Teil 1: Klimaschutz**Bericht zu Motionen:**

- **084/2021 Motion Lengwiler: Auszeichnung «Energistadt Gold» bis spätestens 2027**
- **085/2021 Motion Niederberger: Klimaplan / Klimabericht für die Stadt Kriens** **Nr. 185/2023**

Räto Camenisch begrüsst als Sachverständigen Robin Burch.

Laut Matthias Erni ist der Klimawandel zweifellos eine der grössten Herausforderungen von der aktuellen Zeit, und es müssen Massnahmen ergriffen werden, um seine Auswirkungen einzudämmen. Wir tragen die Verantwortung, unseren ökologischen Fussabdruck zu verringern und den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen zu unterstützen. Die Stadt Kriens hat gemäss dem Bericht Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten im Bereich lokale Verkehrsplanung und die Entsorgung. Aber auch bei der Energieversorgung und im Bereich der Gebäude kann jeder seinen Beitrag leisten. Daher wird die KBVU heute einen Antrag vorlegen, um Betreiberinnen von bestehenden Wärmeverbunden zu verpflichten alle Hausbesitzerinnen zu versorgen. Bei allen Massnahmen zum Klimaschutz sollte Kriens seinen Einfluss auf das Weltklima dennoch nicht überschätzen. Insbesondere ist es der KBVU ein wichtiges Anliegen, dass Kriens die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung berücksichtigt. Jeder Ortsteil, jedes Quartier hat unterschiedliche Herausforderungen und Bedürfnisse. Daher ist es wichtig, dass die Stadt Lösungen entwickelt, die an die spezifischen Gegebenheiten von Kriens angepasst sind. Ein breiter Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und lokalen Interessengruppen ist der Schlüssel, um alle Perspektiven zu verstehen und gemeinsame Ziele zu definieren. Daher wird die KBVU dem Einwohnerrat auch zwei Anträge vorlegen, welche darauf abzielen die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse bei der Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen an Bord zu holen und auf die anspruchsvollen Verhältnisse in Kriens Rücksicht zu nehmen. Nachdem alle Anträge diskutiert und Fragen in der Detailberatung geklärt wurden, hat sich eine Vielfalt von Meinungen gezeigt. Die eine Seite war vom Bericht begeistert, die andere Seite sah darin ein Papiertiger. Angesichts dieser unterschiedlichen Standpunkte ist beschlossen worden, in einer Dreifach-Abstimmung über die Kenntnisnahme durchzuführen. Die Abstimmung endete mit einem Ergebnis, welches verdeutlicht, dass keine eindeutige Mehrheit für eine positive Kenntnisnahme dieses Berichts zu Stande kommt. Angesichts dieser Situation hat sich die KBVU entschieden, den B+A neutral zur Kenntnis zu nehmen. Abschliessend bedankt sich Matthias Erni im Namen der KBVU bei allen Beteiligten, insbesondere Robin Burch, dem Fachmann für Umwelt und Energie für die Erarbeitung dieses Berichts und die kompetenten Stellungnahmen zu den Fragen innerhalb der Kommission.

Peter Stofer hatte selber noch nie ein Alphorn oder Schweizerörgeli in der Hand gehabt. Trotzdem hat ihn das bunte Treiben am eidgenössischen Jodlerfest, letztes Wochenende in Zug fasziniert. Genau solche Traditionsanlässe wären zukünftig kaum mehr möglich, wenn es nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen schnell markant zu senken. Dann würden nach den Berechnungen des Bundes die Temperatur bis 2060 um weitere ca. 2,4 °C ansteigen und wir hätten massiv mehr Extremwetterereignisse. Bereits jetzt sind die Temperaturen 2°C gegenüber Mitte des 19. Jahrhundert angestiegen. Ein Engagement für den Klimaschutz lohnt sich also nicht nur wegen dem Jodlerfest, es geht schlicht darum, unsere Lebensart zu bewahren. Die Grüne/glp-Fraktion wird auf den B+A eintreten und den Planungsbericht Klima und Energie Teil 1: Klimaschutz zustimmend zur Kenntnis nehmen. Eine Begrenzung des Temperaturanstiegs ist nur durch konsequenten Klimaschutz möglich. Darum muss die Weltgemeinschaft mit der Schweiz und der Stadt Kriens bis Mitte dieses Jahrhunderts klimaneutral werden. Ein erster Meilenstein hat das Volk am letzten Wochenende mit der Annahme des «Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» gesetzt. Auch die Krienser Stimmbürger haben die Vorlage mit 65 % gutgeheissen. Das ist ein starkes Zeichen! Es zeigt, dass die Bevölkerung ihre Verantwortung für die nachkommenden Generationen wahrnehmen will und bereit ist, etwas dafür zu investieren. Hinter diesem deutlichen Resultat steckt aber auch eine Aufforderung an die Politik, endlich aktiv zu werden: Damit es vorwärtsgeht, braucht es Anstrengungen auf allen Staatsebenen. Der Kanton mit seinem Planungsbericht Klima und Energie

bereits 2021 vorgelegt. Nun liegt der Ball bei der Stadt. Dank der Motion Niederberger berät der Einwohnerrat heute über den ersten Teil des Planungsberichtes Klima und Energie. Der 2. Teil: Anpassung an den Klimawandel wird später folgen. Der Bericht zeigt auf, wie der Stadtrat das Netto-Null Ziel bis 2045 erreichen will. mit 4 Teilzielen und insgesamt 33 Massnahmen, unterteilt in die 7 Sektoren Wärme / Gebäude, elektrische Energie, Mobilität und Verkehr, Landnutzung und Wald, Stadtverwaltung, Entsorgung und Recycling. Der Massnahmen-Katalog präsentiert sich insgesamt ausgewogen. Der Stadtrat findet eine angemessene Antwort auf die Motion Niederberger: «Klimaplan, -bericht für die Stadt Kriens». Besonders gefallen hat der Grünen/glp-Fraktion, dass es ist nicht einfach eine Abschrift, x-beliebiger Klimapläne ist, sondern ein auf die Erfordernisse der Stadt Kriens massgeschneidertes Programm. Die umfangreichen Wald- und Moorflächen sollen als CO₂-Senke genutzt werden (L 01, L02) Die Umsetzung hat bereits gestartet: Die Ausschreibung des Wärmeverbundes Obernau - Zentrum - Kupferhammer läuft (G 03). Der Planungsbericht kommt mit einem einzigen Verbot aus: partielles Verbot neuer fossiler Heizungen ab 2025 (G 02). Das macht auch ökonomisch Sinn. Die Programmkosten sind abgeschätzt und scheinen moderat im Vergleich mit den Kosten des Nichtstuns. Ein Finanzierungsvorschlag liegt auf dem Tisch: Einen Klimarappen in der Grössenordnung von 0.5 Rappen pro kWh ergibt ca. Fr. 540'000 (Stromverbrauch Gemäss Energiespiegel Stadt Kriens von 109 GWh pro Jahr). Die jährlichen Kosten eines durchschnittlichen 4-Personenhaushalts betragen Fr. 15 - 2. pro Jahr. Damit kann der Finanzbedarf abgedeckt werden (218000 2023; 213000 2027). Die Stadt erstattet jährlich Bericht. Damit der Einwohnerrat eingreifen kann, wenn die Massnahmen nicht wie gewünscht wirken oder aus dem Ruder laufen. Natürlich hat der Planungsbericht schwächen. Weil der Klimawandel bereits deutlich spürbar ist und der Weg noch lang, hätte die Grüne/glp-Fraktion sich in gewissen Punkten ein konsequenteres Handeln des Stadtrates gewünscht: Warum soll Netto Null bis 2045 erreicht werden? Warum nicht bis 2040 wie die Stadt Luzern, die Bundesverwaltung, und viele weitere Städte? Warum muss Kriens einen eigenen Zug fahren? Warum wird der Verkehr, welcher laut Planungsbericht rund 45 % der Treibhausgasemissionen emittiert, nur sehr zögerlich angepackt (griffiges PP-Reglement fehlt, konsequente PP-Bewirtschaftung fehlt). Warum wird der Sektor nachhaltiger Konsum, Ernährung nicht adressiert? Genügen die personellen Ressourcen um die Ziele zu erreichen, 80% im ersten Jahr 2024, 180 % im Jahr 2027? Es muss bezweifelt werden. Trotz dieser Schwächen anerkennt die Grüne/glp-Fraktion die solide Arbeit des Stadtrates und verzichtet daher bewusst auf Bemerkungsanträge in der Detaildebatte. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion ist mit dem vorliegenden Programm ein erster Schritt hin zu einer klimaneutralen Stadt gemacht. Weitere Schritte müssen folgen. Die Grüne/glp-Fraktion wird aber den Schwall von Anträgen zur Verwässerung dieses Klimaberichtes allesamt zurückweisen und sich dafür einsetzen, dass der von Stadtrat ausgewiesene, knappe Ressourcenbedarf nicht noch weiter gekürzt wird.

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat, sowie den Mitarbeitern des Bau- und Umweltdepartements für die Ausarbeitung des sehr umfangreichen Planungsberichtes Klima und Energie. Dieser enthält durchaus einige positive Punkte, jedoch leider auch zahlreiche negative, nicht umsetzbare und unglaubliche Massnahmen und Ausführungen. Auf einige dieser Punkte wird Michèle Akermann nachfolgend eingehen, wobei es jedoch unmöglich ist zu allen etwas zu sagen. In diesem Zusammenhang hat die SVP Bemerkungsanträge eingereicht, zu welchen Michèle Akermann gerne an gegebener Stelle etwas sagen wird. Die Bemerkungsanträge werden jeweils bei den konkreten Massnahmen gestellt und nicht an jeder Stelle, an welcher um das entsprechende Thema geht, erneut erwähnt. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass die SVP-Fraktion an den anderen Stellen mit den Ausführungen einverstanden wäre. Als Grundsatz unterstützt die SVP den Ansatz Innovation statt Repression und sehen diejenigen Massnahmen im Planungsbericht als zielführend, die diesem Ansatz folgen. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit Verboten, Zwängen und Repressalien die gewünschten Ziele nicht erreicht werden können. Unverständnis löst bei der SVP-Fraktion die Zielsetzung der Stadt Kriens bereits per 2045 die Treibhausgasemissionen auf Netto- Null zu reduzieren. Damit nochmals 5 Jahre früher als die Zielsetzung von Bund und Kantonen. Bereits das Ziel per 2050 Netto-Null zu erreichen ist äusserst ehrgeizig und keineswegs ohne weiteres erreichbar. Ganz im Gegenteil ist durchaus fraglich ob dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann. Ehrgeizige Ziele zu setzen und Massnahmen zu treffen um diese zu erreichen ist nicht per se schlecht, sich jedoch absolut unrealistische Ziele zu setzen, gibt unserer Ansicht

vielmehr ein negatives Bild ab. Es ist ja mehr als bekannt, dass an zahlreichen Klimakonferenzen immer wieder Ziele propagiert die nicht erreicht werden können und bei der nächsten Konferenz einfach wieder nach hinten geschoben werden. Will die Stadt Kriens wirklich auch in dieser Art und Weise vorgehen? Dann kann Kriens ja gleich schreiben, dass Netto-Null bis 2040 oder gar 2030 erreicht wird, wobei wohl alle in diesem Raum sagen würden, dass dies unmöglich zu erreichen ist. Die Stadt Kriens sollte bei dieser Zielsetzung zwar ehrgeizig, aber auch realistisch und damit glaubwürdig bleiben anstatt Luzern Plus einfach «nachzuhöseln». Die SVP-Fraktion stellt deshalb den Bemerkungsantrag, dass auch auf Stadtgebiet Netto-Null bis 2050 erreicht werden soll. Sodann ist generell von Zwängen und Verboten abzusehen und vielmehr auf die Eigenverantwortung zu setzen. Ausserdem sind vor allem Anreize zu schaffen um die Klimaziele zu erreichen. Dies wird zu einer viel grösseren und nachhaltigeren Akzeptanz von Massnahmen führen, als diese einfach durchzudrücken. Auch Energie Schweiz, welche die 2000-Watt-Gesellschaft im Rahmen eines Bundesprogramms entwickelt hat, setzt klar auf freiwillige Massnahmen zur Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien und nicht etwa Zwänge. Denn Zwangsmassnahmen ohne Alternativplan verteuern den Strom, die Alternativenenergien und Wohnkosten massiv. Ohne eine Ersatzproduktion von Strom arbeiten wir nicht an der Klimafreundlichkeit, sondern allem voran an unserer Abhängigkeit vom Ausland und von Atomkraftwerken. So bezieht Kriens bereits heute schon 40% an ausländischem Strom und dieser das müsste ja erst mal ersetzt werden. Auch bei den Wohnkosten ist von einer Steigerung auszugehen, wenn beispielsweise ein Sanierungszwang zu Unzeiten eingeführt wird unter anderem wenn die bestehende Heizung noch nicht amortisiert wurde (neue Heizung = Isolieren zu Unzeit = höhere Miete). Auch das der Bevölkerung nicht zur Abstimmung vorgelegte GVKK wird schon wieder interpretiert wie gewünscht, diesmal als Unterstützung der Klimastrategie. Und das obwohl das Wort Energie gerade 3x überhaupt verwendet wird und das Wort Klima nicht ein einziges Mal im gesamten Konzept vorkommt. Sodann unterstützt die SVP die Bemerkungsanträge der KBVU voll und ganz, gehen aber was die Erhöhung der Stellenprozente betrifft noch einen Schritt weiter. Die Stellenprozente und Ausgaben sollen grundsätzlich nicht erhöht werden und es sind keine neuen Ressourcen aufzubauen. Sondern diese sind in die bestehenden Globalbudgets zu integrieren, wobei in diesen sofern nötig an anderer Stelle Kürzungen vorzunehmen sind. Schliesslich möchte Michèle Akermann kurz auf einige durchaus positive Punkte zu sprechen kommen: So sieht die SVP-Fraktion Impulse und Anreize für neue Heizsysteme oder Photovoltaikanlagen als den richtigen Weg und auch mittels Wärmeverbundlösung ist dem Ziel sicher näher zu kommen. Im Bereich der Biodiversität ist Kriens mit den Massnahmen zufrieden, wobei teilweise sogar weitergegangen werden könnte. Auch was die Massnahmen unter dem Abschnitt Landnutzung und Wald betrifft, sind wir mit diesen voll und ganz einverstanden und unterstützen diese. Trotz der positiven Aspekte des vorliegenden Planungsberichts, überwiegen für die SVP leider die negativen, weshalb sie dem Einwohnerrat den Antrag stellen den B+A ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Abschliessend hat die SVP-Fraktion noch eine Frage an den Stadtrat, und zwar was die Erstellung dieses Planungsberichts gekostet hat? Michèle Akermann dankt für die Beantwortung dieser Frage und natürlich für die Aufmerksamkeit.

Marco Meier dankt dem Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die Ausarbeitung des B+A's und die Erledigung der zugrundeliegenden zwei Motionen. In der Zusammenfassung des Berichts auf Seite 5 von 85 steht: "Der Planungsbericht fokussiert auf Aufgaben und Kompetenzen im Verantwortungsbe-
reich der Stadt Kriens. Auf Seite 12 sind dazu die Handlungsfelder auf Ebene Kanton und Gemeinde aufgeführt und dazu die Einflussgrössen auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen beurteilt. Einen grossen Einfluss als Stadt Kriens können wir demnach auf die "lokale Verkehrslage" sowie beim "Entsorgen und Recyceln" nehmen. Bei den restlichen und meisten Handlungsfeldern werden die Einflussmöglichkeiten als gering oder mittel eingestuft, in der Regel hat der Kanton den grösseren Einfluss. Es folgt das Klima-Zielbild der Schweiz, als eine nationale Perspektive vom Bundesrat mit Verweis auf die UNO und das Pariser Übereinkommen – es wurden also bereits die Grenzen überschritten, das eigene Territorium verlassen. Im Bericht kehrt der Stadtrat dann allerdings wieder zurück auf die Klimapolitik des Kantons Luzern, nun ist der Bericht kantonal unterwegs und macht noch wie gewohnt etwas Copy&Paste von der Stadt Luzern. Das hin und her geht dann weiter, es kommen wieder Klimaziele vom 2018, zwar unter dem Titel "Auswirkungen auf die Stadt Kriens", aber

ohne mehrheitlich wirklich Messungen der Stadt Kriens beiziehen zu können. Was die FDP-Fraktion generell damit sagen möchte ist, es ist ein globales Thema, im Lead muss der Bund sein und die Kantone in der Pflicht. Kriens hat die benötigten Kompetenzen und Ressourcen nicht und ein Aufbau solcher Kompetenzen wäre sinnlos, da bereits bei Bund und Kanton vorhanden oder geplant. Deshalb nochmals: Bund im Lead, Kantone in der Pflicht. Die benötigten Ressourcen, sei es in Form von Arbeitskräften und/oder Kapital, werden nun vom Bund und dem Kanton bereitgestellt. Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes gilt es nun abzuwarten. Es ist definitiv nicht Aufgabe der Stadt Kriens, unkoordiniert oder gar im Alleingang weiterzugehen, das ist nicht zielführend. Auch ein Label brauchen wir nicht, das ist nur pro Forma und kostet. Was wir vom letzten Abstimmungssonntag vor allem mitnehmen sollten ist, dass wir Schweizerinnen und Schweizer verständliche, nachvollziehbare und in der Praxis umsetzbare Lösungen wollen. Dazu gehören realistische Ziele und liberale Umsetzungsmethoden - nur so ist ein solch grossartiges Resultat für den Klimaschutz vom letzten Sonntag möglich. Weiter ist im Bericht erwähnt, dass bei der Erarbeitung der Austausch mit dem Kanton, den K5-Gemeinden, Parteien und Interessierten intensiv gepflegt wurde. Dazu gibt es einen Mitwirkungsbericht. Aus Sicht der FDP Kriens wurde die Mitwirkung zu wenig gefördert und auf die im Mitwirkungsbericht enthaltenen Punkte zu wenig eingegangen. Solch ein Mitwirkungsbericht gehört aus unserer Sicht als Anhang zum Bericht und wird generell proaktiv kommuniziert, publiziert. Und nicht erst auf Anfrage der FDP. Ja gut, die beiden eingereichten Motionen (084/2021 und 085/2021) waren ja die Basis für diesen B&A, insofern ist der Stadtrat seinem Auftrag gerecht geworden. Die Frage ist halt dann einfach wie. Und genau das wie bemängelt die FDP Kriens stark. Der Bericht ist zu theoretisch, zu lang, die Massnahmen nicht konkret und enthält den Wunsch, Stellen zu schaffen ohne die Entwicklung von Bund und Kanton abzuwarten. Kurz, der Bericht ist ineffektiv. Es ist schlicht ein Papiertiger. Die FDP Kriens fragt sich, wie viele Ressourcen für die Erstellung dieses B+A's eingesetzt wurden und für den zweiten Teil noch eingesetzt werden? Könnte dies der Grund sein, wieso vom selben Departement fast keine Projekte im 2022 umgesetzt wurden oder weshalb wir noch immer auf die Wasserstrategie warten? Dass es auch anders geht, wurde bereits bewiesen. Unter anderem die FDP Kriens setzt dort an, wo es die Krienserinnen und Krienser spüren und rasch einen Mehrwert davon haben. Uns sind die Umsetzung lokaler Massnahmen wichtig – wir schreiben nicht 85-Seitige Berichte, sondern wir handeln. So zum Beispiel mit dem Postulat "Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Oberrau". Am gleichen Strang ziehen die beiden Postulate der Mitte/Junge Mitte mit dem Titel "Weitsichtige Planung - Nahwärmeverbund mittels Waldholzschnitzelheizung für das Gebiet Grossfeld/Hofmatt/Krauer und allenfalls Schlössli-Liegenschaften" und "Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED". Ja und das eine Haupthandlungsfeld "Entsorgen und Recyceln" hat die FDP Kriens mit der Ökihof Initiative bereits früh angepackt sowie kürzlich beim Grossprojekt Bell-Areal dafür gesorgt, dass die Ausnützung der Photovoltaik-Anlage maximiert wird. Das sind lösungsorientierte Massnahmen, welche in der Praxis umsetzbar sind und mit welchen wir in Kriens aktiv zum Klimaschutz und der Energieversorgung beitragen können. Davon wünschen wir noch viel mehr! Leider nichts davon hat der vorliegende Planungsbericht. Die FDP Kriens wird zwar eintreten, aber aus den genannten Gründen den Bericht «nicht zustimmend» zur Kenntnis nehmen.

Beda Lengwiler bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung von diesem guten Bericht. Es freut Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dass Kriens nun eine konkrete Strategie entwickelt hat und sich klare Ziele setzt. Die Stadt Kriens übernimmt eine Vorbildsrolle, was Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion begrüsst. Anders als die SVP, die nach ihrer Niederlage vom Abstimmungssonntag vehement gegen Verbote und Zwang kämpft, hält Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion die Zielsetzung als realistisch und die Massnahmen als griffig, zielführend und umsetzbar. Es ist klar, die Umsetzung der Ziele und Massnahmen führen zu zusätzlichen Kosten. Es sind jedoch Investitionen, die sich rentieren, weil Kriens sich hohe Kosten erspart, welche ohne die Massnahmen in der Zukunft anfallen würden. Speziell befürwortet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, dass die Stadt sich bei der Umsetzung der Massnahmen aktiv mit den Nachbargemeinden und dem Kanton austauscht – das macht definitiv Sinn, weil der Klimawandel nicht an der Gemeindegrenze haltmacht. Im Kampf gegen den Klimawandel sind alle gefordert: Bund, Kanton und auch die Gemeinden. Die Stadt Kriens übernimmt mit der Umsetzung dieser Massnahmen Verantwortung und

leistet ihren Anteil, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Es ist eine gesellschaftliche Herausforderung, welche Kriens auch zukünftig beschäftigen wird. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist auch klar der Meinung, dass möglichst viele Gelder bei Förderprojekten etc. beim Kanton, Bund usw. «abgeholt» werden sollen, damit möglichst budgetschonend Klimaschutz betrieben und mit dem vorhandenen Geld möglichst viel umgesetzt werden kann. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat, wie vorangekündigt noch einen Bemerkungsantrag zur Massnahme M05, dem Ausbau von Sharing-Angeboten eingereicht. Diese Massnahme soll mit einer höheren Priorität angegangen werden. Auch wird Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion als Alternative zum Bemerkungsantrag der KBVU selbst einen Antrag stellen. Alle haben den Antrag verteilt bekommen. Schlussendlich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion auf den Planungsbericht Klima & Energie ein und wird den Bericht positiv zur Kenntnis nehmen.

Reto Felber findet der Bericht ist umfassend und den Verfassenden ist für die geleistete Arbeit ein grosser Dank auszusprechen. Die SP-Fraktion schätzt es, dass die Kosten und die benötigten Ressourcen abgeschätzt und transparent aufgezeigt wurden. Im Gegensatz zur Schulraumplanung soll hier Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Kosten scheinen allerdings sehr moderat, ja fast schon winzig und zeigen den Pragmatismus, mit welchem die zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung unterwegs sind. Der Input der Stadt Luzern im Mitwirkungsbericht zeigt deutlich, dass selbst erfahrene Player sehen, dass eine kostenneutrale Umsetzung illusorisch ist. Insbesondere kurzfristig braucht es ausreichend Personalressourcen, damit das Projekt überhaupt ins Fliegen kommt. Da werden noch einige Überstunden in der Stadtverwaltung entstehen, bis die Klimastrategie wie geplant Wirkung zeigt. Für die SP-Fraktion ist es wichtig die Ressourcenplanung sauber und vernünftig aufzugleisen und lehnen jegliche Anträge zur Beschneidung der angedachten Ressourcen entscheidend ab. Die Abbildung auf der Seite 31 zeigt, dass der Verkehr am meisten Treibhausgase ausstösst. Hier zeigt sich dann auch der grösste Nachteil der fossilen Technologien. Der Wirkungsgrad ist mit maximal 1% Ausbeute an Bewegung sehr tief. Die Ausbeute an CO₂ und Wärme dagegen ist riesig. Hier gilt es, die fossile Mobilität durch geeignete erneuerbare Mobilität zu ersetzen. Der SP Kriens ist wichtig, dass dies als Miteinander geschieht und auf die Anliegen aller Beteiligten Rücksicht genommen wird. Innovationstreffen (z.B. Gewerbe / Bauherrschaften / etc.) sollen dazu genutzt werden, neue und innovative Abmachungen zu treffen und «Best Practice-Beispiele» auszutauschen. Der Zeitraum für Innovationen und Austausch ist noch vorhanden, um gemeinsame Lösungen zu finden, statt nur über Verbote zu schimpfen! Diese sind im Bericht auch nur sehr dezent, ganz genau einmal vorhanden. Noch einmal zurück zu den ausgewiesenen Massnahmen. Bei diesen Massnahmen zur Erreichung der geforderten Ziele reisst sich die Stadt Kriens kein Bein aus. Es ist ein Minimum zur Erfüllung Ihrer Pflicht. Liebe FDP-Fraktion die Schweiz hat doch ein föderales Politsystem, das habe ich jedenfalls einmal gelernt. Das heisst kurz und knapp; die Klimastrategien werden zwar von Bund und Kanton erarbeitet und verordnet, aber die Umsetzung hat in jeder einzelnen Gemeinde zu erfolgen. Mehrheitlich Vollzugsmassnahmen auf der Basis der kantonalen und Bundesverordnungen anzustreben und die Zielvorgabe einer Netto-Null bis 2045 ist nicht wirklich ambitioniert und zeigt keine wirklichen Extraleistungen der Stadt auf. Es ging um einiges mehr, einiges schneller und einiges visionärer. Ja die Stadt Kriens hat einen kleinen Teil am Gesamtausstoss an treibhaustreibenden Emissionen. Aber wenn das jede Gemeinde meint und somit niemand etwas dagegen unternimmt, werden die nachfolgenden Generationen die Auswirkungen verschärft zu spüren bekommen. Sei es mit Trocken- und oder Hitzeperioden oder mit Starkniederschlägen und die darauffolgenden Murgang- und Überschwemmungsereignisse, wie sie Kriens im letzten Jahr bereits ertragen musste. Kurz ein Rückblick auf zwei nationale Abstimmungen. Erstens zum Referendum des Klima- und Innovationsgesetz vom letzten Wochenende. Der betreffende Gesetzestext wurde hier in der Stadt Kriens mit 65.5% überdurchschnittlich deutlich angenommen. Auch das CO₂-Gesetz im 2021 wurde in Kriens mit 54% angenommen. Das zeigt doch auf, dass der Klimaschutz der Krienser Bevölkerung am Herzen liegt und progressiv vorwärtsgegangen werden soll. Die SP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird den Bericht nur Neutral zur Kenntnis nehmen.

Einzel Sprecher

Bettina Gomer ist immer wieder erstaunt. Immer wieder geht es darum, dass zu wenig klar, oder zu starr (was jetzt) vorgearbeitet wurde. Zu viel oder zu wenig, auf jeden Fall schlecht. Bettina Gomer hat das Gefühl, als ginge es einzig darum, Zeit zu schinden, zu verhandeln, abzuschieben etc. Es wissen doch alle, dass Kriens Ziele zu erreichen hat. Jedes Jahr, welches Kriens wartet kostet mehr, jede und jeden einzelnen. Föderalistisch in jeder Gemeinde. Der Klimawandel kostet enorm, die Ziele zu verfehlen, wird Kosten verursachen. Zukünftige Einwohnerrats-Generationen werden sich fragen, warum so lange gezögert wurde. Ein bisschen wie die Umsetzung der Strassenbeleuchtung auf LED. Würde der Einwohnerrat die Kosten des Haderns endlich einmal festhalten, würden solche Klimastrategien wie sie hier vorliegen als zu laue Massnahmen gegen eine drohende Kostenexplosion gelten. Wie Bettina Gomer schon einige Male erklärt habe: Der Klimawandel findet statt. Die Schweiz ist eine Zone, die es besonders trifft. Verhandeln? Negativ, mit dem Klima kann man nicht verhandeln. Aber man kann endlich anfangen den selbstverursachten Dreck selbst wegzuräumen. Und auch nochmal: wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit den vier anderen auf sich selbst. Es soll Gemeinsam begonnen werden, denn Gemeinsam ist man mehr, als die Summe jedes und jeder Einzelnen.

Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für das engagierte Eintreten. Kriens hat etwas vor. Es wurde vor längerem beschlossen, dass der Einwohnerrat mit auf die Skitour in die Fräkmüntegg gehen möchte. Dies wurde beschlossen, als der Klimanotstand ausgerufen wurde. Dies wurde beschlossen, als das Energiestadtlabel Gold verlangt wurde. Dies wurde beschlossen, indem der Stadtrat beauftragt wurde eine Klima- und Energiestrategie auszuarbeiten. Der Stadtrat hat nun einen Plan mit 33 Wegpunkten vorgelegt. Dieser Plan soll Kriens den Weg weisen. Krienser kennen den Weg auf die Fräkmüntegg, es gibt ganz viele verschiedene Möglichkeiten. Man kann einmal links und einmal rechts gehen, jedoch muss man sich als Gruppe auf einen Weg einigen können. Auf diesem Weg werden stets schwierige Entscheidungen getroffen. Es werden viele Fragen auf Kriens zukommen. Heute wird jedoch entschieden, wie die Stadt Kriens diesen Weg starten möchte. Maurus Frey ist froh, dass der Einwohnerrat bei dieser Wegplanung so engagiert mitdiskutiert. Bei jeglichen Abzweigungen wird der Einwohnerrat jedoch wieder mitdiskutieren können. Es gibt ein einziges Verbot bezüglich den fossilen Heizungen. Wenn man die Massnahme anschaut, steht darin, dass fossile Heizungen dort unterbunden werden, wo der Wärmeverbund zur Verfügung steht. Dies klingt ganz anders, als wenn man sagt man möchte fossile Heizungen über die ganze Stadt verbieten. Dies sind Entscheidungen, welche der Einwohnerrat trifft. Auf dieser Skitour wird es sehr schöne Momente geben. Einige Massnahmen werden einen sehr positiven Einfluss auf die Wirtschaft haben. Es wird aber auch Momente geben, wo es einen kurzen Schneestoss gibt. Es braucht jedoch die Kraft der Gruppe zusammenzustehen. Die Diskussionen heute müssen nicht abschliessend geführt werden. Es soll also nicht schon heute die ganze Kartenfläche halbiert werden. Man soll sich möglichst alle Wege offenlassen. Der Stadtrat freut sich jedoch zusammen mit dem Einwohnerrat auf den Weg zu machen. Es wurde nach den Kosten von diesem Planungsbericht gefragt. Dieser Bericht wurde zu 90 % inhouse gemacht, zusammen mit den K5 Gemeinden und dem Kanton. Die 90 % von ungefähr einem Jahr Arbeit. Da könnte man nun nach dem Stundenlohn vom Sachverständigen fragen. Dies wäre jedoch etwas indiskret. Der Einwohnerrat darf also davon ausgehen, dass man eher im low-price Segment unterwegs war. Der geübte Wanderer startet leicht fröstelnd. Dies ist also der Moment wo man leicht fröstelnd in die Detailberatung starten kann.

Robin Burch teilt mit, dass im letzten Jahr ungefähr 20 Stellenprozent für diesen Bericht aufgewendet hat. Dazu kommt ein externes Review, was wenige tausend Franken gekostet hat.

Räto Camenisch stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Bemerkungsantrag SVP Seite 3 – Absatz 1

1. Die Stadt Kriens reduziert die Treibhausgasemissionen auf Stadtgebiet auf Netto-Null bis 2050 (weitere Erwähnung, S. 30, 33)

Michèle Akermann stellt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion und verweist auf die Begründung, welche bereits im Eintretensvotum gemacht wurde.

Cyrill Zosso findet plus oder minus 5 Jahre sind nicht relevant. Es geht hier darum mit welcher Absicht der Bericht überwiesen werden soll. Kriens soll alles daransetzen so weit wie möglich zu kommen bis 2045.

Laut Reto Felber wird die SP-Fraktion den Antrag definitiv ablehnen.

Beda Lengwiler und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat das Gefühl man kann das Ziel 2045 erreichen, die SVP möchte sie aber nicht erreichen. Dies muss man differenzieren. Luzern Plus hat 2045 festgelegt und so soll Kriens es auch machen. Es muss vorwärtsgehen und Kriens muss Verantwortung übernehmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Die Linken fordern 2040, die Rechten 250. Da ist die Lösung von 2045 perfekt.

Maurus Frey bezieht sich auf die Aussage, dass die Stadt Kriens nur Luzern Plus hinterherrennt. Kriens gehört zu Luzern Plus und es ist ein Entscheid vom Stadtrat den Empfehlungen von Luzern Plus zu folgen. In diesem Sinn beantragt der Stadtrat an dem Ziel festzuhalten.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 3 – Absatz 1

Mit 10:18 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein

Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP Seite 3 – Absatz 1A

1A. Die Stadt Kriens reduziert die direkten Emissionen im Gebäude- und Mobilitätsbereich auf Netto-Null bis 2050 (weitere Erwähnung, S. 30)

Michèle Akermann stellt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion und verweist auf die Begründung, welche bereits im Eintretensvotum gemacht wurde.

Peter Stofer findet den Antrag der SVP ist der Gleiche, welcher gerade mit 10:18 Stimmen abgelehnt wurde und deshalb muss nochmal mit dem gleichen Resultat abgestimmt werden.

Laut Reto Felber versteht die SP-Fraktion nicht weshalb man warten soll und wird diesen Bemerkungsantrag deshalb ablehnen.

Gemäss Maurus Frey empfiehlt der Stadtrat auch hier an der Strategie 2045 festzuhalten.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 3 – Absatz 1A

Mit 17:10 Stimmen und 1 Enthaltung wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Enthaltung
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein

Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Seite 24

Pascal Meyer stellt fest, dass Nettonull bis 2045 suggeriert, dass man es bis 2045 geschafft hat. Er hätte gerne eine Erklärung vom Experte zu der Systemgrenze. Es geht um das Beispiel: Wenn man in Kriens Kohlenstrom bezieht, damit das Elektroauto geladen werden kann oder wird dies nicht betrachtet?

Gemäss Robin Burch gibt es bei der Thematik der Systemgrenze drei verschiedene Modelle. Es geht um die Scopes eins, zwei und drei. Die Stadt Kriens hat sich bei der Bilanzierung auf Scope eins fokussiert. Vorgelagerte Emissionen sind in diesem Fall ziemlich einfach auszuweisen, sie sind jedoch nicht inkludiert. Man möchte territorial bilanzieren. Es wird also bei diesem Territorium angerechnet wo es ausgestossen wird. Bei einem Kohlenkraftwerk wird dies bei einem Kohlenkraftwerk angerechnet. Dies macht der Bund so und ist auch die Idee von IPCC.

Bemerkungsantrag KBVU Seite 27

„Die Stadt Kriens verpflichtet den/die Betreiberinnen von bestehenden Wärmeverbünden (z.B. See-Energie Luzern Süd) dazu, zeitnah allen Hausbesitzenden im Konzessionsgebiet den Anschluss an den Wärmeverbund zu ermöglichen. Das Anschliessen ausserhalb des Konzessionsgebietes könnte auch mit einer genossenschaftlichen Lösung (z.B. Ecogen) von der Stadt Kriens initiiert und von den Hausbesitzenden zusammen mit der Genossenschaft selbst realisiert werden.“

Matthias Erni begründet den Bemerkungsantrag der KBVU. Es ist beabsichtigt, bestehende Synergien zu nutzen um sicherzustellen, dass bestehende Bereiche oder Gebiete nicht ausgeschlossen werden, weil sie unrentabel sind. Demzufolge muss von den Betreibenden verlangt werden, dass ihre Dienstleistungen auch in solchen Gebieten angeboten werden muss. Das Ziel vom Bemerkungsantrag ist primär das bestehende Netz. Somit explizit das Gebiet Luzern Süd.

Gemäss Michèle Akermann lehnt die SVP-Fraktion den Bemerkungsantrag ab, insbesondere den ersten Teil. Die Heizungen ersetzen zu müssen soll nur für jene gelten, welche sich einem Wärmeverbund anschliessen können.

Maurus Frey dankt für die Wortmeldung. Dies ist die Idee von einem Konzessionsvertrag. Der Energielieferant hat die Verpflichtung ein Angebot zu machen. Dies kann er ermöglichen unter verschiedenen wirtschaftlichen Bedingungen. Diese Pflicht existiert also bereits.

Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU Seite 27

Mit 22:4 Stimmen und 2 Enthaltung wird der Bemerkungsantrag angenommen.
(Abstimmung per Handzeichen)

Bemerkungsantrag SVP Seite 43

Es sei betreffend den Ersatz von fossilen Heizungen per 2045 auf Zwangsmassnahmen und Verbote zu verzichten. (weitere Erwähnung, S. 39, 40, 42, 44)

Michèle Akermann begründet den Antrag und verweist auf das Votum.

Bruno Amrhein stellt fest, dass der Antrag der SVP keine Verbote oder verbindliche Vorschriften betreffend fossiler Energie möchte. Die SVP-Fraktion will mit ihren Anträgen alle griffigen Massnahmen abschwächen oder streichen. Bruno Amrhein fehlen aber konkrete, wirksame Vorschläge der SVP, wie das Ziel Klimaschutz denn erreicht werden soll. Was ist denn die Alternative? Weiterhin russisches Gas und arabischen Erdöl verbrennen die nächsten Jahrzehnte? Die haben dann unser Geld und wir haben das CO₂ bei uns. Verbote sind Regeln, welche Grenzen aufzeigen. Zum Beispiel im Strassenverkehr: Eine Einbahnstrasse ist eine verbotene Fahrrichtung. Oder im kantonalen Energiegesetz und der Verordnung ist ein Verbot für den Ersatz von Elektroboilern festgelegt, das gilt bereits. Zentrale Warmwasserboiler dürfen nach Ablauf von 10 Jahren nicht mehr durch Elektroboiler ersetzt werden. Dieses Verbot wurde durch einen bürgerlichen Kantonsrat und eine bürgerliche Regierung erlassen.

Viktor Bienz hat eine Frage an Robin Burch bezüglich der Konzessionsausschreibung. Wenn die Heizung aussteigt und die neue noch nicht angeschlossen werden kann, muss eine Zwischenlösung da sein.

Robin Bruch teilt mit, dass bei der Ausschreibung eine Voraussetzung ist, dass eine Zwischenlösung vorhanden sein muss. Die Konzepte sind jedoch noch nicht bekannt. Zur Energieplanung: da geht es darum, dass ausgeschieden wird, wo welche Energieträger vorgesehen sind. Es werden im Rahmen der Ortsplanung Varianten erstellt. In diesen Varianten ist das Ziel, dass keine fossilen Energieträger mehr vorhanden sind.

Martin Zellweger möchte noch zu den Belehrungen an die SVP sagen, dass er Warmwasser mit Sonnenergie hat.

Maurus Frey dankt für die engagierte Diskussion. Die erneuerbaren Energien sind auf dem Vormarsch. Beim Blick in das kantonale Energiegesetz sieht man, dass fossile Energien in der Zukunft keine Möglichkeit mehr sind. Was hier zur Kenntnis genommen wird wäre, dass man sich 2024 bis 2027 damit auseinandersetzt. Mehr ist es nicht. Also kein talibanmässiges Fossilheizverbot.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 43

Mit 20:5 Stimmen und 3 Enthaltung wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Enthaltung
Felber Reto	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein

Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Enthaltung
Meier Marco	Enthaltung
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP Seite 48

Es sei auf eine Pflicht, Solaranlagen installieren zu müssen, zu verzichten.

(weitere Erwähnung, S. 4, 39)

Michèle Akermann begründet den Bemerkungsantrag und verweist dabei auf ihr Votum.

Maurus Frey findet es eine sehr spannende Diskussion. Der Stadtrat empfiehlt sich der Diskussion zu stellen. Im Jahr 2025 wird das diskutiert und da hat der Einwohnerrat das letzte Wort. Sämtliche Neubauten müssen den Eigenstromanteil kompensieren. Gemäss Maurus Frey sind in den letzten zwei Jahren Fr. 5'000.00 zusammengekommen. Es sind also bisher bereits bei fast allen Solaranlagen gebaut worden.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 48

Mit 17:10 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein

Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag KBVU Seite 51

«Bei der Umsetzung der Massnahmen Mobilität ist auf die schwierigen Krienser Verkehrsverhältnisse und die essentiellen Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer angemessen Rücksicht zu nehmen. »

Matthias Erni begründet den Bemerkungsantrag im Namen der KBVU. Es ist wichtig, dass der Stadtrat auf die schwierigen Verkehrsverhältnisse in Kriens Rücksicht nimmt.

Cyrill Zosso würde sich wundern, wenn der Stadtrat die schwierigen Verhältnisse von Zürich berücksichtigt. Natürlich nimmt der Stadtrat Rücksicht auf die Umstände in Kriens. Er arbeitet und wohnt hier.

Beda Lengwiler stellt fest, dass schon einige Zielsetzungen in diese Richtung gehen. Auf der Seite 51 steht folgendes Ziel: "Verkehr wird für alle Verkehrsteilnehmenden verträglich gestaltet". Dies findet Beda Lengwiler die richtige Formulierung. Er hält es nicht für nötig hierzu noch einen Bemerkungsantrag zu überweisen, der aus seiner Sicht nur dazu dient, die Rolle des Autos, welche im Verhältnis mit den andern Verkehrsteilnehmenden sehr ineffizient ist, im Verkehr zu stärken. Beda Lengwiler findet der Stadtrat trifft mit seiner Formulierung von dem Ziel den Nagel auf den Kopf. Der Verkehr soll für alle Verkehrsteilnehmenden verträglich gestaltet werden. Wieso reicht die Formulierungen, wie sie im B+A als Ziel aufgeführt ist nicht?

Reto Felber findet die Formulierung vom Stadtrat gut und der Antrag ist aus Sicht der SP-Fraktion sehr schwammig.

Maurus Frey opponiert der Überweisung nicht. Der Stadtrat enthält sich. Es soll natürlich Rücksicht auf alle Verkehrsteilnehmer genommen werden. Es spielt also keine grosse Rolle.

Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU Seite 51

Mit 14:11 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Enthaltung
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja

Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Enthaltung
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag SVP Seite 51

Es sei die Zielsetzung «Reduktion Verkehrsaufkommen» nicht zu erwähnen und zu streichen.

Michèle Akermann begründet den Bemerkungsantrag. Nicht umsetzbare Zielerreichung sei zu streichen.

Maurus Frey opponiert der Bemerkung im Namen vom Stadtrat. Damit sind Massnahmen gemeint, wie zum Beispiel 40 % Homeoffice auf der Stadtverwaltung Kriens.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 51

Mit 17:10 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein

Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Seite 53 Viktor Bienz hat eine Frage zur Ortsplanungsrevision. Wird das Durchleitungsrecht für den Wärmeverbund geregelt, damit keine Einsprachen gemacht werden können.

Gemäss Robin Burch wird das Durchleitungsrecht im Konzessionsverfahren abgehandelt und nicht in der Ortsplanungsrevision. Bei Privaten Grundstücken ist es so, dass die Stadt Enteignungen durchsetzen könnte. Dies sei jedoch nicht das Ziel der Stadt Kriens. Bei öffentlichen Strassen ist es im Konzessionsvertrag geregelt. Die Quartiere haben grundsätzlich auch ein Interesse.

Bemerkungsantrag SVP Seite 54

Es sei auf einen Zwang zur Defossilisierung des Verkehrs zu verzichten und die Zielsetzung «Keine fossilen Verkehrsmittel bis 2045» nicht zu erwähnen und zu streichen.

(weitere Erwähnung, S. 4, 39)

Michèle Akermann begründet den Bemerkungsantrag. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist dies klar ein Verbot. Der Stadtrat beschränkt sich hier nicht auf die eigenen Fahrzeuge, sondern es sind alle gemeint. Ein solcher Zwang ist nicht durchsetzbar. Alle im Einwohnerrat wissen, gegen welche Verbote und Zwänge sich die SVP ausspricht.

Laut Maurus Frey ist es kein Zwang und auch kein Verbot, sondern eine Zielsetzung. Der Stadtrat hat keine Handhabe um die Betriebsart von Privatfahrzeugen einzuschränken. Der Stadtrat empfiehlt deshalb die Bemerkung abzulehnen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 54

Mit 17:8 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein

Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Enthaltung
Meier Marco	Enthaltung
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Seite 55

Die Massnahme M-05 «Förderung Sharing-Angebot» im Bereich Mobilität soll als "hoch" eingestuft werden. Die Sharingangebote für Velos und Autos sollen flächendeckend in allen Krienser Quartieren ausgebaut werden, damit sie in ausreichender Zahl vorhanden sind."

Beda Lengwiler stellt den Antrag und Begründet ihn im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion. Die Förderung von Sharingangebote sind Massnahmen zur Verlagerung des Verkehrs und sie sollte möglichst bald angegangen und mit hoher Priorität umgesetzt werden! Es ist wichtig, dass die Stadt Kriens dafür sorgt, dass die entsprechende Infrastruktur so ausgebaut werden, dass die Krienser: innen die Möglichkeit haben Sharingangebote in der Unmittelbarer Nähe auszuleihen. Es dauert dann auch eine Zeit, bis sich Sharing-Lösungen etablieren... daher müssen wir früh genug die Infrastrukturen bereitstellen und die Verlagerung des Verkehrs ermöglichen. Habt ihr mal auf eine Karte von Mobility oder von Nextbike geschaut und das Angebot in Kriens angeschaut? Das Mobility und speziell auch das Nextbike-Netz weiss grosse Lücken auf und es ist für einen grossen Teil der Krienser Bevölkerung von keinem wirklichen Nutzen. Es muss stark ausgebaut werden, damit das Angebot in allen Quartieren für alle Bewohner: innen von Kriens attraktiv wird. Die 5 Minuten, welche in der Begründung stehen, sollen nicht verbindlich sein, sondern als Richtwert dienen. Es muss immer auf die Bedürfnisse, Nachfrage der Bevölkerung eingegangen werden und nur dort die Infrastruktur errichten, wo es für das Quartier Sinn macht. Vielen Dank, wenn ihr unser Antrag dazu unterstützt.

Maurus Frey hat im Newsletter angekündigt, dass Kriens nun Mitglied von Nextbike ist. Krienser Einwohnerinnen und Einwohner können also 30 Minuten gratis Velofahren. Der Stadtrat kann hier jedoch nicht zu ambitiös vorgehen. Deshalb empfiehlt der Stadtrat die Ablehnung.

Abstimmung Bemerkungsantrag Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Seite 55

Mit 18:5 Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag angenommen.

Akermann Michèle	Nein
------------------	------

Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lips Yves	Enthaltung
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Enthaltung
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Enthaltung
Rüegg Beat	Enthaltung
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag SVP Seite 76

Es sei auf die Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen zu verzichten.

(weitere Erwähnung, S. 4, 42-48, 51, 56-59, 61-63, 67, 69, 71-74, 77-79)

Michèle Akermann begründet den Bemerkungsantrag. Es gibt immer Änderungen und neue Aufgaben und auch die Verwaltung muss Aufgaben ändern. Deshalb neue Ressourcen zu brauchen wäre uferlos.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP Seite 76

Mit 17:9 Stimmen und 1 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Nein
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein

Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Enthaltung
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag KBVU Seite 77

«Auf die zusätzlichen personellen Ressourcen unter M: Mobilität und Verkehr ist zu verzichten. »

Matthias Erni begründet den Bemerkungsantrag im Namen der KBVU. Der Bericht beinhaltet eine umfangreiche Palette an diversen Massnahmen. Im Bereich vom Verkehr ist es wichtig, dass ein angemessener Rahmen festgelegt wird, um eine übermässige Ausweitung zu vermeiden. Bereits heute werden ausreichen personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die KBVU ist deshalb der Ansicht, dass es hier kein zusätzliches Personal benötigt.

Reto Felber stellt fest, dass für die Erreichung der im Bericht ausgewiesenen Ziele Massnahmen in allen Bereichen notwendig sind. Auf der Abbildung 15, auf der Seite 31, ist ersichtlich das der Verkehr mit 40 % der grösste Emittent von Treibhausgasen darstellt. Jetzt zu fordern, dass genau beim grössten Emittenten keine Ressourcen für die gewünschte Reduktion eingeplant werden sollen ist ein Affront. Dieser Bemerkungsantrag wird entweder dafür sorgen, dass keine Massnahmen umgesetzt werden oder dass die ausgewiesenen 40 Stellprozent auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BUD aufgeteilt wird und somit ihre Arbeit noch zusätzlich vergrössert wird. Reto Felber möchte den Einwohnerrat darauf aufmerksam machen, dass die Krienser Verwaltung allen voran das BUD bereits jetzt über äusserst wenig Personal für die Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt und Einzelne, wenn nicht sogar eine Mehrheit der Angestellten am Limit laufen. Aus diesem Grund möchte Reto Felber den Einwohnerrat bitten, diesen Antrag abzulehnen. Der Antrag von der Mitte diese Aufgaben die stadt eigenen Ressourcen falls nötig mit Externen bereitzustellen, findet die SP-Fraktion unterstützenswert.

Gemäss Davide Piras wird Die Mitte/ Die Junge Mitte-Fraktion den Antrag ablehnen und hat auch einen Gegenantrag gestellt. Ohne Ressourcen geht es natürlich nicht. Es sollen jedoch auch keine Fixkosten aufgebaut werden. Kriens kann nicht eine 80 % Stelle im 2024 suchen für einen Mitarbeiter, welcher sich 30 % im Bereich Wärme und Gebäude auskennt, 30 % in Mobilität und 15 % in der Stadtverwaltung. Dieser Mitarbeiter gibt es nicht. Deshalb ist Die Mitte/ Die Junge Mitte-Fraktion überzogen, dass Projektbezogen ex-

terne Personen dazugezogen werden sollen. Wenn es zu Verschiebungen kommen sollte hat man den Mitarbeiter und der kann nicht arbeiten. Davide Piras weiss nicht wie nun das Verfahren mit dem Gegenantrag ist. Wird dieser gegenübergestellt?

Patrick Koch findet die Gegenüberstellung geht gar nicht. Dies ist formell nicht korrekt. Der Antrag bezieht sich nicht auf das Gleiche deshalb muss separat abgestimmt werden.

Maurus Frey findet ebenfalls, dass es nicht um das Gleiche geht. Bei der KBVU geht es explizit um die Mobilität. Kriens braucht auch im Verkehrsbereich die Ressourcen, damit die Veränderungen herbeigeführt werden. Die eine Seite denkt immer, dass diese Massnahmen nur Tempo 30 Zonen sind. Aktuell gibt es einen Verkehrsplaner und dieser kommt mit dem Auto fährt hier in die Garage und denkt sich im Lift «wo mache ich jetzt die nächste Tempo 30 Zone? Dies läuft natürlich nicht so. In der Kommission wurde auch über die Veloinitiative diskutiert. Darin gab es eine Bemerkung «Die Stadt Kriens strebt eine schnellere Umsetzung an». In der Rechnung hat der Einwohnerrat gesagt, dass er unzufrieden ist mit den Investitionen, welche tatsächlich umgesetzt wurden. Für die Umsetzung dieser Aufgaben braucht es Ressourcen. So können Velowege geplant werden, Schulwege sicher gemacht werden und ganz viele andere Massnahmen umgesetzt.

Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU Seite 77

Mit 11:16 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Nein
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja

Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Bemerkungsantrag Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Seite 77

Räto Camenisch liest den Bemerkungsantrag vor: Notwendige oder zusätzliche personelle Ressourcen für die Umsetzung aller Massnahmen sollen, wenn es möglich und sinnvoll ist, projektbezogen durch externe Mitarbeiter/Unternehmen bereitgestellt werden.

Cyrill Zosso würde gerne wissen, was der Hintergrund ist. Seine Meinung ist schon auch, dass Kompetenzen innerhalb von der Stadt aufgebaut werden. Er geht nicht davon aus, dass der Antrag dies verunmöglichen möchte. Glaubt der Stadtrat kann dies selber entscheiden, wo es Sinn macht intern und wo extern.

Maurus Frey möchte noch auf das Jobprofil kommen. Die Planung vom Stellenplan kommt. Es ist nicht eine Person die gesucht wird, sondern es werden Stellenprozente erhöht in den verschiedenen Abteilungen. Ein Schweizer Softwareingenieur kann 15 indische guiden. Dasselbe ist auch mit den Projektarbeitern in der Verwaltung. Es gibt immer Diskussionen bezüglich Dienstleistung Dritter. Es wird eine Forderung postuliert die sagt, wenn möglich und sinnvoll. Der Stadtrat ist eher kritisch gegenüber dieser Bemerkung und empfiehlt deshalb auch Ablehnung.

Abstimmung Bemerkungsantrag Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Seite 77

Mit 13:12 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag angenommen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Enthaltung
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Enthaltung
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Nein
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Nein

Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Antrag SVP/FDP Seite 85

Änderung im Beschlusstext zum B&A, Seite 85, Beschluss des Einwohnerrats Ziffer 1:
~~Der Planungsbericht «Klima und Energie – Teil 1: Klimaschutz» wird zustimmend~~
 zur Kenntnis genommen.

Neu: «Der Planungsbericht «Klima und Energie – Teil 1: Klimaschutz» wird ablehnend
 zur Kenntnis genommen. »

Abstimmung Antrag SVP/FDP Seite 85

Mit 16:10 Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Akermann Michèle	ablehnend
Albrecht Michèle	zustimmend
Amrhein Bruno	zustimmend
Bienz Viktor	Enthaltung
Bucher Zita	zustimmend
Durrer Ivo	ablehnend
Erni Matthias	ablehnend
Felber Reto	zustimmend
Gut Kathrin	zustimmend
Klein Fabian	ablehnend
Kobi Tomas	zustimmend
Koch Patrick	ablehnend
Lengwiler Beda	zustimmend
Lips Yves	zustimmend
Lisibach Armin	ablehnend
Meier Marco	ablehnend
Meyer Pascal	zustimmend
Niederberger Raoul	zustimmend
Piras Davide	zustimmend
Portmann Michael	zustimmend
Rüegg Beat	ablehnend
Solari Simon	zustimmend
Stofer Peter	zustimmend
Vonesch Andreas	zustimmend
Zellweger Martin	ablehnend
Ziemssen Jörg	ablehnend
Zosso Cyrill	zustimmend

Antrag FDP Absatz 4

Änderung bzw. ersatzlose Streichung im Beschlusstext zum B&A, Seite 85, Beschluss des Einwohnerrats
Ziffer 4: ~~4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.~~

Abstimmung Antrag FDP Absatz 4

Mit 15:12 Stimmen wird der Antrag angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Nein
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Nein
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lips Yves	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meier Marco	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 185/2023:

Der Beschlusstext wird mit 17:10 Stimmen angenommen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja

Gut Kathrin	Ja
Klein Fabian	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lips Yves	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

6a. Dringliche Motion Amrhein: Baulinie Bereich A2 anpassen**Nr. 189/2023**

Räto Camenisch stellt fest, dass der Überweisung der Motion nicht opponiert wird. Die Motion ist somit überwiesen. Der Motionär wünscht sich trotzdem noch das Wort.

Bruno Amrhein zeigt Bilder von früher. Vor ca. 150 Jahren wurde das Verwaltungsgebäude der Maschinenfabrik Bell errichtet. Es wurde dicht an die Obernauerstrasse gebaut und später mit Anbauten ergänzt. Vor 150 Jahren gab es noch keine Autos, kein Bus, keine Velos fuhren auf der Strasse. Pferdespanne und Ochsespanne transportierten die Güter. Es hatte genügend Platz für den wenigen Verkehr. Heute quälen sich Autos, Velos und der Bus durch die enge Stelle zwischen Kulturquadrat und dem alten Bellgebäude. In den Stosszeiten bleibt der Bus oft in der Autokolonne stecken und muss warten, bis es weitergeht. Das Gebäude würde nach der Sanierung der K4 unmittelbar an die Strasse grenzen. Dieser Strassenabschnitt wäre damit zu eng für eine Busspur. Gemäss Bebauungsplan zum Bell-Areal soll das alte Verwaltungsgebäude im Baubereich A2 durch ein neues Gebäude ersetzt werden. Die geplante Baulinie übernimmt denselben Abstand zur Strasse hin wie vor 150 Jahren. Das bestehende Engnis würde somit bestehen bleiben. Interessanterweise ist die Baulinie von Baubereich A2 deutlich zurückversetzt. Die Visualisierung im digitalen Modell zeigt den Engpass anschaulich auf. Dieser behindert den öffentlichen Verkehr und macht auch das Trottoir für die Fussgänger wenig attraktiv. Diese Planung muss korrigiert werden. Andernfalls würden Optionen im wahrsten Sinne des Wortes verbaut, für lange Zeit. Deshalb verlangt die Motion, dass die Baulinie im Baubereich A2 zur Obernauerstrasse hin zurückversetzt wird. Damit entsteht genügend Platz für 2 Spuren MIV, 2 normgerechte Velostreifen, ein genügend breites Trottoir und eine Busspur talwärts. Gemäss Baugesetz muss zwischen dem Gebäude und der Strasse ein Abstand vom 6m eingehalten werden. Trotz Dosieranlagen im oberen Bereich wird die Obernauerstrasse auch in Zukunft morgens und abends voll sein, entweder von Hauptstrasse her oder vom einmündenden Verkehr der Seitenstrassen. Die Bautätigkeit im

Bell-Areal, Mühlerain, Schützenrain) wird auch wieder zu Mehrverkehr führen. Der Bus braucht deshalb wo möglich eine eigene Spur. Im Obernau, Bereich Schachenwald wird ebenso eine Entlastungspur gebaut.

6b. Dringliche Interpellation Niederberger Eigenthaler-Revival**Nr. 191/2023**

Marco Frauenknecht beantwortet die Interpellation mündlich:

Die Veranstalter planen ein zweitägiges Event und die Strecke Obernau – Holderchäppeli zu sperren. Weiss der Stadtrat, wie die Veranstalter die Anreise der Besucher*innen planen?

Ja, der Stadtrat erhielt ein Konzept mit den nötigen Angaben die von den internen Stellen der Stadtverwaltung (Verkehrs- und Infrastrukturdienste im BUD & Eventkoordination im BKD) begutachtet wurde. Nötige Korrekturen musste der Verein noch einmal erbringen, damit die Zustimmung erteilt werden konnte.

Falls ja, hat der Stadtrat Massnahmen ergriffen, um eine Anreise per ÖV zu fördern, wie ist die Parkierung geplant und gibt es allenfalls ein Mobilitätskonzept für die Besucher*innen?

Im Konzept ist ausgewiesen, dass die ÖV – Anbindung (Buslinie 1) ohne Einschränkungen fährt. Ein Teil des Konzepts behandelt auch die Besucherlenkung. Die Veranstaltenden organisieren das Eigenthaler-Revival in erster Linie für die Fahrenden und nicht als Publikumsanlass, daher wird keine aktive Werbung betrieben. Dennoch gehen die Organisatoren von ca. 2'000 Besuchenden aus. Die Anreise mit dem öffentlichen Verkehr wird dabei unterstützt und der Austausch mit den Verkehrsbetrieben Luzern wird geführt. Zusätzlich ist ein Parkplatzkonzept erstellt worden.

Die Veranstalter sprechen von einer gesperrten Strecke Obernau – Holderchäppeli, heisst dies die Strasse ist an diesen zwei Tagen für sämtlichen Verkehr gesperrt?

Gemäss Konzept wird die Strecke Obernau – Holderchäppeli im Zeitraum von 6.30 Uhr bis 18.00 Uhr gesperrt. Der Postautoverkehr wird umgeleitet. Die ÖV Anbindung ins Eigenthal erfolgt via Malters. Die Orientierung erfolgt durch die Postauto AG. Es werden Zeitfenster zur Erreichbarkeit des Restaurants Hergiswald und der Kirche Hergiswald zur Verfügung gestellt.

Falls ja, welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat aufgrund dieser Vollsperrung für den restlichen Verkehr in Kriens, insbesondere auch hinsichtlich ÖV-Anschluss Richtung Eigenthal?

Die ÖV Anbindung ins Eigenthal für Samstag/Sonntag 09./10. September 2023 erfolgt via Malters. Die Postauto AG wird diesbezüglich im Vorfeld orientieren. Aufgrund der im Vorfeld erbrachten Signalisationsmassnahmen, werden die Verkehrsteilnehmer bereits frühzeitig informiert, dass am besagten Wochenende die Strecke gesperrt wird (exkl. Ausnahmen) Die ÖV Anbindung ist somit sichergestellt. Auch bereits bei Unwettern musste die Strecke vorübergehend gesperrt werden. Die Umleitungen und Alternativrouten sind erprobt und haben sich bewährt.

Mit welcher Begründung erachtet der Stadtrat die Komplettspernung mit den zu erwartenden Einschränkungen für die Bewohner*innen von Kriens und die Besucher*innen des Eigenthals als Verhältnismässig gegenüber dem öffentlichen Interesse an dieser Veranstaltung?

Der Anlass geht zurück auf ein Bergrennen, das auf der Strecke zwischen Kriens und Holderchäppeli vor 100 Jahren erstmals stattgefunden hat. Der Verein will nun die Idee aufnehmen, allerdings als «Eigenthaler-Revival» und nicht als Bergrennen. Epochengerechte Oldtimer-Fahrzeuge sollen an das damalige Bergrennen erinnern. Die teilnehmenden historischen Renn- und Sportwagen, Motorräder und Gespanne sollen epochengerecht sein. Der Anlass geht zurück auf ein geschichtsträchtiges Ereignis, dass bereits früher für Anklang sorgte. Wenn man dies auf die heutige Zeit nimmt und sieht wie viele Vereine sich in diesem Umfeld stark machen, um ihre Leidenschaft zu zeigen und dies noch in Zusammenarbeit mit einem Quartierverein Hand in Hand geht ist es eher eine kleine Einschränkung. Die Abwägungen von öffentlichen oder privaten Interessen sind hier nicht im Zentrum. Wie geben einem Verein die Chance (wie wir das vielen Vereinen geben) sein Können, Leidenschaft und vor allem Ihre wunderbaren Oldtimer auf der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Ist mit erhöhten Emissionen (Lärm, Luftqualität, CO₂, Abfall) während des Events zu rechnen? Gemäss Konzept ist die Abfallentsorgung geregelt. An mehreren neuralgischen Punkte (Start- und Zielbereich, mehreren Streckenposten, Fahrerlager, Schulhaus Obernau usw.) werden Abfallsammelstellen eingerichtet.

Weiter wird auf die seit 1. Januar 2023 geltende Weisung über die Mehrweg- und Depotsystem bei Veranstaltungen aufmerksam.

Aufgrund der laufenden Verkehrszählung auf der Hergiswaldstrasse ist ersichtlich, dass heute während den Wochentagen ein durchschnittliches Verkehrsaufkommen pro Stunde von 50 bis 75 Fahrzeuge die Hergiswaldstrasse befahren. Am Wochenende z. B. während den Sperrungen betrifft es sogar über 100 Fahrzeuge pro Stunde. Wenn wir nun den Vergleich zum Eigenthal Revival machen und wissen, dass pro Stunde (gem. Fahrzeiten) 30 Fahrzeuge starten, diese auch wieder herunterfahren, macht das auf den gesamten Tag 510 Fahrzeuge. Kumuliert mit diesen des normalen Durchschnittverkehrs der Wochentage ergibt dies rund 1800 Fahrten während der Sperrung. Ohne die Sperrung ist mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als über 1800 Fahrten auf der Hergiswaldstrasse zu rechnen. Da es sich bei den Fahrzeugen um Oldtimer und epochengerechte Fahrzeuge handelt, kann es vereinzelt zu Lärmemissionen kommen, diese aber kumuliert nie an die sonstigen Lärm-, Luftqualität- und CO₂-Problematiken kommen.

Falls ja, hat der Stadtrat mit den Veranstaltern Ausgleichs- und Schutzmassnahmen für die entstehenden Emissionen ausgearbeitet?

Siehe Beantwortung Frage 6. Aufgrund der Daten, sind nicht mit mehr Lärm-, Luftqualität- und CO₂-Problematiken zu rechnen.

Mit welchen finanziellen Aufwendungen zur Begleitung und Unterstützung des Events (Kosten Reinigung, Abfallentsorgung, Signalisation etc.) rechnet der Stadtrat?

Die Stadt Kriens beteiligt sich weder finanziell noch personell am Event. Gebühren für die Eventkoordination werden zu, analog anderen Veranstaltungen, verrechnet. Alle anderen Kosten tragen die Veranstalterenden.

Wurde die Anwohner*innen bereits informiert?

Da es sich um einen privaten Event eines Vereins handelt, ist der Verein für die Kommunikation der Öffentlichkeit und namentlich der Quartierbevölkerung zuständig. Eine Orientierung mit dem Vorstand Quartierverein Obernau hat bereits stattgefunden. Weiter wird am 30. Juni 2023 die Mitgliederversammlung des QV Obernau über die Veranstaltung informiert. Die Veranstalter wollen die breite Öffentlichkeit informieren, wenn alle Voraussetzungen für den Anlass geschaffen sind. Die Zustimmung der Stadt Kriens als Standortgemeinde schafft dafür eine Voraussetzung.

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat für die Ausführungen. Es ging dabei keinesfalls darum darüber zu diskutieren, ob das nun ein gutes oder schlechtes Hobby ist einen Oldtimer zu besitzen. Es ging lediglich um den grossen Event, welcher voraussetzt, dass die Strasse für zwei Tage gesperrt ist. In dieser Hinsicht hat Raoul Niederberger immer noch Fragen, welche noch nicht beantwortet sind. Es hiess, dass der ÖV auf der Linie eins nicht beeinträchtigt ist. Damit hat Raoul Niederberger auch nicht gerechnet. Er fragt sich jedoch, wie die Personen dann an den Strassenrand kommen. Hat der Verein geplant, dass man vergünstigte ÖV-Tickets erhält. Es hiess auch, dass die Parkierung geregelt ist. Wo werden dann diese Fahrzeuge parkiert? Im Holderkäppeli gibt es einen Parkplatz, dieser ist jedoch auch nicht sehr gross. Es gab anscheinend keine Abwägung, ob dies nun im öffentlichen Interesse entspricht oder nicht. Seines Erachtens müsste eine solche Abwägung jedoch schon vorgenommen werden. Die gesetzliche Grundlage ist dabei klar. Die Überlegungen dabei hätten Raoul Niederberger interessiert. Es war auch ein Argument, dass

dann weniger Verkehr auf den Strassen stattfindet. Dann werden dafür mehr über den Schwarzenberg fahren. Raoul Niederberger hofft, dass die Strasse auch bei einem Eigenthal-Revival-Velorennen zur Verfügung gestellt wird.

Armin Lisibach findet schön, dass in den Fragen auch die Obernauer inkludiert sind. Armin Lisibach wurde hellhörig als er gehört hat, wann dies stattfinden soll. Das Rennen ist am gleichen Datum wie das Quartierfest vom Obernau. Der Quartierverein hat daran bestimmt keine Freude. Der Quartierverein und auch die Strassenbaugenossenschaften wurden nicht informiert. Es sind Abfall- und Verpflegungsposten an gewissen Stellen vorgesehen und die Grundeigentümer wissen von nichts. Solche Sachen sollten geregelt werden. Wie kommen diese Leute ins Obernau? Armin Lisibach würde gerne den Parkplan sehen, denn er geht davon aus, dass diese Autos wildparkieren werden.

Marco Frauenknecht dankt für die kritischen Voten. Die kritischen Voten haben auch im Stadtrat stattgefunden. Marco Frauenknecht hat die Unterlagen gesehen und kann aktuell nicht mehr dazu sagen. Das Parkleitsystem wird mit Leuten vor Ort geregelt. Im Konzept ist ausgewiesen, wo die Fahrzeuge stationiert sind. Die Veranstaltung wird nicht von der Stadt Kriens durchgeführt. Die Stadt Kriens hat lediglich dazu Stellung genommen und einige kritische Fragen gestellt. Sollte die Bewilligung vom Kanton nicht stattgegeben werden, ist der Anlass nicht durchführbar. Somit wartet der Stadtrat auf den Entscheid von der höheren Ebene.

7. Bericht Postulat Purtschert: Für ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen Nr. 236/2019

Andreas Vonesch übernimmt das Votum vom Interpellant Bruno Purtschert. Fast dreieinhalb Jahre sind von der Überweisung des Postulats bis zur Berichterstattung durch den Stadtrat vergangen. Dies ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass die Eingabe des Postulats mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) zusammenfiel und auch die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) im Jahr 2019 totalrevidiert wurde, aber vom Kanton Luzern erst per 1. Januar 2023 übernommen wurde und auch für die Stadt Kriens Gültigkeit erlangt. Die revidierte IVöB liegt nun vor und greift die im Postulat geforderten Anliegen auf. Das ist erfreulich. Die konkrete Umsetzung ist aber noch nicht erarbeitet und offen in der Ausgestaltung. Auch der Kanton Luzern muss seine Richtlinien erst noch erarbeiten. Der Stadtrat verspricht, die Entwicklung der aufgegriffenen Themen genau zu beobachten und auf sich abzeichnende Standards und Trends schnell zu reagieren. Der Stadtrat betont auch, dass das Krienser Reglement eine Umsetzung in keiner Weise verhindert. Die Frage nach verbindlicheren oder stärkeren Massnahmen wird, oder kann, noch gar nicht, beantwortet werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist trotzdem für Abschreibung. Sie werden aber die Entwicklung und Erarbeitung der Richtlinien im Kanton Luzern nicht aus den Augen verlieren. Allenfalls greift Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion das Thema später mit einem Postulat oder einer Interpellation wieder auf. Zum Schluss bittet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den Stadtrat zügig den Austausch der Anhänge BöB und IVöB im Krienser Reglement vorzunehmen.

Jörg Ziemssen dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und den Interpellanten für diesen guten Vorstoss. Es ist bekannt, dass das Thema "Beschaffungswesen" für den ehemaligen Unternehmer und Einwohnerrat Enrico Ercolani eine Herzensangelegenheit ist. Aus der Sicht von Jörg Ziemssen dürfte der Stadtrat dieses Postulat nicht als erledigt abschreiben. Bei diesem Bericht geht nirgends hervor was nun genau angeschaut, wo genau hingeschaut oder wie diese Kriterien genau umgesetzt beziehungsweise beurteilt werden. Man verweist auf verschiedenste Reglemente, Vereinbarungen, Vorschriften auf unterschiedlichsten Ebenen. Man wartet einmal ab was in diesem Thema zum Standard entwickelt wird. Jörg Ziemssen kann sich gut vorstellen, dass die eine oder andere Investition bereits

erledigt ist bis konkretes vorliegt. Wieso macht es Kriens nicht besser? Welche Kriterien sind nun wichtig für die Beurteilung? Welches Gewicht für die Entscheidung erhält der Preis einer Offerte? Damit das Beschaffungswesen optimal evaluiert werden kann wäre die einfachste Lösung die Einführung eines Punktesystems für eine Kriterienliste. Um diese ausfüllen zu können hat der Unternehmer eine Bringschuld. In dieser Liste können Themen wie Preis, Unternehmensbonität, Ausbildungsthemen des Unternehmers, Fach-Ausbildung der Mitarbeiter, Lehrlingsausbildung Umweltaspekte wie Fahrdistanzen, Einsatz ökologischer Produkte, Nachweis über faire und sozialgerecht produzierte Produkte, Referenzen, KOPAS (Kontaktperson für Arbeitssicherheit) und viele weitere Punkte anhand eines einfachen Rasters bewertet werden. Mit dieser Kriterienliste werden Äpfel mit Äpfel verglichen und nicht einfach der offerierte Preis mit einem anderen Preis. Noch wichtiger als viele Reglemente und/oder Kriterien ist das Überprüfen der vom Unternehmer versprochenen Leistungen ob diese auch eingehalten werden.

Roger Erni bestätigt, dass der Vorstoss vor 4 Jahren eingegeben wurde und vor dreieinhalb Jahren im Einwohnerrat behandelt wurde. Nun soll das Postulat abgeschrieben werden. Roger Erni bedankt sich, dass Bruno Purtschert der Abschreibung über Andreas Vonesch zugestimmt hat. Dies sei sicherlich die richtige Lösung. Der Stadtrat wird wie im Bericht geschrieben weiterhin dranbleiben und die KFG auf dem Laufenden halten. Roger Erni würde der KFG ca. anfangs 2024 gerne aufzeigen, wie das Beschaffungswesen umgesetzt wird. Regina Zeder ist aktuell an der Erstellung vom Handbuch für öffentliches Beschaffungswesen aufgrund von den Vorgaben. Dies wird also bereits so umgesetzt, wie es Bruno Purtschert über Andreas Vonesch verlangt hat. Es sind bereits Ideen vorhanden und die Vorlagen vom Kanton Luzern müssen mit dem K ergänzt werden und dann ist man schon nahe dran, weil Kriens die Welt nicht neu erfinden wird. Gregor Kost ist Beschaffungsexperte und unterstützt die Stadt Kriens bei der Erstellung vom Handbuch. Sein Vater war schon eng involviert bei der Geschichte vom Krienser Beschaffungsreglement. Im Intranet gibt es bereits eine Lösung und das Finanzdepartement möchte noch bis im Winter daran schaffen und dann im Q1 das Resultat in der KFG präsentieren. Danach kann sich die KFG überlegen, ob sie einen Schritt weitermachen möchten. Die KFG hatte noch besprochen, wie es bei der Beschaffung von Finanzen aussieht. Dies fällt in das Liquiditätsmanagement und da gibt es ebenfalls Leitplanken und Roger Erni wird dann zusammen mit David Schilling in der KFG aufzeigen wie die Stadt Kriens dies angeht. Es gab in den letzten drei Jahren Finanzierungsüberschüsse von über 30 Millionen Franken. Kriens hatte zu der Zeit von Roger Erni und vermutlich auch vorher nie 30 Millionen Franken auf dem PostFinance Konto. Das Geld wird zum Teil angelegt und das wurde auch bereits in der KFG so mitgeteilt. Dadurch werden mehr Zinserträge generiert, als Zinsaufwände durch Fremdkapital entstehen. Die Stadt Kriens hat das Fremdkapital für 0.88 % verzinst und wenn man heute für drei Monate irgendwo 5 Millionen Franken anlegt, bekommt man 1 – 1.5 %. Nicht dass es viel gibt und trotzdem ernährt sich die Stadt Kriens sehr gerne davon. Im Sinne von diesem Beschaffungsfinanzthema wird Roger Erni die KFG informieren.

Abstimmung: Abschreibung Postulat Purtschert Nr. 236/2019

Mit 15: 8 Stimmen und 4 Enthaltungen wird das Postulat abgeschrieben

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Amrhein Bruno	Ja
Bienz Viktor	Ja
Bucher Zita	Enthaltung
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Nein
Gut Kathrin	Nein
Klein Fabian	Ja
Kobi Tomas	Ja

Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lips Yves	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meier Marco	Enthaltung
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Piras Davide	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Solari Simon	Nein
Stofer Peter	Enthaltung
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Enthaltung

Somit ist das Traktandum erledigt.

8. Beantwortung Interpellation Lengwiler: Wiedereinführung der gestrichenen Sommerjobs Nr. 158/2023

Die schriftliche Antwort des Stadtrates liegt schriftlich vor.

Räto Camenisch fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Beda Lengwiler wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beda Lengwiler hat gegenüber der Antwort gemischte Gefühle. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion findet eine Optimierung der Kosten ist grundsätzlich immer super und sie unterstützen dies auch, die Frage ist jedoch jeweils, was die Folgen sind. Hierbei kann man sich streiten. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist der Meinung, in der Beantwortung sind die Folgen etwas zu schön umschrieben und die negativen Folgen werden nicht direkt angesprochen. Es konnten nun zwar gewisse Personen zu 100% angestellt werden, gleichzeitig haben andere aber ihren Teilzeitjob verloren. Die Sommerjobs der Jugendlichen werden nicht mit einem vergleichbaren Angebot ersetzt, sondern fallen ersatzlos weg. Schlussendlich ist es ein Abwägen zwischen dem Optimieren der Ausgaben und den sozialen Auswirkungen, wo man dafür in Kauf nehmen muss. Viel mehr gibt es dazu gar nicht zu sagen. Das ganze zurück umzustellen wäre jetzt auch nicht mehr sinnvoll und Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wird dies deshalb so zur Kenntnis nehmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hofft stark, dass die Stadt Kriens versucht Sackgeldjobs stärker zu fördern und sich dafür einsetzen, dass die Krienser Jugendlichen die Möglichkeit haben, erste Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln und ihr Sackgeld in den Ferien durch entsprechende Jobmöglichkeiten etwas aufzubessern.

Roger Erni hat genau diesen Zielkonflikt aufgeschrieben. Optimierung der Kosten und die soziale Frage. Es ist nicht korrekt, dass gerade mehrere 100 % angestellt werden konnten, jedoch über die Schwelle bringen, damit sie in die BVG kommen. Für die Hauswarte stimmt dies auch. Schülerinnen und Schüler haben nun die negative Folge. Dafür gibt es jedoch die Jugendanimation mit den Sackgeldjobs. Über die Jugendanimation findet man diesen Flyer. Wenn man für Gartenarbeiten Unterstützung brauchen kann, kann man sich da melden. Roger Erni dankt, dass Beda Lengwiler dies so akzeptiert.

9. Beantwortung Interpellation Albrecht: Droht der Ärztemangel auch in der Stadt Kriens

Nr. 159/2023

Die schriftliche Antwort des Stadtrates liegt schriftlich vor.

Räto Camenisch fragt Michèle Albrecht, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Michèle Albrecht wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Michèle Albrecht bedankt sich als Interpellantin, sowie im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat und beim zuständigen Sozialdepartement für sorgfältige Beantwortung ihrer Fragen. Schönerweise erfuhr sie von einer ihr bekannten Krienser Hausärztin bei einer spontanen Begegnung über die laufende Bearbeitung ihrer Fragen. Die Ärztin meinte, dass seien die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt. Michèle Albrecht ist dankbar, dass sich der Stadtrat mit der Situation und der bestehenden Ärzteschaft auseinandersetzen musste und entsprechend sensibilisiert ist. Aus der Beantwortung interpretiert Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion gute und per heute auch positive Erkenntnisse. So zum Beispiel, dass die Dichte bei 30 Ärzte auf 29'000 Einwohner dem empfohlenen Wert von +/- 1 entspricht. Was Michèle Albrecht aber beunruhigt ist die Situation morgen und übermorgen: Aufgrund vom demografischen Wandel und im Interesse der integrierten Versorgung muss Kriens am brisanten Thema dranbleiben. Michèle Albrecht ist sich bewusst, dass das Anliegen auf Gemeindeebene schwierig zu forcieren ist, dass es sich um ein gesamtschweizerisches Problem handelt. Nichtsdestotrotz ist die Stadt Kriens für Spitex und Heime mitverantwortlich und exakt in diesen Institutionen wird in den nächsten 20 Jahren ein exorbitantes Wachstum erwartet. Kriens muss den drohenden Ärztemangel auf dem Radar behalten und auch zukünftig sowohl für Ärzte und als auch Einwohner beziehungsweise Patienten von jung bis alt attraktiv bleiben.

Gemäss Tomas Kobi muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Hausarztpraxen einen Nachfolger finden werden. Es ist deshalb äusserst wichtig, dass Weiterbildungen von Personal unterstützt werden. Zum Beispiel können sich Medizinische Praxisassistentinnen zu Praxiskoordinatorinnen weiterbilden lassen und so massgeblich zur Entlastung der Ärztinnen und Ärzte beitragen. Diese Weiterbildung ist eidgenössisch anerkannt. Das Pflegepersonal hat so die Möglichkeiten dazu den Ärztemangel auszugleichen. Hausärztinnen und Hausärzte wird es immer weniger geben.

Martin Zellweger findet bei einem drohenden oder bereits vorhandenen Ärztemangel muss bereits bei der Ausbildung Rechnung getragen werden respektive bei der generellen Attraktivierung der Hausarztmedizin. Dabei darf natürlich nicht die Qualität der Quantität untergeordnet werden. Es ist ein Schweizerweites Thema, respektive kantonal im Radar und kann nicht einfach kommunal gelöst werden. Das kann Michèle Albrecht direkt mit in den Kantonsrat nehmen. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort die

Situation in Kriens auf. Insbesondere den auch anderenorts generellen Trend zu Zentren und die zunehmende Schwierigkeit als Patient bei einem neuen Hausarzt unterzukommen. Eine weitere Verknappung wird als realistisch eingeschätzt. Das ist ja inzwischen klar, dass dies auch für alle Berufsgattungen zutrifft. Wie die Stadt Kriens hingegen ihre Aufgabe in dem Zusammenhang sieht, davon ist in der Antwort wenig zu lesen. Natürlich kann im Rahmen der Wirtschaftsförderung auch dieselbe Aktivität an den Tag gelegt werden, wie bei der Ansiedlung von anderen Wirtschaftsteilnehmern. Grundsätzlich wird im Bericht jedoch auf die schon länger gärende Sozial- und Altersstrategie verwiesen. Warten wir dies ab, denn eine effektive Antwort auf die Fragen, was Kriens genau machen kann sehen wir im Bericht noch nicht. trotzdem danke für die Berichterstattung.

Kathrin Gut bedankt sich beim Stadtrat für die sorgfältige und ausführliche Antwort. Der Fachkräftemangel spitzt sich in mehreren Berufen zu. Die Bevölkerung wird älter, es müssen mehr Menschen behandelt werden und der Ärztemangel verschärft sich. Dazu kommt gemäss Tarifmonitoring der Ärztesgesellschaft FMH im Jahr 2022 auf eine Praxis erstmals über 1000 Patientinnen und Patienten, eine Steigerung von 2021 und 2022 6,5 Prozent. Vor allem auch junge Leute gehen vermehrt zum Arzt. Dabei gebe es für uns alle die Möglichkeit bevor man einen Arztbesuch macht, sich mit der medizinischen Hotline oder dem Medgate App, welches viele Krankenkassen anbieten, in Verbindung zu setzen. Oder die Anlaufstelle für Alltagsbeschwerden mit Pflegefachfrauen wie auch Tomas Kobi erwähnt hat ist weiter zu verfolgen. Erste Förderprogramme wurden schon durch den Kanton unternommen, der Masterstudiengang kann seit 2020 an der Uni Luzern absolviert werden. Doch es braucht weitere Schritte um die Hausarztmedizin zu stärken, besonders in den ländlichen Gebieten. In der Agglomeration können von der Nähe zur Stadt Luzern profitieren, trotzdem ist es wichtig weitere Hausärztinnen und Hausärzte für den Standort Stadt Kriens zu gewinnen. Die in der Antwort vorgeschlagenen Massnahmen, wie die Vermittlung der Kontakte sowie Raum sind durchaus sinnvoll. Ein besonderer Fokus ist im momentanen Umfeld auf die Bildung von Gruppenpraxen zu legen und durch ein attraktives Kriens Investoren zu begeistern. Jedoch Arztpraxen zu vermitteln ist nicht die Aufgabe der Stadt Kriens. Die Gesundheitsversorgung ist Sache des Kantons. Der Kanton Luzern muss die medizinische Versorgung aller Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Luzern sicherstellen. Es braucht weitere Anstrengungen in der Schweiz, im Kanton und bei uns um die ambulante Grundversorgung sicherstellen zu können. Auch müssen vermehrt Studierende dafür gewonnen werden, überhaupt den Hausarztberuf zu wählen. Die Universitäten sind schon daran, das Image zu erhöhen. Dies ist sehr wichtig, denn Hausärztinnen und -ärzte sind ein zentraler Bestand der Grundversorgung und des Gesundheitswesens. Positiv ist die Zahl der jüngeren, sprich die unter 50-jährigen Hausärzte nehmen kontinuierlich zu. Ihr Anteil hat sich in zehn Jahren von 25 auf 34 Prozent erhöht. Dies ist erfreulich, reicht jedoch zukünftig nicht aus.

Cla Büchi ist schon mit diversen Ärzten im Austausch. Michèle Albrecht hat dieses Problem richtig festgestellt. Aktuell hat Kriens noch eine ausreichende Abdeckung, jedoch gehen immer mehr Hausärzte in Pension. Für die Stadt Kriens ist dies nicht so tragisch, weil man in einem urbanen Gebiet ist. Luzern Horw und Emmen ist sehr nahe und da gibt es auch viele Hausärzte. Die demografische Entwicklung ist jedoch eine Herausforderung. Dies ist auch in der Pflegefinanzierung spürbar. Der Bund und der Kanton hat reagiert. Es dauert jedoch, bis dies spürbar ist. Tomas Kobi hat aufgezeigt, dass es einige Pilotversuche gibt. Die Stadt Kriens hat die GWAK, welche Wohnungen für ältere Menschen anbietet. Cla Büchi wird auch auf die Heime Kriens AG zugehen, dass man im Grossfeld eine Arztpraxis einrichten kann. Es ist jedoch ein gesamtschweizerisches Thema. Martin Zellweger hat auf die Altersstrategie hingewiesen. Dies dauert noch etwas, wird jedoch Ende Jahr oder anfangs nächstes Jahr in den Einwohnerrat kommen.

Die schriftliche Antwort des Stadtrates liegt schriftlich vor.

Räto Camenisch fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Fabian Klein wünscht eine Diskussion.

Räto Camenisch stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Fabian Klein dankt für die Beantwortung seiner Interpellation. Er stellt mit Bedenken fest, wo der Fokus des städtischen Bestrebens liegt. Die Autofahrer mit allen Mitteln zu bekämpfen ist besonders für die junge Stadt Kriens kein zielführendes Vorhaben. Es braucht ein Miteinander. Fabian Klein bittet den Stadtrat in Zukunft zu konkretisieren, dass Tempo 30 auf Wunsch von einer Stadträtlichen Kommission erstellt worden ist. Als Grundlage für die Priorisierung werden folgende Kriterien genannt: Verkehrssicherheit, Schulwegsicherheit, Lärmschutz und Kosteneffektivität. Angefangen bei der Verkehrssicherheit. Ein Gutachten hat aufgezeigt, dass es sich nicht um ein Problem von Tempo 50 handelt. Es sind in einem Zeitraum von 10 Jahren zwei Unfälle passiert, jedoch hat es sich in beiden Fällen um Parkschäden gehandelt. Ein weiteres Kriterium bezieht sich auf den Lärmschutz bei einer Temporeduktion. Eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz zeigt auf, dass es in der Stadt Luzern am Tag eine Reduktion von 0.4 Dezibel und in der Nacht 0.5 Dezibel gab. Ein Unterschied von unter 1 Dezibel ist für das menschliche Ohr nicht hörbar. Somit ist davon auszugehen, dass es nicht um Lärm, sondern um eine Schikane gegen den MIV geht. Es wäre um einiges sinnvoller, die Tempo 30 verschwendeten Steuergelder für Lärmarme Belege einzusetzen. Gemäss dem Bund kann so eine Lärmreduktion von bis zu 9 Dezibel erreicht werden. Es soll auch betrachtet werden, dass es immer mehr Elektroautos gibt, was eine zusätzliche Lärmreduktion gibt. Es wird ein gleichmässiger und flüssiger Verkehrsfluss gepredigt, aber gleichzeitig durch Hindernisse eine Verkehrsschikane geschaffen. Auf der Webseite der Stadt Kriens wird eine Tempo 30 Reduktion wie folgt beschrieben: Fahrzeuglenker verlieren kaum Zeit, da Tempo 30 Zonen oft nur auf einzelnen Strassenabschnitten gelten. Fabian Klein findet diese Aussagen fraglich, da das GVKK Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen vorsieht. Fabian Klein bittet den Stadtrat nicht am Volk vorbei zu politisieren.

Gemäss Bruno Amrhein kann die seinerzeitige Ablehnung der Testplanung wohl bei Betrachtung der damaligen Vorlage nicht als alleinige Abstimmung über Tempo 30 interpretiert werden. Der Inhalt war breiter und der Kontext zu Budgetsparmassnahmen spielten auch eine Rolle. Es ging damals um einen Kostenbeitrag der Stadt für Planungsmassnahmen. Die Umsetzung von Lärmschutz- und Verkehrssicherheitsmassnahmen wurde damit aber nicht abgeschafft. Oft werden Kostenargumente vorgeschoben. Vielfach entsteht der Eindruck, dass Tempo 30 bekämpft wird, weil damit der Autoverkehr weniger attraktiv würde. Lärmschutz und Sicherheit werden ausgeblendet. Zur Attraktivität des Verkehrs: Für 1 km mit Tempo 30 braucht es ca. 35 Sekunden mehr Zeit im Vergleich zu Tempo 50 für dieselbe Strecke. Tempo 30 ist also zumutbar und keine Schikane, sondern verhältnismässig mit positiver Auswirkung auf Lärm und Sicherheit (Bremsweg). Eine sehr wirksame und günstige Umsetzungsmassnahme sind übrigens Schwellen. Tempo 30 führt auch nicht zu Mehrverkehr, es sind ja gleich viele Fahrzeuge unterwegs. Der Fahrplan des ÖV kann ebenso eingehalten werden. Dafür braucht es nicht Tempo 50, sondern Busspuren und Ampeln mit Priorisierung auf Strecken mit dichtem Verkehr. Die Bergstrasse ist davon nicht betroffen. Die Grüne/glp-Fraktion begrüsst deshalb Tempo 30 als Massnahme zum Lärmschutz und Sicherheit.

Mathias Erni dankt Fabian Klein im Namen der FDP für diese treffenden Fragen in seiner Interpellation. Es erstaunt die FDP-Fraktion immer wieder wofür man ein Gutachten in Auftrag geben kann und wie viele Kommissionen es in Kriens für Verkehrsplanung gibt. Die FDP wäre diesbezüglich froh auf welchen Kommissionsantrag sich der Stadtrat stützt. Kam dies aus der KBVU? Aus der stadträtlichen BUVK? Oder aus einem weiteren Bevölkerungsbeirat? In der Beantwortung steht nur „auf Wunsch der Verkehrskommission“.

Ausserdem wird behauptet die Bergstrasse wurde als geeignet für Tempo 30 beurteilt. Die FDP fragt sich „von wem genau?“. Auch das lässt man in der Beantwortung offen. Zuletzt verweist man mehrmals auf die Plattform mitreden-kriens.ch. Diese war in den letzten Tagen als wir die Resultate dieser Mitwirkung suchten immer mal wieder offline. Auf Antrag bei der Stadtkanzlei und dem BUD konnte sie wieder aufgeschaltet werden. Die FDP fragt sich „War sie es wohl auch als die Bürger mitwirken wollten?“ Schon die gemeinsame Petition von FDP und SVP gegen Verkehrsbehinderungen auf der Zumhofstrasse hat deutlich aufgezeigt, dass die Anwohnenden gegen diese verkehrsbehindernden Massnahmen im Zusammenhang mit Tempo 30 sind. Der Stadtrat ist also gut beraten, hier auf die Bedürfnisse der Krienserinnen und Krienser Rücksicht zu nehmen und solche Projekte einzustellen.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Strassenunterhalt und Tempo 30 sollen nicht miteinander vermischt werden. Die Vernachlässigung vom Strassenunterhalt wird sich rächen. Der Budgetposten Strassenunterhalt wird sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion deshalb genau anschauen.

Reto Felber stellt fest, dass Interpellationen immer wieder zu verschiedenen 30er Zonen im Krienser Stadtgebiet in ähnlichen Wortlaut aus der rechtsbürgerlichen Rechtshälfte eingegeben. Nun mal wieder von der SVP-Fraktion. Dies mit den Hauptargumenten der klammen Stadtfinanzen. Mit Fr. 20'000.00 ist die erforderliche Umsetzung der Lärmschutzverordnung auf der Bergstrasse äusserst gering. Jegliche Umsetzung mit Flüsterbelag oder einer erleichterten passiven Umsetzung mit Schallschutzfenstern wäre um einiges kostenintensiver. Somit müsste die SVP-Fraktion ja froh, glücklich und stolz sein auf die Stadtverwaltung. Kurz zu den Fakten zur Lärmreduktion. Gemäss Auskunft BAFU (Bundesamt für Umwelt) reduziert die Temporeduktion den Strassenlärmpegel im Mittel um 1.6 dB am Tag und 1.7 dB in der Nacht. Dies ist infolge der logarithmischen Dezibel-Skala eine enorme Reduktion. Zusätzlich zur kostengünstigen Umsetzung der Lärmschutzverordnung ist mit einer 30er Zone die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden um einiges grösser hinsichtlich Strassenbreitenbedarf und Bremsweg als bei höheren Temporegime. Ebenfalls ist die Durchflussmenge um einiges grösser. Der Stadtverwaltung ist für die sachliche und aus Sicht der SP-Fraktion sinnvollen Beantwortung der Interpellation ein grosser Dank auszusprechen. Ebenfalls ein Dank für die Offenlegung das lediglich 8 Prozent des Krienser Strassennetz in schlechten oder kritischen Zustand sind. Wenn man das Strassennetz sanieren will, muss man Geld investieren. Liebe SVP- und FDP-Fraktion ihr seid angesprochen. Ebenfalls ist das Personal dafür bereitzustellen. Hierbei sind die gleichen Fraktionen angesprochen.

Einzelsprecher

Cyrill Zosso hat despektierliche Äusserungen zu Kommissionen gehört und es wurde auch schlecht über Personen gesprochen und Namen genannt. Es soll sachlich diskutiert werden und nicht parteipolitisch. Es gab ein Bundesgerichtsentscheid. Es gibt eine Stellungnahme, welche aufzeigt wo und wie mit Lärmpolitik umgegangen werden kann.

Für Davide Piras zeigt der Vorstoss wieder einmal vermehrt auf, wie schwierig die Parlamentsarbeit ist. Alle seine Fragen wurden bereits vermehrt in vielen Berichten beantwortet und beschrieben. David Piras behauptet sogar, dass die meisten Einwohnerräte diese hätten beantworten können, ohne Rückfragen an den Stadtrat. Somit ist die ganze Interpellation eigentlich nur Propaganda und bringt Kriens keineswegs vorwärts. Der Interpellant schreibt, man politisiere mit der 30-Zone an der Bergstrasse am Volk vorbei. Jedoch zeigt sich die Situation ganz anders. Wenn der Interpellant die Familien und Anwohner an der Bergstrasse fragen würde, hätte er bemerkt, dass diese schon lange die 30er-Zone wünschen. Gerade Eltern von Kindern im Kindergartenalter, die die Strasse überqueren müssen, haben vermehrt auf die Geschwindigkeit an der Bergstrasse hingewiesen und verstehen nicht, warum

dies eigentlich so lange dauert. Zudem würde dies auch die Lärmbelastung der Anwohner weiter senken. Es kann wohl sein, dass vereinzelte Anwohner an der Bergstrasse die 50-Zone beibehalten wollen, damit sie wenige Minuten früher am Ziel sind. Aber das Echo aus diesem Vorstoss von den Anwohnern war deutlich anders. Kurz gesagt, nicht der Stadtrat politisiert am Volk vorbei, sondern ganz klar der Interpellant selbst.

Maurus Frey geht nicht auf die politischen Aussagen ein. Es wurde gefragt, um welche Verkehrskommission es sich dabei handelt. Die Verkehrskommission wurde speziell einberufen von 2015 bis 2018. Dies ist im GVKK beschrieben. Maurus Frey empfiehlt die Lektüre vom Vernehmlassungskonzept. Es wird eine neue Bestandsaufnahme gemacht und dann geschaut, welche Massnahmen wo Sinn machen. Tempo 30 Zonen und Massnahmen der GVKK stehen nicht in direkter Konkurrenz. Die Diskussion bezüglich mehr Lärm und weniger Lärm ist nicht zielführend. Politisch das eine gegen das andere auszuspielen ist immer interessant. Schnell nach Hause kommen oder sicher nach Hause kommen und ruhig schlafen. Diese Fakten werden vom Stadtrat jeweils abgewogen und anschliessend Entscheidungen getroffen.

11. Beantwortung Interpellation Kobi: Kriens als Demenzfreundliche Gemeinde

Nr. 164/2023

Tomas Kobi dankt dem Stadtrat für die Beantwortung. Eine Demenzfreundliche Gemeinde ist gemäss Erkenntnissen der WHO ein guter Ansatz die Demenz gemeinsam anzugehen. Damit es nicht zu einem gesellschaftlichen Rückzug bei Betroffenen und Angehörigen führt. Gemäss WHO ist eine generelle Demenzfreundlichkeit der entscheidende Schritt um Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen zu unterstützen. Weltweit setzten viele Länder seit über mehr als einem Jahrzehnt die Entwicklung der Demenzfreundlichkeit auf Gemeindebasis um. Japan mit seiner stark alternden Bevölkerung hat 2005 gestartet Schottland, England, Deutschland und Belgien folgten diesem Ansatz. Es zeigt sich, dass insbesondere bevölkerungsnahe Konzepte erfolgreich sind. Demenzfreundliche Gemeinde soll eine Art Auszeichnung sein. Bereits eine Bestrebung danach soll bereits zur Sensibilisierung führen. Die Auszeichnung soll in verschiedenen Stufen vorliegen. Rund 60 % mit Demenz leben zu Hause. In einer Demenzfreundlichen Gemeinde, wissen die Einwohnerinnen und Einwohner über Demenz Bescheid. Die Menschen mit Demenz sind Teil des gesellschaftlichen Lebens und haben die Wahl und die Kontrolle über das eigene Leben. Tomas Kobi nimmt Bezug zu den Aussagen des Stadtrates. Unter Punkt eins erwähnt der Stadtrat, dass sich eine demenzielle Krankheit zum grössten Teil erst im Alter zeigt. Das ist grundsätzlich nicht falsch. Schätzungen zufolge sind 95 % der rund 150'000 Betroffenen über 65 Jahre alt und 100'000 davon über 80. Im Kanton Luzern leben ungefähr 7000 Menschen mit Demenz. 5% davon haben das Pensionsalter noch nicht erreicht. Die Meisten betroffenen sind zwischen 54 und 65 Jahre alt. Diese stehen in einem anderen Lebensabschnitt als betagte Menschen mit Demenz. Ihre Erkrankung beginnt, während sie noch im Arbeitsleben stehen und ein aktives Familienleben führen. Sie sind körperlich meistens bei guter Gesundheit. Junge Menschen mit Demenz sind oft körperlich fit. Da ist die Unterstützung bei Freizeitaktivitäten sehr wichtig. Eine individuelle Begleitung im Alltag, Unterstützung im Umgang mit Verlustgefühlen und das Gefühl der Wertlosigkeit bilden hierbei einen wichtigen Stützpfiler. Mehrere konkrete Massnahmen, mehrere konkrete Möglichkeiten sieht der Stadtrat, dass die Stadt Kriens eine Demenzfreundliche Gemeinde werden kann. Der Stadtrat bezieht sich hierbei auf den Leitfaden vom Alzheimer Schweiz. Ein Teil davon wurde in der Altersstrategie der Stadt Kriens umgesetzt oder wird angedacht. Ein wichtiger Bereich wurde jedoch nicht erwähnt, nämlich die Teilhabe. Menschen mit Demenz und deren Angehörige müssen partizipieren können. Teilhabe muss ermöglicht werden, indem Gelegenheitsstrukturen und Räume geschaffen werden. Es werden Ermöglichungsstrukturen benötigt. Innen- und Aussenräume müssen so gestaltet werden, dass sich Menschen mit Demenz orientieren können. Die Gestaltung von Strassen, Parks und öffentlichen Gebäuden spielt dabei eine wichtige Rolle. Demenz darf nicht zur Ausgrenzung aus zentralen Lebensbereichen führen. Für eine Demenzfreundliche Gemeinde braucht es viele Akteure. Es muss Departementsübergreifend gearbeitet werden. Inwiefern sieht der Stadtrat Handlungsbedarf bei Schulungsangeboten für Verwaltungsangestellte. Der Stadtrat schreibt, dass er feststellt, dass bei den Angestellten und in der Bevölkerung ungenügend

Wissen vorhanden ist. Es ist zu wenig bekannt, dass Demenz auch falsch interpretieren oder emotional reagieren sein kann. Tomas Kobi hätte sich hier konkretere Antworten gewünscht und den Stadtrat gedrängt dies anzugehen. Beispielsweise mit Sensibilisierung der Mitarbeitenden und politischen Vertretern. Was macht Demenz mit Betroffenen? Was heisst dies im Verwaltungskontext? Wie begegnen wir Menschen mit Demenz? Inwieweit plant der Stadtrat aufgrund der Altersstrategie ein Konzept zu erarbeiten, hinsichtlich Demenzfreundliche Gemeinde? Tomas Kobi spricht von der Bedeutung einer Familien- und Kinderfreundlichen Gesellschaft. Die Krienser Stadtverwaltung erhält den Preis Familienfreundlichkeit. Am 14. Juni 2023 war die Label Übergabe Kinderfreundliche Gemeinde. Mit dem Postulat Lengwiler 182/2023 soll Kriens sogar das Label friendly Workspace anstreben. Menschen mit Demenz und ihre Bedürfnisse werden leider immer noch zu wenig ernst genommen. Von einem Label Demenzfreundliche Stadt oder Gemeinde ist Kriens noch weit entfernt.

Davide Piras dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den Vorstoss und für das Aufgreifen des Themas. Es ist erfreulich zu sehen, dass das Thema Demenz auch in der Stadtverwaltung nicht vernachlässigt wird. Die damit verbundenen Herausforderungen sind vielfältig und komplex. Die Stadt beschäftigt sich bereits seit über 10 Jahren intensiv mit dem Thema Demenz. Im Jahr 2012 wurden im Alters- und Pflegeheim Grossfeld zwei zusätzliche Abteilungen für Demenzpatienten eröffnet, die insgesamt 14 Pflegezimmer umfassen. Mit dieser Erweiterung wurde das Angebot für Menschen mit Demenz in den Heimen in Kriens von 21 auf 35 Zimmer erhöht. Im Jahr 2020 wurde das Thema erneut vom Sozialdepartement aufgegriffen. Im Kriens-Info sowie bei einem geplanten Vortragsabend, wollte man dem Thema der Bevölkerung vertraut machen. Leider musste dieser Anlass aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Wie bereits in der Antwort erwähnt, sind in der Altersstrategie von Kriens bereits einige Schritte in der Umsetzung und Planung. Die Junge Mitte / Mitte Fraktion betrachtet dieses Thema als äusserst wichtig und schlägt vor, dass es vermehrt auch in der Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit (KBSG) im Hinblick auf die genannten Schritte besprochen wird. Derzeit haltet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion es nicht für erforderlich, ein eigenes Konzept zu erarbeiten. Wie in der Rechnung 2023 angekündigt, befindet sich die "Altersstrategie 2030" in der Endphase und der Planungsbericht wird noch in diesem Jahr erwartet. Die Junge Mitte / Mitte Fraktion ist gespannt auf den Bericht und bedankt sich beim Stadtrat für seine bisherigen Bemühungen.

Yves Lips darf dem Einwohnerrat das Votum von Bettina Gomer vortragen. Sie alle kennen Bettina. Ausgebildet in der Pflege und Betreuung von Menschen in der Gerontopsychiatrie, sowie in der erwachsenen Psychiatrie. Langjährige Praxiserfahrung im Umgang mit allerlei Menschen, wobei ihr die Vergesslichen die Liebsten sind. Bettina ist nach eigener Einschätzung: «chaotisch, oft vergesslich, manchmal verwirrt, aber (noch) nicht dement. » «Auch mir ist das Thema ein grosses Anliegen, da ich seit 13 Jahren in der Pflege arbeite, davon 7 Jahre auf einer Abteilung nur für Menschen mit Demenz. Die SP bedankt sich beim Interpellanten für die wichtigen Fragen, und bei den zuständigen Stellen für die ausführlichen Antworten. Die Antworten sind sehr gut und fundiert. Ich gehe nun keinen Schritt weiter, sondern einen zurück: Das gilt wirklich für alle von uns. Was müssen wir tun, dass dieser Wunsch nach erleben auch umgesetzt werden kann? => Wir müssen jeweils probieren, den Blickwinkel des anderen – des Gegenübers, einzunehmen. Das ist gar nicht immer so einfach, denn oftmals stellen wir uns vor, was man selbst gerne hätte und vergisst darüber, dass das Gegenüber andere Erfahrungen und Wünsche hat, als man selbst. Also muss man sich nicht studieren, was den der oder die Andere braucht, sondern - man muss sie danach FRAGEN! Nach Ansicht der medizin-ethischen Richtlinien der schweizerischen Akademie für medizinische Wissenschaft samw, sind bei der «Betreuung und Behandlung von Menschen mit Demenz» die folgenden, objektiven Lebensbedingungen wichtige Voraussetzungen, für eine gute Lebensqualität von Menschen mit Demenz: körperliche Gesundheit / Unabhängigkeit / soziale Teilhabe / sinngebende Alltagsgestaltung / Erfahren von Respekt und Wertschätzung / Möglichkeit zum Ausüben von Alltagsaktivitäten / gute Wohnbedingungen Diese Aufzählung lehnt sich der Bedürfnis-Theorie von Tom Kitwood an, welche in der Pflege gelehrt wird. Für Kitwood ist es äusserst wichtig, den Menschen zu sehen, statt die Demenz. Die Aufzählung ist stimmig für mich. Einzig, die körperliche Gesundheit würde ich nicht zuvorderst stellen. Die ist wichtig, auf

jeden Fall, nur das «zuvorderst Stellen» entspricht einer Gesellschafts-Ansicht in der die Gesundheit als Ersatzreligion dient. Das dies von der schweizerischen Akademie für medizinische Wissenschaft so propagiert wird, entspricht wohl der eigenen Logik. Ich würde behaupten, zuerst kommt bei Menschen mit Demenz die Autonomie – wie wahrscheinlich allen von uns. Aber dann kommen genau die bereits genannten Lebensbedingungen. Um diese Bedingungen zu gewährleisten braucht es: eine Nachbarschaft, die mir den Besen reicht, damit ich was tun kann und noch jemand bin. Es braucht: Menschen um mich herum, die mich kennen und wissen, wohin ich will. Denn Menschen mit Demenz wollen nicht weglaufen, sondern sie wollen «wohin» laufen. Es braucht: einen kleineren Laden zum Einkaufen, der auch demenzbetroffene Menschen als Kunden wertschätzt. - es braucht: eine Stadtgestaltung mit Sicht auf eine vorausschauende Pflege, Generationenübergreifend und strukturiert. Barrierefrei, kontrastreich, ruhig und mit Leben, nahe bei der Spitex und Café. Es braucht betreute Mittagstische und Tagesstrukturen für jene von unter uns, die noch nicht oder nicht mehr alleine kochen und den Tag verbringen können (Thema Synergien nutzen) Es braucht Verständnis und Aufklärung. Es braucht Quartiere, die übersichtlich sind, die auf Strukturen aufbauen und wo man sich kennt. Es braucht Wissensvermittlung, weg von der Problemsicht zur Menschensicht. Weg vom Pflege- und Betreuungsfall zur Nachbarschaftshilfe. Dort helfen sich Menschen gegenseitig bei der Betreuung von Jung und Alt. Und ja - es stimmt, eigentlich braucht es keine Demenzstrategie, es braucht eine Nachbarschaftsstrategie um gemeinsam barrierefrei zu Leben. Es braucht Quartierarbeit => im Quartier wo man lebt und nicht im Stadthaus wo man verwaltet. Wir brauchen Ideen für ein gefreutes Leben in einer überalterten Gesellschaft, unter einem Pflegefachmangel. Wir tun uns allen etwas Gutes, wenn wir an unsere Zukunft denken und hier endlich ansetzen. Wir tun es zum Wohle aller die sich ein Alter mit Autonomie und Menschlichkeit wünschen. »

Einzelsprecher

Michèle Albrecht erlaubt sich hier Werbung in eigener Sache zu machen. Sie hat gehört mehr Massnahmen und weniger Strategien. Die ProSenectute betreibt die Infostelle Demenz und diese gibt jederzeit Auskunft an Betroffene und Angehörige. Es gibt auch eine Gesprächsgruppe für die Angehörigen in diversen Gemeinden. Weshalb gibt es keine in Kriens. Die Stadt Kriens soll die kostenlosen Angebote nutzen.

Cla Büchi dankt für die sehr fundierten Voten. Er stellt fest, dass es einige Fachleute unter den Einwohneratsmitgliedern hat. Tomas Kobi als Gerontologe und diverse aus der Pflege. Cla Büchi hat einiges mitgenommen. Die Stadt Kriens sei noch weit entfernt von einer Demenzfreundlichen Gemeinde. Da gibt Cla Büchi recht. Die Stadt Kriens kann noch viel mehr unternehmen. Die dementen Personen sollen als ein Teil der Gesellschaft aufgenommen werden. Die Stadt Kriens soll die Bevölkerung und Angestellte sensibilisieren. Es wurde genannt, dass die Autonomie gestärkt werden soll. Die Quartierstrukturen sollen aufgebaut werden. Hier wird deutlich, dass dies eine Departementsübergreifende Arbeit ist. Es wird nicht das Sozialdepartement alleine alle Massnahmen durchführen könne. Gesprächsgruppen sind Cla Büchi keine bekannt. Die Stadt Kriens möchte keine eigene Demenzstrategie machen, sondern wird dies in der Altersstrategie aufnehmen. Im Budget 2024 sind einige Massnahmen aufgenommen. Der Kanton hat eine Demenzstrategie gemacht. Die Stadt Kriens wird sich daranhalten und einige Punkte in die Altersstrategie aufnehmen. Cla Büchi wird bei der Erstellung von der Altersstrategie sehr gerne auf das Wissen von den Einwohnerratsmitgliedern zurückgreifen.

Davide Piras dankt für die Beantwortung der Interpellation. Der Auslöser seiner Interpretation war das unerwartete Verschwinden des Spieldrachen und der grossen Schaukel im Bellpark. Was waren die Gründe dafür? War die Sicherheit nicht mehr gegeben? Darauf schrieb Davide Piras diese Interpellation: Wie sieht es mit der Sicherheit der anderen Spielplätze aus? Den Abbau des Spieldrachen und der Schaukel wurde bis heute nicht öffentlich kommuniziert, weder in einer Kommission oder in einem Newsletter. In der Beantwortung der Interpellation wird nun verdeutlicht, dass ein Spielplatz nicht ganz einfach zu unterhalten oder neu zu erbauen ist. Das Rollenmodell zeigt die Komplexität des Prozesses auf. Es braucht die Abteilung Immobiliendienst als Eigentümer, die Abteilung Gebäudebewirtschaftung und Werkdienst als Betreuer, es braucht auch jemand den Nutzer vertritt, spricht die Kinder. Die Nutzer werden von der Abteilung Familien-, Freizeit und Kulturdienste vertreten. Die Antworten aus der Interpellation waren aufklärend und man erkennt, dass die Sicherheit der 23 Spielplätze in Kriens sichergestellt ist. Einziger Dorn im Auge war die Antwort 2: Dort wird auf eine Liste verwiesen mit einer Übersicht aller Anlagen inklusive das Ampelsystem, welche den Zustand aufzeigen würde. In den Unterlagen ist nur eine Liste der Anlagen beigelegt ohne Zustandsbewertung. Die fehlende Liste veranlasste Davide Piras beim Verantwortlichen Stadtrat nachzufragen. Letzte Woche konnte er in die Liste Einsicht nehmen. Nach der Bereinigung der letzten aufgefundenen Mängel wird die Liste aktualisiert und der KBSG zu Verfügung gestellt. Zurück zum Bellpark. Was ist mit Spielplatz geschehen? Auch dieses Geheimnis wurde letzte Woche gelüftet. Bei einer Inspektion durch den Werkdienst wurden die Spielgeräte umgehend aus Sicherheitsgründen abgeräumt. Dies jedoch ohne Kommunikation an den Eigentümer (Also die Abteilung Immobiliendienst). Die Immobiliendienste (der Eigentümer) wurde erst nach Abbau des Spielplatzes informiert. Und die Bevölkerung wurde ebenfalls nicht informiert. Diese haben sich dann in vielen Anfragen an die Stadtverwaltung selbst aufgeklärt. Gesamthaft gesehen, ist es sicher nicht ideal gelaufen. Somit kann das Rollenmodell noch mit einer weiteren Abteilung ergänzt werden, nämlich die Abteilung für Kommunikation, welche in einem solchen Fall die Newsletter verfassen soll. Der Bellpark ist und bleibt ein wichtiger grüner Park im Herzen Kriens. Er liegt in zentraler Lage, man könnte es auch Central Park von Kriens nennen. Unabhängig der Jahreszeit befinden sich stets Familien im Bellpark und der Spielplatz wurde rege benutzt. Dass der Bellpark keine öffentliche Anlage mehr besitzt ist bedauerlich. Die Frage welche sich stellt ist nicht ob der Spielplatz ersetzt wird, sondern wann dieser neu gebaut wird. Davide Piras bittet den Stadtrat dazu Stellung zu nehmen. Freiräume und Spielplätze machen Kriens lebenswert. Man sollte weiterhin Sorge dazu tragen. Die Familien und Kinder von Kriens werden dankbar dafür sein.

Zita Bucher bedankt sich im Namen der Grünen/glp-Fraktion beim Interpellant für die Fragen zur Sicherheit und systematische Kontrolle der Krienser Spielplätze. Laut BFU, Beratungsstelle für Unfallverhütung, verletzen sich Jährlich 8700 Kinder auf einem Spielplatz – meistens bei Stürzen. Nebst dem Verhalten der Kinder- hier noch ein Hinweis darauf, dass Kinder erst im Alter von zehn Jahren ein Bewusstsein für Gefahren entwickeln - ist oft mangelhafter Unterhalt der Spielplatzgeräte die Unfallursache: zum Beispiel bei Rutschbahnen, Klettertürme oder Wippschaukeln. Auch ein ungeeigneter Bodenbelag kann bei Stürzen zu Verletzungen führen. Deshalb gilt es auf dem Spielplatz, Gefahren zu reduzieren. Vor allem aber sind die Spielplätze sicher zu bauen und zu warten. In der Planung von Spielplätzen sollte die Sicherheit und damit die Norm EN 1176: «Spielplatzgeräte und Spielplatzböden» miteinbezogen werden. Bei Spielplatzgeräten, die dieser Norm entsprechen, kann davon ausgegangen werden, dass sie den Anforderungen an Sicherheit und Gesundheit von Personen genügen. Der Unterhalt mit regelmässigen Inspektionen und Wartungen ist ebenfalls wichtig. Wie setzt Kriens das um? Sie orientieren sich dabei an der BFU mit wöchentlicher (visuelle Kontrolle), quartalsweiser (operative Kontrolle) und jährlicher Kontrolle (Sicherheitskontrolle). Die visuelle Inspektion sollte mindestens einmal pro Woche erfolgen. Bei stark beanspruchten Spielplätzen kann eine tägliche Kontrolle erforderlich sein, Folgendes muss kontrolliert werden: Wie ist der Zustand der Geräte und der stossdämpfenden Spielplatzböden? Gibt es sichtbare Schäden und lockere Teile? Gibt es harte Gegenstände auf der Aufprallfläche? Gibt es unübliche Verunreinigungen im Spielplatzbereich? Gibt es freiliegende Fundamente? Gibt es scharfe Kanten, abgebrochene oder fehlende Teile? Muss Fallschutzmaterial ausplanziert oder aufgefüllt werden? Dass mit der Inspektion und Wartung beauf-

tragte Personal muss entsprechend kompetent sein. Allenfalls ist eine zusätzliche Ausbildung erforderlich. Das könnte allenfalls ein Punkt sein, den es zu prüfen gilt, das heisst ob eine Weiterbildung notwendig ist oder gegebenenfalls auch hochfrequentierte Spielplätze häufiger visuell kontrolliert werden sollen. Die Hauptinspektion sollte durch eine sachkundige Person, zum Beispiel eine Fachkraft Spielplatzsicherheit, und nach Angaben des Herstellers erfolgen, jedoch mindestens einmal jährlich. Auch das nimmt die Stadt Kriens entsprechend wahr durch Leitung Werkdienst mit Lieferanten. Dort sollten die Fragen beantwortet werden wie: Sind Fundamente und tragende Teile fest verankert (Statik)? Ist der Wetterschutz für alle Bauteile noch genügend (Holz, Metall)? Gibt es Verbindungen mit Korrosionserscheinungen? Sind frostempfindliche Teile demontiert und fachgerecht gelagert? In den Wartungsprotokollen wird bspw. ersichtlich, dass die Einstreutiefe (wesentliche für die Falldämpfung) Kindergarten West geprüft wird, dass kontrolliert wird, ob Fang- oder Klemmstellen vorhanden sind oder auch Verunreinigungen in Sandkästen anzutreffen sind. In den Wartungsprotokollen fällt auf, dass t.w. die Artikelnummer, Jahrgang und Lieferant unklar sind. Hier gilt es sicher ein Augenmerk drauf zu haben. Die BFU hält auch Vorlagen für das Protokoll bereit, zudem legt die BFU nahe, dass neue Spielplätze von einer BFU-Fachperson überprüft werden. Sollte sich Kriens entscheiden, ältere Spielplätze oder Gerätschaften zu überprüfen oder neue Spielplätze planen, gibt es bspw. auch die Möglichkeit die BFU- Sicherheitsbeauftragte Zentralschweiz zu Rate zu ziehen. Der Punkt 5 wurde bei der Beantwortung «vielleicht?» vergessen, ist nicht explizit ausgewiesen, jedoch im Punkt 3 bei «Rollenmodell öffentliche Spielplätze» beinhaltet. Eines ist sicher: an der Sicherheit darf nicht gespart werden auch nicht bei Spielplätzen. Ein systematisches und genaues Hinschauen ist unabdingbar sowohl bei Neuanschaffungen von Spielgeräten wie auch im Unterhalt der vorhandenen.

Beat Rüegg dankt dem Vorstoss-Verfasser Piras, sowie dem Finanz-Departement - einerseits für seine Fünffragen-Interpellation – andererseits für deren Stadtrats-Beantwortung, die für die SVP-Fraktion nachvollziehbar die ersten vier Fragen umfasste, jedoch Frage fünf unbeantwortet liess. Ob die plötzlich-überraschende Entfernung des Spielplatz-Drachens im Bellpark als Interpellations-Auslöser diene, bleibe dahingestellt. Jedenfalls bestätigte sich letzte Woche das erfolgreich durchgeführte Krienser-Volksschul-Fussballturnier auf dem Kleinfeld, im Rahmen der UNICEF-Rezertifizierung „kinderfreundliche Gemeinde“ als absoluter Volltreffer. Betreffend Interpellationsinhalt gilt es zu unterscheiden zwischen privaten Spielplatz-Neubauten (Grundeigentümer) und den momentan 23 öffentlichen Krienser-Spielplätzen. Im 2022 wurde gemeinsam von den Abteilung Immobiliendienst und den Familien-, Freizeit- und Kulturdiensten eine zielführende Neu-Doku erarbeitet „Rollenmodell öffentliche Spielplätze“. Diese zeigt den generell gut strukturierten Ansatz der Prozesse, Rollen und Abläufe der drei involvierten Departemente. Folgende konkreten Spielplatz-Repetitiv-Aktivitäten mit jeweiligen Wartungs-Protokollen und Ampelsystem sind garantiert: Wöchentliche Sichtkontrollen, Quartalskontrollen mit 4-Augen-Prinzip, jährliche externe Sicherheitskontrolle im 4.Quartal, Schulhäuser: Hauswarte für die visuelle Spielgerätekontrolle selbstverantwortlich. Abschliessend überlässt Beat Rüegg es jedem Einwohnerratsmitglied selbst, einzuschätzen, ob die Krienser-Spielplätze oder Bevölkerungs-Schutzplätze im jetzigen Ist-Zustand „halb-sicher“ oder „ganz sicher“ sind.

Laut Kathrin Gut nimmt die SP-Fraktion die Antwort positiv zur Kenntnis und dankt dafür. Das Dokument Rollenmodell, das Wartungsprotokoll sowie die Vereinheitlichung der Zuständigkeiten und Abläufe der Budgetierung und Bewirtschaftung sind gute Grundlagen. Gemäss BFU ist oft ist mangelhafter Unterhalt der Spielplätze die Unfallursache. Der geeignete Bodenbelag kann helfen Verletzungen bei Stürzen zu minimieren. Die Sicherheit gemäss Norm EN 1176 muss unbedingt bei der Planung mit einbezogen werden, dies gemäss BFU. Die meisten Unfälle bei Schulanlagen stehen im Zusammenhang mit den Spielgeräten und dem Bodenbelag, defekte und/oder mangelhafte Ausstattung. Die öffentlichen Spielplätze auf einem guten Stand in der Stadt Kriens. Das erfreut die SP-Fraktion. Auch wichtig ist, dass die regelmässigen Kontrollen wie vorgesehen im Rollenmodell Dokument Punkt 2.6 auch durchgeführt werden, damit die Sicherheit auf den Spielplätzen gewährt ist und gewährt bleibt. Um die Sicherheit zu gewährleisten, braucht es genug Personalressourcen. Diese müssen durch die

Immobilien Dienste eingeplant werden. Bei der Planung neuer Spielplätze und Aufenthaltsorten im Allgemeinen durch die Stadt, ist der Unterhalt von Anfang an zu berücksichtigen und die Ressourcen zu planen. Eine wachsende Stadt muss die dazu nötigen Personalressourcen zur Verfügung stellen. Sonst nützen alle Regelungen und Normen leider nichts. Es soll nicht bei der Sicherheit der Kinder gespart werden.

Davide Piras dankt für den Hinweis, dass die Frage 5 nicht beantwortet wurde. Er bittet den Stadtrat noch eine Antwort darauf zu geben.

Roger Erni nimmt den Einwohnerrat mit auf eine kleine Reise. Die Reise beginnt mit dem Rollenmodell beziehungsweise mit dem Dreieck. Das BUD kontrolliert die Spielplätze jährlich. Das Finanzdepartement als Eigentümer. Der dritte Ecke ist das Bildungs- und Kulturdepartement mit der langfristigen Planung. Die Planung davon ist vor kurzem vom Finanzdepartement an das Bildungs- und Kulturdepartement übergegangen. Das Bildungs- und Kulturdepartement hat als Nutzer die Kompetenz zu sagen, was benötigt wird. Beim Spezialfall Bellpark muss man sich noch zwei weitere Departemente denken. Zum einen ist dies die Kommunikation und Roger Erni gibt Davide Piras recht, dass die Kommunikation nicht ganz perfekt war. Weil dieser Spielplatz im Bellpark ist, kommt noch der Stadtplaner vom Präsidialdepartement dazu. Der Drache ist aktuell weg, wenn man jedoch fragt, was kommt als Ersatz, heisst es erstmals Stopp, denn dies gehört zu der Stadtplanung. Dies ist in diesem Rollenmodell nicht ersichtlich. Dies ist jedoch von 23 Spielplätzen einen Spezialfall. Roger Erni kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, was für ein Spielgerät als Ersatz an diese Stelle kommt. Auf dem Wartungsprotokoll ist ersichtlich, dass am 14. November 2022 die Begehung war. Das Wartungsprotokoll bekam der Eigentümer also das Finanzdepartement jedoch erst nach dem Weihnachtsmarkt. Bei dem Drachen war es nicht nur ungenügend wie im Feldmühle, sondern als gefährlich eingestuft aufgrund von sehr morschen Stellen. Dies führte zum sofortigen Abbau. Zwischen dem 14. November und dem 8. Dezember wurde dieser Drache vom Bau- und Umweltdepartement abgebaut, ohne den Eigentümer zu informieren. Die Handlung ist natürlich korrekt, jedoch gilt es die Kommunikation zu verbessern. Die Abteilungen haben nun einen Lösungsweg gefunden, damit das System besser funktioniert. Die Frage fünf ist fälschlicherweise nicht beantwortet. Die Langfristplanung hat das Finanzdepartement an das Bildungs- und Kulturdepartement übergeben. Diese Planung ist aktuell noch nicht vorhanden. Der Stadtrat prüft ein Ersatzspielgerät. Es wird vermutlich keinen Drachen sein, da dies eines der teuersten Einzelspielgeräte war. In der Langfristplanung vom Budget 2024 wird man dann über diese Thematik sprechen.

13. Beantwortung Interpellation Portmann: Kriens ohne Armut – politische Entscheide können Lebenschancen verbessern!

169/2023

Michael Portmann dankt allen Beteiligten für die sorgfältige und fundierte Antwort auf seine Fragen. In der Alters- und Gesundheitsvorsorge wurde eine anschauliche Begrifflichkeit verwendet, die aufzeigt, was Altern heisst. In der Fachliteratur wird immer wieder von der «Zerbrechlichkeit» gesprochen. Sie nehme immer weiter zu – bis dann ältere Menschen dem Tod erliegen. Deshalb sei es ja auch so wichtig, dass die Gesundheitsvorsorge sorgfältig stattfindet, weil damit der zunehmenden Zerbrechlichkeit älterer Menschen entgegengehalten werden kann. Als Michael Portmann die Zahlen im LUSTAT für die Familien und Alleinerziehenden in der Sozialhilfe gesehen hat, wurde ihm bewusst, dass es sich auch hier um eine Form von «Zerbrechlichkeit» handelt. Alles, was die Kaufkraft dieser Personen schwächt, verstärkt die Not. Gleichzeitig nützt es nur wenig, wenn der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist und Fachkräfte gesucht werden. Die Kinderbetreuung hat Priorität. Deshalb zeigen die Zahlen zwischen 2017 und 2021 auch keine Änderung. Gemäss Caritas steht einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindern pro Monat maximal Fr. 3'989 zur Verfügung. Wird diese Zahl um 500 Franken erhöht, dann verdoppelt sich die Zahl der Familien. Das zeigen praktisch alle Studien zum Thema Armutsmonitoring

in der Schweiz. Wer das konsequent zu Ende denkt, versteht dann rasch, warum jede 12 Person in der Schweiz als arm oder armutsgefährdet bezeichnet wird. Und damit wird auch klar, warum es zum Beispiel Verbilligungen bei Krankenkassen braucht. Dann sind in den letzten zehn Jahren die Mieten trotz sinkendem Referenzzinssatz immer weiter gestiegen. Deshalb ist es wichtig, wenn Mietanteile an der Sozialhilfe dem Mietzinsniveau entsprechend angepasst werden. Bei Familien kommt hinzu, dass das Betreuen der Kinder während der Arbeit der Eltern organisiert werden muss. Dies wird insbesondere dann kompliziert, wenn die Familie auf den Verdienst beider Eltern angewiesen ist, um überhaupt über die Runden zu kommen. Abhilfe schafft eine zahlbare und familiengerecht eingerichtete, familienergänzende Kinderbetreuung. Wer seine Kinder gut betreut weiss und durch die eigene Arbeit so viel Lohn erhält, dass es zu einem selbstständigen Leben reicht, bleibt unabhängig und selbstständig. Und solange alle gesund bleiben und die Arbeitgeber nicht künden, funktioniert alles. Michael Portmann hat beeindruckt, wie viel die Stadt Kriens unternimmt, um armutsgefährdeten Familien zu helfen. Michael Portmann hat beeindruckt, wie vielschichtig das Zusammenspiel der Institutionen ist, welche alle ihren Teil dazu beitragen, dass armutsgefährdete Menschen ein einigermaßen würdevolles Leben führen können. Schliesslich wird die Gesellschaft gemäss Bundesverfassung am Wohle der «Zerbrechlichsten» gemessen. Michael Portmann findet es richtig und wichtig, dass der Stadtrat insbesondere im Bereich Bildung und Kinderbetreuung Handlungsbedarf sieht. Gut, dass der Stadtrat Massnahmen und Projekte zur Verbesserung von Bildungschancen fördern will und ein lückenloses, qualitativ hochstehendes und zahlbares Angebot in der Kinderbetreuung anbieten will. Das entspricht ja auch dem Anliegen der SP-Initiative für ein familienfreundliches Kriens, welche letztes Jahr am 17. Mai 2023 mit über 650 Unterschriften eingereicht wurde. Gut, dass der Stadtrat dieses Anliegen unterstützt. Leider hat der Stadtrat bisher aber erst seine Absicht ausgedrückt. Nun werden konkrete Taten zeigen müssen, ob sich mit der Absicht auch tatsächlich Familien aus der Sozialhilfe befreien lassen. Erst wenn die Zahlen sinken, hat's funktioniert.

Cyrill Zosso stellt fest, dass Michael Portmann den Schweinwerfer auf Personen richtet, welche mit knappen finanziellen Mittel auskommen müssen. Diese Personen leben unter uns und trotzdem nimmt man sie oft nicht richtig wahr. Ihre Probleme sind selten sichtbar. Gerade Familien sind oft schwierigen finanziellen Situationen ausgesetzt und müssen auf die Sozialhilfe zurückgreifen. Kinder, welche in solchen Familien aufwachsen starten mit anderen Voraussetzungen als privilegierte Kinder. Diese Kinder sind auch gefährdet, dass sie als Erwachsene selber in der Armut landen. In der Gesellschaft gibt es zudem immer mehr Alleinerziehende, was auch öfters zu Armut führt. Wie man mit dieser Situation umgehen möchte, wird die Stadt Kriens in Zukunft beschäftigen. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion ist es zu begrüßen, dass sich die Stadt Kriens in der Sozialstrategie mit diesem Thema auseinandersetzt. Bei den Zahlen von Lustat sind die Zahlen nicht klar ersichtlich. Der Stadtrat zeigt auf, dass Kriens einiges unternimmt und Möglichkeiten überprüft. Die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton ist sinnvoll. Die Strategie der Stadt Kriens wird nicht genau ersichtlich. Wie steht die Stadt Kriens im Vergleich zu anderen Städten da? Cyrill Zosso freut sich, wenn der Stadtrat dies in der Sozialstrategie thematisiert.

Andreas Vonesch dankt dem Interpellant für die interessanten Fragen und dem zuständigen Departement für die umfassende Beantwortung der Fragen. Andreas Vonesch liest solche Beantwortungen sehr gerne, weil es immer auch mit einem persönlichen Wissenszuwachs verbunden ist. Beim Lesen der Beantwortung fällt auf, dass eigentlich viele aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Statistik und auch von LUSTAT zur wirtschaftlichen Sozialhilfe vorhanden sind. Die Daten werden auch analysiert und durchaus schlüssige Begründungen aufgeführt. Schnell wird dabei klar, dass Gründe insbesondere in der Familienstruktur, verbunden mit der beruflichen Situation zu suchen sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheint gerade dort nicht richtig zu greifen, wo Personen im Tieflohnsegment, in Schicht- oder Wochenendarbeiten beschäftigt sind. Dazu gesellt sich die schwierige finanzielle Lage durch die Inflation und Teuerung. Erfreut kann aus der Beantwortung entnommen werden, dass die Armutsproblematik auf allen drei Staatsebenen ein grosses Thema ist und sich in der Nationalen Plattform gegen Armut verschiedene Akteure in der vertikalen aber auch der horizontalen Ebene sich austauschen und zusammenarbeiten. Viele Angebote zur Entlastung von Menschen an der Armutsgrenze

scheinen vorhanden zu sein. Die Frage stellt sich nur, ob gerade diese bedürftigen Personen, die vorhandenen Möglichkeiten genügend kennen und in der Lage sind, diese auch aufzusuchen und sich Unterstützung zu holen. Angebote, um armutsbetroffene Familien finanziell zu entlasten ist die eine Seite. Das wichtigste Ziel sollte aber weiterhin sein, diesen Menschen Perspektiven, Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, wie sie weg von der Armutsgrenze kommen und sich ihre Einnahmenseite dadurch verbessern kann.

Michael Portmann stellt fest, dass die Stadt Kriens im Jahr 2022 den Aufwand in den Sozialdiensten um mehr als eine Million Franken reduzieren konnte. Im Lustat sieht man, dass die Änderungen vor Allem bei kinderlosen Ehepaaren und bei Alleinstehenden passiert ist. Bei Familien und Alleinerziehenden ist keine Änderung eingetreten. Die Massnahmen mit dem Arbeitsmarkt habe da einen Vorteil, wo keine Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe sind. Dies zeigt wie wichtig eine zahlbare Kinderbetreuung ist und sein wird in Zukunft. Diese Familien sollen ein gesichertes Leben haben, ohne dass die Kinder die Armut konkret erleben, denn so wird es oft vererbt. Es ist deshalb sehr wichtig, dass sich der Stadtrat bewusst ist, was eine zahlbare Kinderbetreuung bedeutet. Die Absicht wurde erklärt und nun müssen Taten folgen.

Cla Büchi findet den Titel der Interpellation sehr ambitioniert. Kriens ohne Armut wird es leider nie geben. Das wird es nirgends geben. Es wird vor allem Kinder und Jugendliche betreffen. Man kann etwas unternehmen. Die Leute haben dann ein Problem, wenn es erwachsenen sind und Kriens hat gewaltige Kosten. Kriens wird die Lustat beauftragen die Daten zu liefern damit dies ausgewertet werden kann. Das BKD ist hier involviert mit den Schulen. Kriens macht hier wieder einen Schritt. Die Vorgaben vom Kanton werden eingehalten und der Ferienhort ist wieder vorhanden. Die Ausgaben konnten zünftig reduziert werden. Es ist nicht einfach.

14. Beantwortung Interpellation Tanner: Leerwohnungszählung Stadt Kriens

Nr. 170/2023

Marco Meier übernimmt das Votum von Beat Tanner. Die FDP bedankt sich für den Bericht. Der Bericht zeigt auf, dass die Instrumente vorhanden wären, um das gewünschte Resultat sicherzustellen. Die Antwort auf die Frage zwei erstaunt die FDP-Fraktion. Gemäss dieser Antwort möchte der Stadtrat nichts proaktives unternehmen, um Beträge sicherzustellen. Vermutlich wäre man kreativer, wenn es um Ausgaben gehen würde. Die FDP-Fraktion hat durch die Antworten nicht ganz den gewünschten Durchblick gewonnen. Das ist unglücklich und gibt ein unschönes Gefühl. Die FDP-Fraktion überlegt sich deshalb die nötigen Schritte zu diesem Thema einzuleiten.

Yves Lips bedankt sich beim Interpellanten für die sicherlich gut gemeinte Frage. Auch dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die SP begrüsst, dass die Stadt Kriens nicht Polizist spielt, welche regelmässig leerstehende Wohnungen kontrolliert. Die SP findet es sehr positiv zu sehen, dass die meisten Neuzugänge in Kriens sich proaktiv anmelden, und nur 3 %, aus welchen Gründen auch immer, dies nicht fristgerecht erledigen konnten.

Christine Kaufmann-Wolf dankt Beat Tanner für die eingereichte Interpellation. Dies war eine typische Departementsübergreifende Zusammenarbeit bei der Beantwortung. Es sind zwei Departemente involviert und unterschiedliche Abteilungen. In der Frage einst ist ersichtlich, dass die Information stattgefunden hat. Es wurde auch aufgezeigt, wie dies gemacht wurde. Bei Mieterwechsel erhält die Einwohnerkontrolle die Information von den Liegenschaftsbesitzern. Hier geht es um die Leerwohnungszählung. Im Jahr 2020 wurde diese Stichprobe gemacht. Die Überbauungen wurden überprüft. Der Interpellant hatte damals gefordert, dass man schaut, wer im Dezember schon hier wohnhaft ist, dass man die Steuererträge sicherstellen kann. Kosten und Nutzen geht da jedoch nicht

auf und deshalb kann man nicht immer Mitarbeiter damit beschäftigen dies zu Überprüfen. Die Stadtverwaltung ist jedoch, wie bereits gesagt, stets im Austausch mit den Eigentümern. Gemäss Lustat war der Leerwohnungsbestand vom Kanton Luzern am 1. Juni 2022 bei 0.91 % und in Kriens bei 0.48 %. 71 Wohnungen in der grossen Stadt Kriens waren leer. Meistens waren dies sehr alte und unattraktive Wohnungen. Der Leerwohnungsbestand ist also sehr tief. Trotzdem bleibt die Stadt Kriens dran.

15. Beantwortung Interpellation Ziemssen: Standortbestimmung Immobiliendienst

Nr. 172/2023

Jörg Ziemssen dankt dem Stadtrat und den involvierten Personen für die Beantwortung seines Vorstosses. Das Immobilienportefeuille der Stadt Kriens konnte mit der Einführung der Immobilienstrategie in den letzten Jahren genauestens analysiert und überprüft werden. Nun weiss der Einwohnerrat sehr viel über den Zustand. Was sollte wann optimiert, erneuert oder ersetzt werden. Die investierten Beträge bei der Instandhaltung haben Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung. Jene aus der Instandsetzung fliessen in die Investitionsrechnung. Erfreut nimmt Jörg Ziemssen zur Kenntnis, dass bereits konkrete Erfolge erzielt werden konnten. Auch die Überprüfung der Mietverträge auf Rentabilität und Marktkonformität ist wichtig. Sinnvoll ist, dass hier bestehende Verträge nicht einfach aufgelöst werden, sondern bei der Erneuerung überprüft werden und das Gespräch aktiv mit den Mietern gesucht wird. Beim kürzlichen B+A Jahresbericht 2022 zeigte sein Kommissionskollege Cyrill Zosso in einer Grafik auf, wie sich die Investitionen über eine längere Zeit in der Stadt Kriens zusammensetzten. Er kam auf einen Schnitt von ca. Fr. 10'000.00 über einen längeren Zeitraum. Jörg Ziemssen ist wichtig, dass dieser Ertrag bei den Budgetierungen als Faustregel angeschaut wird. Der jeweils notwendige und effektive Betrag wird aus den Daten des Stratus-Programms abgeleitet. Dieser kann einmal tiefer oder auch höher sein. Entscheidend ist die Einhaltung der korrekten Umsetzung. Jörg Ziemssen ist unverändert überzeugt, dass die Umsetzung einer Immobilienstrategie für die nachhaltige Immobilienbewirtschaftung und -entwicklung wertvoll ist. Sehr wertvoll kann sie aber nur sein, wenn Kriens dieser Strategie treu bleibt und sie auch umsetzt. Dazu gehört auch, dass die Massnahmen zur interdisziplinären Zusammenarbeit umgesetzt werden.

Cyrill Zosso findet interessant, was die Immobilienstrategie ausgelöst hat und es war ein durchaus guter Vorstoss um nachzuhaken. Einerseits die Überprüfung der Verträge. Der Stadtrat hat sicher keine einfache Aufgabe diese Verträge neu auszuhandeln. Da müssen viele verschiedene Interessen abgewägt werden. Die Kennzahlen wurden ebenfalls überprüft. Es stand: «Es ist für den Werterhalt der stadeigenen Liegenschaften entscheidend, dass genügend finanzielle Ressourcen für den Unterhalt bereitgestellt werden». Dies ist nicht der Fall. Der Stadtrat ist auch weiterhin auf die Desinvestitionen fokussiert, obwohl er gemerkt hat, dass das zurückzahlen von Schulden in der Folge nicht so einfach ist. Es wäre hilfreicher im Baurecht und dies verunmöglicht die Bodeninitiative nicht und der Betrag würde über einen längeren Zeitraum anfallen. Somit kann auch mit der Bodeninitiative die Finanzstrategie eingehalten werden. Der Stadtrat erwähnt: «Die Herausforderungen liegen primär darin, die eigenen hohen Erwartungen an die Immobilienstrategie zu erfüllen und die gesteckten Ziele aus der Massnahmenplanung zeitgerecht zu erfüllen». Dies findet Cyrill Zosso etwas problematisch. Man könnte die Erwartungen etwas senken und dann wäre das Hauptproblem, dass man zu wenig investiert. Zum Schluss könnte man noch die Frage stellen, was denn die Immobilienstrategie eigentlich gekostet hat, wie dies heute Morgen der Fall war. Cyrill Zosso verzichtet jedoch darauf.

Martin Zellweger für Martin Zellweger war die Immobilienstrategie ein Thema, auf welches Kriens lange Jahre warten musste. Seit 2021 existiert die Strategie und Massnahmen werden umgesetzt. Im Grundsatz existiert mit dieser Strategie ein strukturiertes und dokumentiertes Vorgehen, Massnahmenplanung und Massnahmenkontrolle. Das Vorhandensein der Strategie und dieses strukturierten Ansatzes begrüsst die SVP-Fraktion sehr. Der Stadtrat legt dem Einwohnerrat hier eine Standortbestimmung

vor, wie dies vom Interpellant angefragt wurde. Im Rahmen der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung hat der Stadtrat der Kommission weitere, detailliertere Einblicke in den Stand der Umsetzung am Beispiel der Optimierungen und Überprüfung bestehender Mietverträge aufgezeigt. Der Stadtrat hat sich mit den eigenen Vorgaben der Immobilienstrategie fordernde Ziele gesetzt. Gerade beim Unterhalt zeigt es sich, dass die finanzielle Situation natürlich nur eine schrittweise Annäherung an den angestrebten Zielwert erlaubt. Umso wichtiger ist es auch weiterhin die Priorisierung bei Investitionen gut zu beobachten und auch weiterhin neue anderweitige Fixkosten zu verhindern. Also wenn beispielsweise bei der nächsten Budgetierung Fr. 20'000 fehlen, dann wisst ihr wo ihr sie heute in einer neuen Verpflichtung vergeben haben. Die SVP-Fraktion wünscht sich, dass der Stadtrat den Einwohnerrat weiterhin über den Stand der Strategieumsetzung auf dem Laufenden hält, speziell über die Kommissionen auch 2024 und 2025. Wir danken den Immobiliendienstleistungen für ihre Arbeit und dem Stadtrat für die Berichterstattung.

Laut Andreas Vonesch teilt Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion die Ansicht des Interpellanten, dass die Umsetzung einer Immobilienstrategie für die nachhaltige Immobilienbewirtschaftung und -entwicklung sehr wertvoll ist. Andreas Vonesch kürzt sein Votum ab, weil seine Vorredner bereits viele Argumente und Fakten dargelegt haben. Für Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion stellen sich drei Fragen, die sie gerne beantwortet haben möchten: 1. Etwas besorgt nimmt Die Mitte/Junge Mitte-Fraktion zur Kenntnis, dass in den letzten Jahren die Budgets für die Instandhaltung und Instandsetzung auf sehr tiefen Werten der Versicherungssummen der Gebäudeversicherung gehalten wurden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hofft nicht, dass daraus in den nächsten Jahren ein erhöhter Nachholbedarf entsteht. 2. In einer Antwort wird erwähnt, dass eine periodische Berichterstattung an den Stadtrat erfolgt. Ist dabei angedacht, dass auch der Einwohnerrat oder zumindest die KFG Einsicht bekommt? 3. Und zu guter Letzt beschäftigt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion noch die Frage zu den Auswirkungen bei der Annahme der Bodeninitiative auf die Immobilienstrategie. Die vorgesehene Desinvestitionsstrategie von 30 Millionen Franken wäre nicht mehr einzuhalten. Gibt es schon Überlegungen, wie dieser Betrag oder Teile davon in der Finanzstrategie kompensiert werden können?

Michael Portmann dankt dem Interpellanten für die interessanten Fragen und dem Stadtrat für die spannenden Antworten. Gefragt wird primär nach Finanzziele im Zusammenhang mit Immobilien und ob sie schon erledigt sind. Für die SP-Fraktion sind folgende zwei Punkte wichtig. In der Immobilienstrategie wird zum ersten Mal benannt, welche Immobilien bezüglich Rendite bewirtschaftet werden sollen. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion dafür, dass auch die Stadt Kriens marktübliche Mieten anstrebt. Kurz in den Mantel einer Immobilienfirma zu schlüpfen, macht Sinn. Dann aber nur noch von Rentabilität und Marktkonformität bei Mieten zu sprechen, erachtet die SP-Fraktion als falsch. Als öffentliches Gemeinwesen muss die Stadt Kriens als vorbildhafte Vermieterin auftreten und sich auch so verhalten. Der Stadtrat hat Wichtigeres zu tun, als in langwierigen Verhandlungen mit Mieterinnen und Mieter einzelne Franken aus den Immobilien zu pressen. Der Stadtrat muss im Gegenteil darauf achten, dass die Immobilien ihren Zweck erfüllen. Die Alterswohnungen Hofmatt sind aus Sicht der SP-Fraktion immer noch Alterswohnungen und kein Renditeobjekt. Die Zahl der älteren Menschen in Kriens steigt und steigt. Immer mehr wohnen in eigentlich zu grossen Wohnungen und da sind die kleineren und noch zahlbaren Alterswohnungen auf der Hofmatt ein gutes Argument, um in eine kleinere Wohnung zu wechseln. Diesen Vorteil muss sich die Stadt Kriens wahren. Wieder einmal wird der Unterhalt pauschal behandelt. Das ist so aber sehr gefährlich. Schliesslich zeigen die digitalen Erfassungsprogramme heute deutlich an, wo Sanierungen anstehen. Das wird die Immobiliendienstleistungen respektive die Bauherrenvertretung der Stadt Kriens in Zukunft immer stärker belasten, vor allem, wenn dann noch all die Kreditüberträge aus dem letzten Jahr abgehandelt werden müssen. Aus dem Mietrecht ist bekannt, dass ungenügend sanierte Wohnungen auch nicht so besonders hohe Mieten ergeben dürfen. Deshalb müsste der Fokus in Zukunft vermehrt auch auf die Wohnpolitik der Stadt Kriens gelenkt werden. Etwas, was in der ausschliesslich auf Finanzen ausgerichtete Immobilienstrategie definitiv fehlt. Es wäre falsch, wenn hier aus rein finanziellen Überlegungen voreilige Schlüsse gezogen würden, welche dann zu Problemen in der Wohnpolitik und Stadtentwicklung führen könnten. Fazit? Die Interpellation zeigt

auch auf, wo neben unerfüllten Zielen in der Immobilienstrategie auch im Bereich Stadtentwicklung und Wohnpolitik Lücken vorhanden sind. Wer nur die Mieten und Rentabilität der Immobilien prüft, verpasst womöglich Chancen in der Stadtentwicklung. Die SP-Fraktion versteht die Immobilienstrategie deshalb als ein eher flexibles Konstrukt oder Finanz-Verwaltungsinstrument. Es soll sich an die Wohnpolitik und die Stadtentwicklung sowie politische Forderungen wie die Bodeninitiative anpassen. Nie umgekehrt!

Roger Erni zitiert «nur wer eine Strategie besitzt, weiss wo er hinmuss und was er tun muss». Das war sehr wertvoll bei der Interpellation vom Einwohnerratskollegen. Roger Erni dankt für die informativen und konstruktiven Voten. Roger Erni gibt dem Einwohnerrat ein Beispiel, welches er der KFG bereits aufgezeigt hat. Mit dem Beispiel von der Leistungsvereinbarung vom Bellpark ist ersichtlich, wie dies funktioniert. Der Aufwand wird beim Bildungs- und Kulturdepartement um Fr. 20'000.00 erhöht und gibt den Immobiliendienstleistungen eine höhere Rendite. Dies wurde mit der Immobilienstrategie so beschlossen. Zu den drei Fragen von Andreas Vonesch. Budget für Instandhaltung und Instandsetzung wurde klar beantwortet. Der Stadtrat möchte die 1.5 % ab 2026 erreichen. Dazu hat der Stadtrat im AFP bereits im letzten Jahr angezeigt, dass die Erfolgsrechnung bei den Immobiliendienstleistungen jedes Jahr um Fr. 100'000.00 steigt. Im 2023 wurden zusätzlich Fr. 100'00.00 beim Einwohnerrat abgeholt. Nächstes Jahr Fr. 200'000.00. Dies wird bis im Jahr 2026 durchgezogen, dass man dann auf Fr. 400'000.00 ist. So ist die Frage gegeben. Die periodische Berichterstattung ist in der Immobilienstrategie gegenüber vom Stadtrat vorgesehen. Roger Erni versucht dies auch in die KFG aufzunehmen. Auswirkung auf die Bodeninitiative wurde ebenfalls klar geschrieben. Es kann dann nichtmehr genau erfüllt werden. Dies ist in der Finanzstrategie so angezeigt. Bis im Jahr 2025 können allenfalls 22 Millionen von den 30 Millionen erreicht werden. Aktuell braucht der Stadtrat kein Plan B, denn der Einwohnerrat hat mit 14:13 Stimmen zugestimmt, dass der Stadtrat mit dem Reglement vors Volk gehen darf.

16. Postulat Gut: Kostenlose Hygieneartikel an öffentlichen Schulen und in Verwaltungsgebäuden

Nr. 179/2023

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Postulat Lengwiler: Krankheitsausfällen präventiv vorbeugen – Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements

Nr. 182/2023

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Postulat Portmann: Obergrenze von 28% für die Elternbeiträge in den Tagesstrukturen!

Nr. 186/2023

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Vereidigung Martin Mengis

Räto Camenisch bittet Martin Mengis zu sich nach vorne und den Rat sich zu erheben. Martin Mengis legt den Eid ab.

21. Verabschiedung Michèle Albrecht, Reto Felber und Martin Zellweger

Räto Camenisch bedankt sich bei Michèle Albrecht, Reto Felber und Martin Zellweger für die geleisteten Dienste. Der Einwohnerrat verabschiedet sich von den drei Mitgliedern mit einem Applaus.

Schluss

Räto Camenisch dankt für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 7. September 2023 statt.

Die Sitzung schliesst um 18:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

Räto Camenisch

Die Stadtschreiberin-Substitutin

Sarah Deschwanden

Der Protokollführer

Sascha Frevel